

Wiener Stadtbibliothek

57291 F

Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Samstag, 1. Dezember 1973

Blatt 2297

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:

Die Sendung des Wiener Bürgermeisters: Wiens
Energieversorgung gesichert

Europa-Gespräch 1974: Das Diskussionsthema lautet
"Demokratie im Wandel"

Lokal:

Der Leopoldsbrunnen wird "delogiert"

Wirtschaft:

80. Geburtstag von Karl Ausch

Kulturdienst:

Literatur in der kleinen Galerie

10.000. Besucher im Bezirksmuseum Landstraße

k o m m u n a l :

=====

die sendung des wiener buergermeisters:

 wiens energieverorgung gesichert

6 wien, 1.12. (rk) die ausreichende versorgung der wiener bevoelkerung mit elektrizitaet und gas ist langfristig gesichert. das ergibt sich aus einem gespraech, das buergermeister leopold gratz in seiner rundfunksendung am samstag mit stadtrat franz nekula und stadtwerke-generaldirektor dr. karl resinger fuehrte.

 stadtrat nekula verwies darauf, dass die wiener stadtwerke mit einem langfristigen ausbauprogramm fuer notsituationen vorgesorgt haben. die lagerkapazitaet fuer 257.000 tonnen heizoel gewaehrleistet selbst beim ausbleiben jedes nachschubs die versorgung fuer drei monate. die privatwirtschaft hat leider nicht so gut vorgesorgt. im gesamtwirtschaftlichen interesse verzichten deshalb die stadtwerke auf einen teil der ihnen fuer dezember vertraglich zustehenden lieferungen, die der uebrigen wirtschaft zugute kommen.

 dr. resinger fuehrte aus, dass die stadtwerke fuer die noch bevorstehenden monate der heizperiode, also fuer dezember bis april, 500 millionen kubikmeter erdgas benoetigen, drei viertel davon die gaswerke, ein viertel die e-werke. diese menge ist durch die oesterreichische produktion, die importe aus der sowjetunion und die im sommer vorsorglich gespeicherten vorraete gesichert. 35 prozent des noetigen stroms werden von der verbundgesellschaft bezogen, hauptsaechlich aus wasserkraftwerken. damit ist auch diese versorgung gesichert. die versorgungssicherheit, die fuer ein gemeinwirtschaftliches unternehmen eine selbstverstaendlichkeit ist, stand schon immer an erster stelle bei den ueberlegungen der stadtwerke. sie haben deshalb - von den mineraloelfirmen abgesehen - die haelfte der gesamtoesterreichischen heizoellagers.

 buergermeister gratz fasste zusammen, dass, falls keine katastrophe durch hoehere gewalt eintritt, mit keinen einschneidenden sparmassnahmen bei der wiener strom- und gasversorgung zu rechnen ist. er warf dann die frage auf, ob es zweckmaessig sei, die weihnachtsbeleuchtung in wiener geschaeftsstrassen abzuschalten.

generaldirektor dr. reisinger stellte dazu fest, dass fuer die gesamte weihnachtliche festbeleuchtung in wien 287 kilowatt installiert wurden, das entspricht nicht einmal hundert durchschnittlichen haushalten. die stromersparnis durch ein abschalten der festbeleuchtung ist also minimal, das freiwillige fruehere abschalten hat nur psychologische bedeutung. viel wichtiger ist der appell, keinen strom zu vergeuden, vor allem durch uebermaessiges heizen aus der steckdose, das zu schwierigkeiten im hausleitungsnetz fuehren kann.

buengermeister gratz verwies darauf, dass in den letzten wochen viel benzin und heizoel privat eingelagert wurde. er richtete die dringende bitte an die bevoelkerung, keine solchen lager anzulegen. in wenigen minuten kann ein ganzes haus in flammen stehen, wenn benzin und heizoel unsachgemaess gelagert werden.

+++

k o m m u n a l :

=====

europagespraech 1974: das diskussionsthema
lautet 'demokratie im wandel'

1 wien, 1.12. (rk) die demokratische staatsform, das pluralistische gesellschaftssystem mit allen seinen positiven und negativen auswirkungen sowie reformmoeglichkeiten sollen beim 14. europagespraech unter dem titel 'demokratie im wandel' vor einem internationalen forum diskutiert werden. das europagespraech wird in wien in der zeit vom 14. bis 18. mai stattfinden.

buengermeister leopold g r a t z hat zu dieser gespraechs-
runde mehr als vierzig namhafte persoenlichkeiten aus zwei-
laendern - politiker, wissenschaftler, fachleute und journalisten -
eingeladen.

als diskussionsleiter werden sich botschafter dr. wilfried
g r e d l e r , universitaetsprofessor dr. felix e r m a c o r a
sowie die abgeordneten zum nationalrat karl b l e c h a und
dr. heinz f i s c h e r zur verfuegung stellen.

+++

L o k a l :

=====

der leopoldsbrunnen wird ''delogiert''

2 wien, 1.12. (rk) der leopoldsbrunnen zwischen der pest-saeule und dem stock im eisen-platz am graben muss im zuge des u-bahn-baues voruebergehend ''delogiert'' werden. mit der demontage dieses aus der ersten haelfte des 17. jahrhunderts stammenden brunnens wird anfang dezember begonnen. die stadtbildpfleger und natuerlich auch das bundesdenkmalamt haben diese abtragung unter der bedingung zugestimmt, dass, was auch fuer die stadtverwaltung eine selbstverstaendlichkeit ist, der brunnen am selben ort wieder aufgestellt wird.

die demontagearbeiten werden von den staedtischen steinmetzwerkstaetten durchgefuehrt, in deren lager in simmering die brunnenteile auch aufbewahrt werden. ueberdies wird, soweit dies notwendig ist, der brunnen auch restauriert werden. man rechnet damit, dass der leopoldsbrunnen etwa zwei jahre lang von seinem angestammten platz wird weichen muessen.

+++

w i r t s c h a f t :

=====

80. geburtstag von karl ausch

5 wien, 1.12. (rk) am 8. dezember vollendet der volkswirtschaftler, wirtschaftspublizist und bankfachmann karl a u s c h das 80. lebensjahr.

er wurde in wien geboren, wo er nach absolvierung der handelsakademie und der realschule als bankbeamter und buchhalter taetig war. gleichzeitig begann er mit der veroeffentlichung von fachschriften. als die sozialdemokratische partei und ihr verlag 'vorwaerts' im jahre 1927 die zeitung 'das kleine blatt' gruendeten, fungierte ausch als chefredakteur und konnte in diesem wirkungskreis hervorragende journalistische faehigkeiten beweisen. das blatt gewann unter seiner fuehrung bald eine fuehrende stellung im wiener zeitungswesen. 1937 begab er sich nach london, wo er in einem handelsgeschaeft arbeitete, sich aber auch fuer die oesterreichische sozialistische auslandsbewegung betaetigte. 1946 kehrte ausch in seine vaterstadt zurueck und uebernahm die wirtschaftsredaktion der 'arbeiter-zeitung'.

1952 wurde er generalrat der oesterreichischen nationalbank. von 1960 bis 1963 war er mitglied des vorstandes der girozentrale der oesterreichischen sparkassen. karl ausch verfuegt auf dem gebiet der volkswirtschaft ueber umfassende theoretische und praktische kennnisse. von ihm stammen mehr als tausend artikel, die wichtige volkswirtschaftliche fakten genau analysieren und konsequente schlussfolgerungen ziehen. 1963 erschien unter dem titel 'erlebte wirtschaftsgeschichte' eine zusammenfassung seiner interessantesten aufsaetze.

1964 wurde ihm der wuerdigungspreis der stadt wien fuer publizistik verliehen.

+++

Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Montag, 3. Dezember 1973

Blatt 2303

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Die neuen Vorsitzenden der Gemeinderatsausschüsse
Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke für 1974

Lokal: Morgen Festbeleuchtung des Weihnachtsbaumes
auf dem Rathausplatz
Nacheichnungen sind fällig
Ab 15. Dezember: Schienenstraßenparkverbot wieder
ganztags
Ringstraße: Fahrbahnsperre noch bis in die Nacht
Rathaus-Jubiläum prolongiert

Wirtschaft: Neuer Stromverbrauchs-Rekord in Wien

Kulturdienst: Ausstellung: Weihnachten im Gedicht
Prof. Slama gestorben

Chef vom Dienst 42 800/Durchwahl 2971

k o m m u n a l :

=====

die neuen vorsitzenden der gemeinderatsausschuesse

7 wien, 3.12. (rk) in diesen tagen konstituieren sich die neuen ausschuesse des wiener gemeinderats. die vorsitzenden und den 1. stellvertreter stellen die sozialisten, den 2. stellvertreter jeweils die oevp. und hier die neue liste:

gemeinderatsausschuss (roem) 1, personal und allgemeine verwaltung, die gemeinderaete otto gratzl, franz peska, prof. rudolf zoerner.

gemeinderatsausschuss (roem) 2, finanzen und wirtschaft, die gemeinderaete franz schreiner, adalbert busta, fritz hahn.

gemeinderatsausschuss (roem) 3, kultur, jugend und bildung, die gemeinderaete franz ascherl, Leopold wiesinger, markus Bittner.

gemeinderatsausschuss (roem) 4, soziales und gesundheit, die gemeinderaete herbert dinhof, franz gawlik, stadtrat walter Lehner.

gemeinderatsausschuss (roem) 5, stadtgestaltung und verkehr, die gemeinderaete ing. ernst nedwed, hermine fiala, dr. peter mayr.

gemeinderatsausschuss (roem) 6, umwelt und oeffentliche einrichtungen, die gemeinderaete franz schreiner, rudolf edlinger, dipl.-ing. ddr. wolfgang strunz.

gemeinderatsausschuss (roem) 7, wohnen und liegenschaftswesen, die gemeinderaete ing. walter hofstaetter, margarete tischler, dr. ferdinand habl.

gemeinderatsausschuss (roem) 8, staedtische unternehmungen, die gemeinderaete josef deutsch, otto hirsch, dkfm. gerhard amman.

k o m m u n a l :

=====

wirtschaftsplan der wiener stadtwerte fuer 1974

9 wien, 3.12. (nk) der gemeinderatsausschuss fuer die staedti-
schen unternehmungen hat montag auf antrag von stadtrat franz
n e k u l a den wirtschaftsplan der wiener stadtwerte fuer 1974
mit den stimmen der spoe genehmigt.

der wirtschaftsplan sieht einen geldbedarf von 8.984 millionen
(1973: 7.821 millionen) vor, denen eine bedeckung von 7.322 millionen
(1973: 6.568 millionen) gegenuebersteht. zur abdeckung des fehl-
betrages soll eine anleihe in der hoehe von 1.200 millionen aufge-
nommen werden, investitionen von 462 millionen sind mangels
bedeckung vorlaeufig gespernt.

stadtrat nekula verwies darauf, dass zur sicherung der energie-
versorgung und fuer die notwendigen verbesserungen im oeffentlichen
verkehr naechstes jahr 2.299 millionen investiert werden muessen.
72 prozent der investitionen entfallen auf die e-werke, deren
langfristiges ausbaukonzept sich gerade jetzt, in der zeit der
energiekrise, als richtig herausstellt.

der wirtschaftsplan, der rechtzeitig zur beschlussfassung
fertiggestellt werden musste, beruecksichtigt die juengste ent-
wicklung noch nicht. die preissteigerungen auf dem oelsektor werden
den e-werken zusaetzliche ausgaben von 17 bis 20 millionen schilling
bringen. auch bei den verkehrsbetrieben, die jaehrlich fast
7 millionen liter treibstoff und 126 millionen kilowattstunden
strom verbrauchen, wird sich durch die preisentwicklung eine
spuerbare verschlechterung ergeben. schon im wirtschaftsplan wird
bei den verkehrsbetrieben ein abgang von 506 millionen angenommen.
dabei ist zu beruecksichtigen, dass die durchschnittseinnahmen
der verkehrsbetriebe pro fahrgast infolge der sozialtarife von
dem 6-schilling-grundtarif weit entfernt sind und nur 285,3 groschen
betragen.

kennzeichnend fuer die situation der stadtwerte ist es, dass
erstmalig auch die bestattung einen mit 7 millionen negativen

abschluss erwartet. bei diesem sehr personalintensiven betrieb sind die gestiegenen personalkosten die hauptursache dafuer.

der wirtschaftsplan der wiener stadtwerke wird diensttag im stadtsenat beraten. die endgueltige entscheidung erfolgt am letzten tag der budgetdebatte des wiener gemeinderats, am 19. dezember.

1232

L o k a l :

=====

ab 15. dezember:

schienenstrassenparkverbot wieder ganztags

1 wien, 3.12. (rk) ab samstag, 15. dezember, tritt - wie jedes jahr - in wien wieder das ganztägige schienenstrassenparkverbot in kraft (das vom 1. april bis 14. dezember nur von 5 bis 20 uhr gilt). der zweck dieser massnahme: die stadtreinigung soll dadurch die moeglichkeit haben, in allen strassen mit tramwaygeleisen im interesse aller verkehrsteilnehmer die schneeraeumung optimal durchfuehren zu koennen.

0904

l o k a l :

=====

nacheichungen sind faellig

2 wien, 3.12. (rk) wie das wiener marktamt mitteilt, sind eichpflichtige messgeraete im oeffentlichen verkehr regelmassig innerhalb bestimmter fristen nachzueichen. die nacheichfrist beginnt mit dem der letzten eichung folgenden kalenderjahr. ab 1. jaenner 1974 duerfen daher messgeraete, fuer die eine zweijaehrige eichfrist festgelegt ist, nur dann verwendet werden, wenn sie einen eichstempel 1972 oder eines spaeteren jahres tragen. nacheichungen nimmt das eichamt, wien 20, gasteigergasse nr. 2-4 (telefon 33 55 01, klappe 233 oder 223) vor. auskuenfte ueber die eich- und nacheichpflicht erteilen das eichamt und alle wiener marktamtsabteilungen.

0949

L o k a l :

=====

morgen festbeleuchtung des weihnachtsbaumes auf dem rathausplatz

3 wien, 3.12. (rk) der grosse weihnachtsbaum, der heuer vom land niederoesterreich der wiener bevoelkerung geschenkt wurde, wird diensttag abend zum erstenmal im lichterglanz erstrahlen. im rahmen einer kleinen feier wird landeshauptmann andreaus m a u r e r den baum an landeshauptmann leopold g r a t z uebergeben. vor der uebergabe findet auf dem rathausplatz ein konzert der polizeimusik wien und der koenigstettner blasmusik statt. auf der loggia des rathausturms spielt der blaeserchor der wiener symphoniker eine festfanfare. die feier beginnt um 17 uhr.

geehrte redaktion!

sie sind herzlich eingeladen, berichterstatter und foto-reporter zu der feier zu entsenden.

merken sie bitte vor:

zeit: diensttag, 4. dezember, 17 uhr.

ort: wiener rathausplatz.

1005

L o k a l :

=====

ringstrasse:

fahrbahnsperre noch bis in die nacht

5 wien, 3.12. (rk) an der behebung der schaeden, die auf dem schottenring bei der hessgasse in der nacht zum sonntag durch einen grossen wasserrohrbruch aufgetreten sind, wird fieberhaft gearbeitet. die gesperrte fahrbahn kann jedoch erst im lauf der nacht zum dienstag wieder freigegeben werden. derzeit wird der autoverkehr ueber die maria theresienstrasse und ueber die nebenfahrbahn bei der creditanstalt umgeleitet.

der gleisbereich hingegen ist bereits soweit saniert, dass die ringlinien am montag wieder normal verkehren konnten. eine endgueltige sanierung der fahrbahn wird jedoch erst nach dem winter moeglich sein.

morgen, dienstag, wird lediglich noch wegen gleisbauarbeiten mit behinderungen fuer die in die hessgasse abbiegenden autofahrer zu rechnen sein.

1016

l o k a l :

=====

rathaus-jubilaeum prolongiert

8 wien, 3.12. (rk) die jubilaeums-ausstellung im wiener rathaus, die urspruenglich am 2. dezember geschlossen werden sollte, wurde wegen des starken interesses verlaengert. sie bleibt bis zum ende der budgetdebatte im wiener gemeinderat am 19. dezember geoeffnet und ist taeglich von 10 bis 19 uhr frei zuganglich. bisher wurden bereits mehr als 120.000 besucher in der ausstellung gezaehlt.

das im rahmen der ausstellung gestartete experiment, unter dem titel ''literatur im rathaus'' autorenlesungen einem breiten publikum zuganglich zu machen, erwies sich als volksbildnerischer erfolg ersten ranges: nicht weniger als 5.500 personen nahmen an den veranstaltungen teil, deren bogen weit gespannt war und von populaeren vortragsabenden prominenter schauspieler, wie fritz muliar und elfriede ott, ueber werklesungen beruehmter autoren, wie fritz hochwaelder, alexander lernet-holenia, friedrich torberg, ueber vorstellung progressiver literaturproduzenten bis zu vortraegen bekannter dialektdichter und den lesungen zahlreicher jugendschriftsteller reichte.

darueber hinaus fand besonders das kindergartenprogramm regen zuspruch, kasperltheater und kinderfilme waren nicht selten ''ausverkauft''. der kinder-verkehrsgarten auf dem rathausplatz, stets uebervoelkert, wird noch an den kommenden sonntagen in betrieb sein, jeweils von 10 bis 16 uhr. eine gute gelegenheit fuer muetter, die weihnachtseinkaeufe in ruhe zu erledigen, waehrend der vater die jubilaeums-ausstellung besucht und die kinder vergnueglichen verkehrsunterricht erhalten.

w i r t s c h a f t :

=====

neue stromverbrauchs-rekord in wien

10 wien, 3.12. (rk) mit einer belastung von 876 megawatt (das sind 876.000 kilowatt) verzeichneten die wiener e-werke am freitag, dem 30. november, um 22.30 uhr, einen neuen spitzenverbrauch. der bisherige rekord waren 868 megawatt am 18. jaenner, ebenfalls um 22.30 uhr.

es ist bezeichnend fuer die entwicklung auf dem energiesektor, dass ein spitzenverbrauch nicht mehr in einer zeit eintritt, in der die industrie auf hohtouren laeuft. die hoechsten belastungen ergeben sich, wenn die nachtspeicheranlagen fuer heizung und warmwasserbereitung eingeschaltet werden und zugleich noch relativ viele leute vor dem fernsehapparat sitzen.

am freitag liefen zu der zeit, zu der die spitzenbelastung registriert wurde, in fs 1 der abenteuerfilm ''sturmfahrt nach alaska'', in fs 2 die parlaments-sendung ''hohes haus''.

1325

Rathaus-Korrespondenz

gegründet 1861



Dienstag, 4. Dezember 1973

Blatt 2313

Heute in der Rathaus-Korrespondenz:

Kommunal: Das 37-Milliarden-Budget der Stadt Wien
 Budget und Wirtschaftsplan von Stadtsenat und
 Finanzausschuß genehmigt
 Einsichtnahme in das Wiener Budget
 Nur zwei städtische Tarife kostendeckend
 Angelobung der Mitglieder der Wiener Landes-
 regierung

Lokal: Schnee aus acht "Kanonen" für die Wiener Skifahrer
 Schneeräumung fuhr prompt aus

Kulturdienst: Galerie Alsergrund: Der Alsergrund in Malerei
 und Grafik
 Allein in Wien und Niederösterreich: 24.000
 Volkslieder gesammelt

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)

k o m m u n a l :

=====

das 37-milliarden-budget der stadt wien

5 wien, 4.12. (rk) das wiener budget fuer 1974 sieht, einschliesslich der wiener stadtwerke, ausgaben von rund 37 milliarden schilling vor, das sind rund 23.000 schilling ausgaben pro kopf der bevoelkerung. in einem pressegespraech informierten die zu-staendigen stadtraete hans m a y r (finanzen und wirtschaft) und franz n e k u l a (stadtwerke) sowie die spitzenbeamten ihrer ressorts, obersensatsrat dr. heinrich h o r n y und senatsrat dr. helmut k r e n d l e s b e r g e r von der finanzverwaltung, generaldirektor dr. karl r e i s i n g e r und obersensatsrat dr. hans j e r u s a l e m von den stadtwerken, ueber das budget.

von den 37 milliarden schilling entfallen 9.403 millionen auf investitionen. die stadtverwaltung erweist sich damit wieder als wichtigster wirtschaftsfaktor wiens und leistet einen entscheidenden beitrag zur fortsetzung der guenstigen wirtschaftlichen entwicklung und zur sicherung der vollbeschaeftigung.

der voranschlag der bundeshauptstadt (ohne stadtwerke) sieht ausgaben von 28.392 millionen, einnahmen von 28.052 millionen und somit einen abgang von 340 millionen vor. gegenueber 1973 ergibt sich eine reale budgetausweitung um rund 14 prozent. der anteil der personalkosten sinkt von 33,8 auf 33,5 prozent, der anteil der investitionen bleibt mit 29,3 prozent unveraendert.

1.874 millionen sind fuer den bau der u-bahn bereitgestellt, um 533 millionen mehr als 1973. fuer die verbesserung des hochwasserschutzes werden 528 millionen aufgewendet (1973: 545 millionen). fuer den neubau des allgemeinen krankenhauses stellt wien ebenso wie die bundesregierung 290 millionen zur verfuegung (1973: 175 millionen). der kommunale wohnungsbau erhaelt 1.420 millionen, das entspricht den baukosten fuer 5.000 wohnungen, 2.334 millionen sind fuer die wohnbaufoerderung bestimmt. bei

./.

den wohlfahrts- und krankenanstalten stehen ausgaben von 4.486 millionen lediglich einnahmen von 1.875 millionen gegenueber.

weitere wichtige ausgabeposten: 150 millionen fuer die uno-city, 73 millionen fuer betriebsansiedlungen, 2.156 millionen fuer die schulen, 434 millionen fuer kultur, 250 millionen fuer kinder- und jugendheime, 445 millionen fuer kindergaerten, 264 millionen fuer strassen- und brueckenbau, 3.144 millionen fuer umweltschutz und oeffentliche einrichtungen.

aus dem finanzplan der wiener stadtwerke ergibt sich ein geldbedarf von 8.984 millionen, davon sind 1.662 millionen nicht gedeckt. es sollen 1.200 millionen auf dem anleiheweg aufgebracht werden, investitionen von 462 millionen sind vorlaeufig mangels bedeckung gesperrt. in den erlaeuterungen zu diesem voranschlag verweist die generaldirektion der stadtwerke auf die staendig schwieriger werdende finanzielle situation. die probleme ergeben sich nicht nur aus den steigenden personalkosten und preisen, denen kein ausgleich auf der einnahmenseite gegenuebersteht, sondern auch aus den ausserordentlich hohen investitionen, die zur sicherung der energieverversorgung und zur verbesserung des oeffentlichen verkehrs notwendig sind. 2.299 millionen sind 1974 fuer investitionen vorgesehen, davon 1.586 millionen fuer die e-werke.

(forts. moegl.)

k o m m u n a l :

=====

budget und wirtschaftsplan von stadtssenat und finanzausschuss
genehmigt

7 wien, 4.12. (rk) der voranschlagsentwurf der bundeshauptstadt wien und der wirtschaftsplan der stadtwerke fuer 1974 wurden diensttag in einer gemeinsamen sitzung von stadtssenat und finanzausschuss mit den stimmen der spoe genehmigt (budgeteinzelheiten in gesonderter aussendung). der budgetentwurf liegt bis 11. dezember in der rathaus-information in der schmidthalle zur oeffentlichen einsicht auf. das budget beruecksichtigt auch bereits die neue geschaeftseinteilung.

der wiener gemeinderat wird am donnerstag, dem 13. dezember, mit den budgetberatungen beginnen, die bis 19. dezember abgeschlossen sein werden.

ueber das budget referierte finanzstadtrat h a n s m a y r , ueber den wirtschaftsplan stadtwerkstadtrat franz n e k u l a . dabei teilte stadtrat nekula mit, dass fuer das erneuerungsprogramm der verkehrsbetriebe von finanzstadtrat mayr zusaetzliche mittel zur verfuegung gestellt werden, so dass die sperrn in der hoehe von 143 millionen bereits aufgehoben werden koennen.

die oevp brachte durch ihren sprecher, praesident gemeinderat fritz h a h n einen antrag auf eine reihe von aenderungen des budgetentwurfes ein, die jedoch von der spoe abgelehnt wurden. finanzstadtrat mayr wird jedoch in seinem budgetreferat vor dem gemeinderat auf grund eines weiteren antrags der oevp darueber als minderheitsantrag referieren.

unter anderem verlangte die oevp, die vorhergesehenen mittel von 301 millionen fuer den hochwasserschutz lediglich zur verdichtung und erhoehung der daemme zu verwenden. als zusaetzliche investitionen wurden bauratenerhoehungen verlangt, die insgesamt 330 millionen schilling ausmachen. damit sollen beim spitals- und bei kindertagesheimbau raschere fortschritte erzielt werden koennen. auch beim u-bahn-bau soll forciert werden. ferner aufwendungen fuer zusaetzliche bevorratung vorgesehen werden. ausserdem verlangte die

oevp die erstellung eines eventualbudgets im falle einer eventuellen konjunkturabschwaechung, durch das 405 millionen u.a. fuer verstaerkten wohnbau, u-bahn-bau und investitionen bei den verkehrsbetrieben, fuer den forcierten ausbau der hauptklaeranlage und des wasserleitungsnetzes eingesetzt werden.

1233

k o m m u n a l :

=====

einsichtnahme in das wiener budget

6 wien, 4.12. (rk) das budget der stadt wien fuer das jahr 1974 liegt bis dienstag, den 11. dezember, waehrend der amtsstunden (montag bis donnerstag 8 bis 16 uhr, freitag 8 bis 15.30 uhr) in der rathaus-information, schmidthalle, zur allgemeinen einsicht auf. dort koennen auch die sogenannten ''erinnerungen'' zum budget eingebracht werden. gegen einen schutzgebuehr von 10 schilling kann man den voranschlag auch mitnehmen.

1105

L o k a l :

=====

schnee aus acht ''kanonen'' fuer die wiener skifahrer

2 wien, 4.12. (rk) falls das frostwetter bleibt, wird die skipiste auf der hohen-wand-wiese in wien-huetteldorf am kommenden wochenende den wiener skifahrern mit einer sicheren schneeunterlage zur verfuegung stehen. die sogenannten schnee-kanonen sind seit samstag in betrieb und produzieren feinsten pulver Schnee.

im durchschnitt sind jeweils acht ''kanonen'' eingesetzt. angesichts der derzeitigen oelknappheit laufen die mit dieseloel betriebenen aggregate auf sparflamme. bisher wurden lediglich 2.500 liter dieseltreibstoff verbraucht. um die skipiste ausreichend mit schnee zu versorgen, werden im durchschnitt 8.000 bis 10.000 liter dieseloel benoetigt. trotz dieser relativ geringen menge, mangelt es nicht an kritischen stimmen, die diese art von treibstoffverbrauch als verschwendung bezeichnen. dem muss freilich entgegengehalten werden, dass mit einer sicheren schneelage auf der hohen-wand-wiese, die praktisch mit oeffentlichen verkehrsmitteln im einheitstarif - erreicht werden kann, viele tausende wiener skifahrer auf eine autofahrt zu weiter entfernt liegenden skipisten verzichten koennen. so gesehen, bedeutet, die schneeerzeugung am stadtrand von wien eine echte treibstoffersparnis. die piste auf der hohen-wand-wiese wird an einem tag am wochenende durchschnittlich von 10.000 personen benuetzt.

0920

k o m m u n a l :

=====

nur zwei staedtische tarife kostendeckend

8 wien, 4.12. (rk) aus dem alljaehrlich dem wiener gemeinderat vorzulegenden ''gebuehrenspegel'' geht hervor, dass von 33 tarifmaessigen entgelten und gebuehren der stadt wien lediglich zwei kostendeckend sind, doch liegt deren jaehrlicher ertrag unter einer million schilling. der bericht der finanzverwaltung zur ueberpruefung der gebuehren und tarife, der dienstag durch stadtrat hans m a y r dem stadsenat und finanzausschuss vorgelegt wurde, hebt allerdings hervor, dass bei der beurteilung ueber das ausmass der regulierung von gebuehren auch gesamtosterreichische intentionen zur wahrung der preisstabilitaet beruecksichtigt werden muessen. stadtrat mayr hob deshalb hervor, dass auch bei den gebuehren, fuer die das prinzip der kostendeckung eindeutig fixiert sei, regulierungsantraege nur dann zu stellen waeren, wenn sich der derzeitig kostendeckungsgrad verschlechtert.

die kostendeckung betraegt derzeit bei den kanalgebuehren nur 71,6 prozent, bei den wassergebuehren 76,3 prozent, bei der muellabfuhr 84,5 prozent, bei der feuerwehr 51,2 prozent, bei den marktentgelten gar nur 32,07 prozent und bei den schlachthofgebuehren ueberhaupt nur 22,8 prozent. sehr gering sind die deckungssetze auch bei jenen gebuehren, bei deren festsetzung sozial- oder kulturpolitische gesichtspunkte im vordergrund standen. so betraegt der prozentsatz bei pflegegebuehren in staedtischen kinderheimen 38,4 prozent und bei den elternbeitraegen fuer den kindergartenbesuch 21,5 prozent.

der antrag der finanzverwaltung wurde einstimmig dem gemeinderat weitergeleitet.

1257

L o k a l :

=====

schneeraeumung fuhr prompt aus

9 wien, 4.12. (rk) auf die wetterschlechterung am dienstag vormittag reagierte die schneeraeumung prompt: bereits nach 7 uhr frueh wurde der erste einsatz auf den alarmrouten angeordnet. das hat zur folge, dass derzeit - um 13 uhr - auf jeden fall die hauptverkehrsstrassen (rund 1.200 kilometer lang) in fahr-bereiten zustand sind. lediglich in den stadtrandgebieten liegt auf den strassen schneematsch, der jedoch bisher den autoverkehr nicht wesentlich behindert. dienstag vormittag und mittag hatte der winterdienst der stadtreinigung 116 allroundraeumfahrzeuge, etwa 50 kleinere raeumfahrzeuge und 750 mann im einsatz.

1302 -

k o m m u n a l :

=====

angelobung der mitglieder der wiener landesregierung

11 wien, 4.12. (rk) zu beginn der sitzung der wiener landes-
regierung am dienstag nahm landeshauptmann leopold g r a t z
die angelobung der mitglieder der wiener landesregierung vor.
ausserdem genehmigte die landesregierung auf antrag von
stadtrat kurt h e l l e r die bestellung der stellvertreter
des landeshauptmannes: erster landeshauptmann-stellvertreter
gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r , zweiter landes-
hauptmann-stellvertreter hubert p f o c h .

1415

Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Mittwoch, 5. Dezember 1973

Blatt 2323

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:

Pressegespräch über das Budget der Stadt Wien:
143 Millionen für die Verkehrsbetriebe zusätzlich
Ab Jänner: Ablesung der Wassergebühren jährlich

Lokal:

Übergabe des Rathaus-Weihnachtsbaumes
Die neuen Lohnsteuerkarten sind fertig
Odescalchi-Stiftung: Aus Perlen werden Pfandbriefe
Partielle Mondfinsternis am 10. Dezember
Anton Afritsch zum Gedenken
Polio-Impfaktion: Doppelt so viele wie im Vorjahr

Kulturdienst:

Jugend musiziert
Wiener Festwochen 1974: Traditionspflege und auf-
geschlossen für das Neue

Chef vom Dienst 42 800/2971 Durchwahl

k o m m u n a l :

=====

presseggesprach ueber das budget der stadt wien:

143 millionen fuer die verkehrsbetriebe zusaetzlich

! wien, 5.12. (rk) mit den zusaetzlichen investitionsmitteln von 143 millionen schilling, die es ermoeglichen, alle investitions-sperren aufzuheben (siehe bericht ''stadtsenat''), koennen die verkehrsbetriebe 27 gelenktriebwagen, 25 grossraumbeiwagen, 25 gelenkbusse und 3 normalbusse kaufen sowie 37 triebwagen, 55 beiwagen und 20 busse fuer den einmannbetrieb umbauen. dies teilten die stadtraete hans m a y r und franz n e k u l a im presseggesprach ueber das budget 1974 mit..

das bedeutet zugleich eine wesentliche verbesserung der an-gebotenen verkehrsleistung und eine rationalisierung: es koennen garnituren der type m, wie sie etwa auf der linie d verkehren, mit 130 plaetzen und 3 bediensteten, durch moderne garnituren mit 190 plaetzen und einem bediensteten ersetzt werden.

zur frage, ob die verkehrsbetriebe im falle einer verschaerften bezinkrise imstande waeren, die befoerderungsaufgaben zu bewaeltigen, sagte stadtrat nekula: erstens wird die heranziehung von auto-bussen der privaten reiseunternehmen gesichert, zweitens wurde in gespraechen mit der gewerkschaft der gemeindebediensteten die zusicherung gegeben, dass die mitarbeiter der verkehrsbetriebe ueber die jetzt geleisteten ueberstunden hinaus im krisenfall zu mehrleistungen bereit seien und drittens werde durch ver-schiebungen im beginn des schulbetriebs und der arbeitszeit von betrieben eine verflachung der verkehrsspitzen angestrebt. diese massnahmen zusammen mit dem investitionsprogramm der verkehrs-betriebe wuerden es ermoeglichen, die aufgaben zu bewaeltigen. dabei sei allerdings zu beruecksichtigen, dass kein verkehrs-unternehmen der welt in der lage sei, ein um 50 prozent steigendes verkehrsaufkommen ueber nacht zu bewaeltigen. die angefuehrten massnahmen seien ein krisenprogramm. langfristig gelte der lehner-plan, der vorsehe, bis 1980 den schaffnerlosen betrieb ein-

zufuehren. das jetzt - mit hilfe der zusaetzlichen 143 millionen - vorliegende programm fuer 1974 entspreche dieser mittelfristigen planung.

was die attraktivitaet des oeffentlichen verkehrs betrifft, so betonte generaldirektor dr. r e i s i n g e r , dass die forderung, zuerst muesse der oeffentliche verkehr attraktiver werden, dann erst wuerden autofahrer ''umsteigen'', falsch sei. die mangelnde attraktivitaet des oeffentlichen verkehrs liege vor allem an seiner behinderung durch den individualverkehr. die modernen grossraumwagen mit ihren starken motoren nuetzen nichts, wenn man sie nicht fahren laesst. zuerst muesse man dem oeffentlichen verkehr freie bahn verschaffen, damit er seine leistungsfaeigkeit beweisen koenne, dann werde er auch genuegend attraktiv sein. solange es moeglich ist, dass ein einziger falsch parkender autofahrer mehrere strassenbahnzuege mit mehreren hundert fahrgaesten aufhalte, so lange sei der oeffentliche verkehr eben nicht in der lage, die mit recht geforderte schnelligkeit und puenktlichkeit zu erbringen.

+++

L o k a l :

=====

uebergabe des rathaus-weihnachtsbaumes

wien, 5.12. (rk) vom winde etwas verweht klang diensttag abend das konzert auf dem wiener rathausplatz anlaesslich der uebergabe des weihnachtsbaumes, der bekanntlich vom land nieder-oesterreich der wiener bevoelkerung geschenkt worden war. es konzertierten die polizeimusik wien und die koenigstettner blas-musik, auf der loggia des rathhausturmes spielte der blaeserchor der wiener symphoniker eine festfanfare.

Landeshauptmann maurer erinnerte in seiner ansprache daran, das 80 prozent aller weihnachtsbaeume, die in wiener wohnungen im kerzenlicht erstrahlen, in den waeldern niederoesterreichs ge-wachsen sind. er verwies auf die engen verwandtschaftlichen be-ziehungen zwischen vielen wienern und niederoesterreichern und uebergab den rathaus-weihnachtsbaum mit herzlichen glueck- und segenswuenschen der niederoesterreicher fuer alle wiener. nachdem Landeshauptmann maurer durch knopfdruck die beleuchtung eingeschal-tet hatte, intonierte die koenigstettner blasmusik die nieder-oesterreich-hymne.

buengermeister gratz dankte dem land niederoesterreich fuer den weihnachtsbaum und betonte die engen beziehungen zwischen den beiden laendern auf allen ebenern. die tatsache, dass wien jedes jahr von einem anderen bundesland mit einem christbaum be-dacht werde, sei ausdruck der verbundeheit und zusammengehoeerig-keit aller oesterreicher. im hinblick auf die niederoesterreich-wochen, die im fruehjahr 1974 in wien stattfinden, sagte buenger-meister gratz, dass wien mit freude fuer diese veranstaltung den rathausplatz zur verfuegung stellen werde, auf dem sich dann ein maibaum erheben wird.

+++

k o m m u n a l :

=====

ab jaenner: ablesung der wassergebuehren jaehrlich

2 wien, 5.12. (rk) so wie schon seit jahren bei gas und strom wird nun auch die ablesung der wasserzaehler mit jaenner des neuen jahres aus rationalisierungsgruenden nur mehr jaehrlich erfolgen. ebenso wie bei gas und strom bedeutet diese umstellung fuer die abgabepflichtigen keine wesentliche aenderung.

bisher wurden die wasserzaehler viermal jaehrlich abgelesen. in zukunft wird auf die jahresgebuehr eine vierteljaehrliche teilzahlung zu leisten sein, die auf grund des verbrauchsdurchschnittes des letzten jahres berechnet wird. die teilzahlungen sollen jeweils am 15. jaenner, 15. april, 15. juli und 15. oktober faellig werden. diese faelligkeitszeitpunkte fallen nicht mit denen der grundbesitzabgaben zusammen.

um diese rationalisierung durchfuehren zu koennen, ist eine aenderung des wasserversorgungsgesetzes 1960 notwendig. finanzstadtrat hans m a y r brachte einen gesetzentwurf am dienstag in der wiener landesregierung ein. der entwurf wird noch heuer dem landtag zur beschlussfassung vorliegen.

0925

L o k a l :

=====

die neuen Lohnsteuerkarten sind fertig

1 wien, 5.12. (rk) die Lohnsteuerkarten fuer die jahre 1974/75/76 sind fertig. die hauseigentuemer oder deren vertreter (hauswarte) werden ersucht, die Lohnsteuerkarten abzuholen und an die empfangsberechtigten auszugeben. die ausgabe erfolgt freitag, den 7. dezember, und in der darauffolgenden woche jeweils von 8 bis 14 uhr in den magistratischen bezirksaemtern, fuer hadersdorf-weidlingau in wien 14, hadersdorf-weidlingau, hauptstrasse 72. arbeitnehmer, die auf diesem wege keine Lohnsteuerkarte erhalten, werden im eigenen interesse eingeladen, noch im dezember beimzustaendigen magistratischen bezirksamt die ausschreibung ihrer Lohnsteuerkarte zu beantragen. wer die neue Lohnsteuerkarte nicht rechtzeitig seinem arbeitgeber vorlegt, muss mit steuerlichen nachteilen rechnen.

0918

L o k a l :

=====

odescalchi-stiftung:

aus perlen werden pfandbriefe

3 wien, 5.12. (rk) die wiener landesregierung genehmigte auf antrag von stadtrat kurt h e l l e r am dienstag die anlage des stiftungsstammkapitals der odescalchi-stiftung in pfandbriefen. bekanntlich hatte die fuerstin odescalchi die stadt wien zum erben eingesetzt, mit der auflage, dass dieses erbe - wertvoller schmuck und eine liegenschaft in kitzbuehel - zum wohle armer kinder verwendet wird. um den willen der verstorbenen zu erfuellen, wurden liegenschaft und schmuck bestmoeglichst veraeussert. mit dem reinerloes von genau 14,774.099 schilling und 23 groschen wurde eine stiftung errichtet, mit deren verwaltung das sozialamt betraut ist. durch die guenstige anlage des stiftungsvermoegens kann mit ertraegnissen von mehr als einer million schilling jaehrlich gerechnet werden.

0927

L o k a l :

=====

partielle mondfinsternis am 10. dezember

4 wien, 5.12. (rk) in den fruehen morgenstunden des 10. dezember ereignet sich eine im gesamten bundesgebiet beobachtbare partielle mondfinsternis.

aus anlass dieser finsternis veranstaltet die wiener urania-sternearte bei klarem himmel ab 1.45 uhr eine sonderfuehrung mit fernrohrbeobachtung der finsternis. es wird gebeten zu beachten, dass sich diese finsternis in der nacht vom 9. auf den 10. dezember ereignet. wegen des heizverbotes auf der sternearte ist warme kleidung empfehlenswert.

die finsternis beginnt mit dem eintritt des mondes in den halbschatten der erde, was sich ab 0.37 uhr mez als zunehmende, rauchige truebung der mondscheibe anzeigt. um 2.09 uhr beruehrt der mond mit seinem linken unteren rand den dunklen kernschatten der erde. die mitte der finsternis faellt auf 2.44 uhr, dann sind knapp 11 prozent des monddurchmessers verfinstert. der austritt aus dem kernschatten ist um 3.20 uhr, jener aus dem halbschatten um 4.52 uhr beendet.

die finsternis ist beobachtbar in der arktis, in nord- und suedamerika, im atlantik, in europa und afrika, in westasien und im oestlichen pazifik.

0936

L o k a l :

=====

anton afritsch zum gedenken

5 wien, 5.12. (rk) auf den 8. dezember faellt der 100. geburstag des begruenders der kinderfreundeorganisation, anton a f r i t s c h .

er wurde in klagensfurt geboren. koerperliche not, hunger und seelische vereinsamung, das war lange jahre, weit ueber seine jugendzeit hinaus, sein schicksal. sein vater starb frueh, er hat ihn nie gekannt. die mutter arbeitete als fabriksarbeiterin. die jahre der kindheit musste er als pflegekind verbringen. er begann als tischlerlehrling. doch von starkem wissensdrang besetzt, besuchte der junge afritsch viele kurse des lokalen arbeiterbildungsvereines. als geselle begab er sich auf die wanderschaft, dann kam er zum militaer. nach beendigung des militaerdienstes fiel sein starkes interesse fuer die arbeiterbewegung bald auf. er wurde gewerkschaftsfunktionaer der holzarbeiterorganisation, dann administrationsbeamter und spaeter redakteur der grazer sozialdemokratischen tageszeitung ''arbeiterwille''. was er nun begann, machte ihn zu einem der grossen pioniere der oesterreichischen arbeiterbewegung. afritsch, selbst vater von vier kindern, beobachtete das lichtlose leben der proletarierkinder, in jenem viertel, in dem er selbst mit seiner familie wohnte. da entschloss er sich, einzugreifen. eines sonntags wanderte er mit seinen eigenen und einer schar anderer kinder in die umgebung von graz. dieser erste gemeinschaftsausflug mit lied und spiel sollte die geburtsstunde der ''kinderfreunde'' werden. am 23. april 1908 - mit 65 mitgliedern - gruendete er die erste ortsguppe. die bewegung wuchs staendig. lehrerinnen und lehrer waren zu mitarbeitern geworden. in wien hatte afritsch den bekannten redakteur der arbeiterzeitung max winter fuer seine sache gewonnen, und auf einem parteitag hatte auch victor adler, in anerkennenden worten der neuen bewegung gedacht. so waren die ''kinderfreunde'' trotz massivster angriffe des buergertums und des klerus, die gegen die ''roten kinderhorden'' wetterten, eine maechtige organisation geworden. das verdienst afritschs, inzwischen stadtrat von graz, ./.

war es waehrend all der jahre des aufbaus, die probleme der kinderfreunde und damit der arbeiterkinder voll aktivismus aus der praxis heraus geloest zu haben. besonders nach dem ersten weltkrieg ist es ihm und der publizistischen taetigkeit winters zu danken, dass eine welle der solidaritaet in der internationalen arbeiterschaft geholfen hat, die aergste not zu lindern. mitten aus dieser aktivitaet riss ihn, noch nicht 51 jahre alt, am 7. juli 1924 der tod. die stadt wien ehrte sein andenken durch die benennung einer gasse im 22. wiener gemeindebezirk.

0953

L o k a l :

=====

polio-impfaktion:

doppelt so viele wie im vorjahr

9 wien, 5.12. (rk) diensttag ging der am 19. november gestartete erste teil der diesjaehrigen polio-impfaktion zu ende. erfreulicherweise hatte der appell der gesundheitsbehoerden an die wiener bevoelkerung, sich im interesse der eigenen gesundheit daran zu beteiligen, erfolg. wie das gesundheitsamt meldet, wurden in den 19 bezirksgesundheitsaemtern insgesamt 53.413 impfungen - 24.208 erstimpfungen und 29.205 dritte teilimpfungen - durchgefuehrt. dies ist etwa doppelt so viel wie im vorjahr. damals nahmen am ersten teil der impfaktion insgesamt 26.464 personen - 11.760 erstimpfungen und 14.704 dritte teilimpfungen - teil.

das gesundheitsamt erinnert in diesem zusammenhang daran, dass vom 4. bis 17. februar 1974 die zweite teilimpfung durchgefuehrt werden wird. die grundimmunisierung besteht bekanntlich aus drei teilimpfungen.

1243

Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Donnerstag, 6. Dezember 1973

Blatt 2334

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

- Kommunal: Autobahnanschluß zur UN-City
Höhere Anfangsgehälter bei der Gemeinde Wien
Stellenausschreibung: Museumsdirektor und Bibliotheks-
direktor gesucht
Ausbau der Erdbergstraße
- Lokal: Samstag gilt der Feiertagstarif
Wiener Fasching 1974
Internationales Symposium über "Minihandwerker" in
Wien eröffnet
Flugreise und Goldener Rathausmann für den 150.000.
Ausstellungsbesucher
- Wirtschaft: Um 17 Prozent mehr Gastarbeiter als im Vorjahr

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)

k o m m u n a l :

=====

autobahnanschluss zur un-city

1 wien, 6.12. (rk) der gemeinderatsausschuss fuer stadtgestaltung und verkehr hat in seiner ersten sitzung unteer anderem beschlossen, fuer den autobahnanschluss der un-city mit der donauufer-autobahn ein neues projekt ausarbeiten zu lassen. die bisher untersuchten trassen-fuehrungen in hoch- beziehungsweise tieflage erscheinen nicht geeignet, allen anforderungen des umweltschutzes zu entsprechen. daher soll nun eine variante in mittellage in form eines generellen projektes geprueft werden, ueber das zwischen den fachleuten des magistrats und des iakw grundsaeztlich schon uebereinstimmung erzielt worden ist. bei dieser loesung wurde die donauufer-autobahn etwas abgesenkt, wodurch ein teil dieser autobahn und auch die anschlussstelle reichsbruecke neu geplant werden muessen. die projektierung wurde dem zivilingenieur dr. w y c i t a l uebertragen, die kosten von 420.000 schilling wurden ebenfalls genehmigt.

0852

k o m m u n a l :

=====

hoehere anfangsgehaelter bei der gemeinde wien

2 wien, 6.12. (rk) rueckwirkend mit 1. oktober erhalten neu eintretende gemeindebedienstete mehr geld. wie personalstadtrat kurt h e l l e r im stadtsenat berichtete, sollen die anfangsbezuuge so weit erhoert werden, dass ein junger akademiker mindestens 7.000 schilling monatlich bekommt. bis zur beschlussfassung im wiener landtag werden entsprechende zulagen gewaehrt.

auch die jugendlichen stenotypistinnen schneiden mit wirkung vom 1. oktober besser ab. ihre entschaeDIGung wird stufenweise von monatlich 3.219 auf 3.508 schilling angehoben.

0929

k o m m u n a l :

=====

stellenausschreibung:

museumsdirektor und bibliotheksdirektor gesucht

5 wien, 6.12. (rk) im amtsblatt der stadt wien, der beilage von 'wien aktuell', sind zwei interessante dienstposten ausgeschrieben. gesucht werden ein neuer leiter der magistratsabteilung 9, wiener stadtbibliothek, und ein neuer leiter [✓] der magistratsabteilung 10, das sind die museen der stadt wien.

bewerber fuer den stadtbibliotheksdirektor haben folgende voraussetzungen zu erfuelen: oesterreichische staatsbuergerschaft, abgeschlossenes hochschulstudium, mindestens zehnjaehrige taetigkeit in einem kulturellen oder wissenschaftlichen bereich, ablegung der pruefung fuer beamte des hoeheren bibliotheksdienstes der stadt wien, erreichen der dienstklasse (roem.) 6, bediensteter der stadt wien mit ueberdurchschnittlicher dienstleistung, organisationstalent, faehigkeit zur menschenfuehrung und menschenbehandlung, verhandlungsgeschick, aufgeschlossenheit fuer den technischen fortschritt im dienste des modernen bibliothekswesens.

bewerber fuer den museumsdirektor muessen an voraussetzungen mitbringen: oesterreichische staatsbuergerschaft, abgeschlossenes studium der philospie (hauptfaecher geschichte und kunstgeschichte), mindestens zehnjaehrige taetigkeit in einem kulturellen oder wissenschaftlichen bereich, erreichen der dienstklasse (roem) 6, bediensteter der stadt wien mit ueberdurchschnittlicher dienstleistung, profundes wissen in musealen belangen, organisationstalent, faehigkeit zur menschenfuehrung und menschenbehandlung, verhandlungsgeschick.

ebenfalls ausgeschrieben ist die stelle des leiters der magistratsabteilung 50, allgemeine- und rechtliche angelegenheiten des wohnungswesens.

k o m m u n a l :

=====

ausbau der erdbergstrasse

6 wien, 6.12. (rk) die erdbergstrasse soll zwischen der schlachthausgasse und der 1. heidequerstrasse im 3. und im 11. bezirk ausgebaut werden. donnerstag genehmigte der wohnbau- und liegenschaftsausschuss des gemeinderats den erwerb einiger grundstuecke, um das vorhaben realisieren zu koennen. gleichzeitig soll auch der gaswerksteg ausgebaut werden.

1007

L o k a l :

=====

samstag gilt der feiertagstarif

3 wien, 6.12. (rk) am samstag, dem 8. dezember (maria
empfaengnis) gilt bei den wiener verkehrsbetrieben der sonn- und
feiertagstarif.

0934

l o k a l :

=====

wiener fasching 1974

4 wien, 6.12. (rk) rund 240 ballveranstaltungen - vom kaiserball zu silvester bis zum fruehlingsball am 23. maerz - wird der ballkalender enthalten, den der fremdenverkehrsverband wien in kuerze fuer den wiener fasching 1974 herausbringt. unter den veranstaltern befinden sich wieder zahlreiche oeffentliche und private institutionen, darunter etwa die penzinger buerger oder die spengler und kupferschmiede, die kriminalbeamten und die floridsdorfer waidmaenner, die westbahner ebenso wie die schlossermeisters-toechter, die tabaktrafikanten und die reisenden kaufleute. zu silvester 1973 werden acht baelle stattfinden, die samstage der zweiten jaennerhaelfte und die februarsamstage sind mit je etwa 15 baellen ebenfalls stark belegt.

0940

L o k a l :

=====

internationales symposion ueber ''minihandwerker'' in wien eroeffnet

8 wien, 6.12. (rk) gesundheitsstadtrat dr. alois s t a c h e r
eroeffnete donnerstag im hauptquartier der internationalen atom-
energieorganisation in wien ein hochinteressantes wissenschaft-
liches symposion. daran nehmen 45 fuehrende wissenschaftler aus
18 laendern teil. dieses symposion wird vom gesundheitsministerium
und von der ludwig boltzmann-gesellschaft finanziert, die ihrer-
seits von der gemeinde wien unterstuetzt wird. die organisation
oblag dem forschungszentrum seibersdorf und der ''internationalen
gesellschaft zur erforschung von grenzgebieten der medizin''.

anlaesslich der eroeffnungsveranstaltung erlaeuterte der
praesident dieser gesellschaft, obersensatsrat dr. b a n d i o n ,
das hauptthema des symposions, das fuer die krebsforschung von
grosser bedeutung ist. es geht um die erforschung des zusammen-
hanges sogenannter gehemmter dns-reparaturen und dem auftreten
von spaetschaeden.

bei der dns handelt es sich um jene makromolekuele, in
denen die ''erbinformation'' eines menschen steckt, um einen
winzigen faden, eine doppelkette, die sich aus millionen von
kleinen bausteinen zusammensetzt. in diesem makromolekuel sind
beispielsweise haarfarbe, nasenform, augenfarbe, koerperliche
missbildungen, rasse und vor allem auch vererbare erkrankungen
gespeichert. dieses gebilde ist ueberaus aktiv: es kann sich die
werkzeuge bauen, mit deren hilfe eine verdopplung moeglich ist und
dadurch eine zellteilung eingeleitet wird. die zellteilungen
ermoeglichen erst den aufbau des organismus. ohne sie wuerde
es kein leben geben. diese ''handwerker'' reparieren aber auch
schaeden an der doppelkette, die durch umwelteinfluesse oder
andere faktoren entstehen.

wenn nun diese ''handwerker'' in ihrer taetigkeit gehemmt
werden, kann es zu falschen reparaturen oder keinen reparaturen
kommen. unter bestimmten voraussetzungen kann dies eine ursache
fuer ererbare erkrankungen der nachkommen sein. oder es kommt
zu einer weichenstellung, die zu krebs fuehren koennte.

w i r t s c h a f t :

=====

um 17 prozent mehr gastarbeiter als im vorjahr

9 wien, 6.12. (rk) der trend der steigenden gastarbeiterzahl hielt auch im november in nahezu allen bundeslaendern weiter an. einer soeben veroeffentlichen statistik der landesarbeitsaemter zufolge waren mitte november in oesterreich insgesamt 250.757 auslaendische arbeitskraefte beschaeftigt. das sind um 36.318 oder 17 prozent mehr als im november des vorigen jahres.

wien ist nach wie vor mit 95.715 (november 1972: 82.713) gastarbeitern fuehrend, gefolgt von niederoesterreich mit 30.809 (26.075), oberoesterreich mit 29.079 (23.912), vorarlberg 25.602 (23.283), salzburg 21.020 (19.162), tirol 18.630 (16.643), steiermark 18.326 (14.504), kaernten 9.986 (6.952) und dem burgenland mit 1.608 (1.213).

die meisten gastarbeiter waren auch im november wieder im bauwesen, in der metallindustrie und in der textilbranche beschaeftigt
1220

L o k a l :

=====

flugreise und goldener rathausmann fuer den
150.000. ausstellungsbesucher

10 wien, 6.12. (rk) mit einer ueberraschung begann fuer die
oberoesterreichische studentin sabine t h u r n e r - die in
wien studiert, und im dr. adolf schaerf-studentenheim wohnt - der
besuch der ausstellung ''rathausjubilaeum 73''. sie war der
150.000. ausstellungsgast. stadtrat peter s c h i e d e r ueber-
reichte als vorweihnachtliches geschenk einen gutschein fuer eine
flugpauschalreise nach freier wahl - von reisebuero elite-tours -
und als bleibende erinnerung einen goldenen rathausmann.
anschliessend wurde der jubilaeumsgast von stadtrat schieder zu
einer kaffeejause ins makartcafe eingeladen.

1341

Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Freitag, 7. Dezember 1973

Blatt 2344

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Eine neue Erholungslandschaft soll entstehen
Georg Emmerling zum Gedenken
Nächste Woche Beginn der Budgetdebatte
Kollegium des Stadtschulrates

Lokal: Opferfürsorgeabgabegesetz bis Ende 1977 verlängert
Für die Schneekanonen ist es zu warm
Informationswoche an berufsbildenden Schulen
Christbaumverkauf an 455 Stellen

Kulturdienst: Trauerfeier für Prof. Slama

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)

k o m m u n a l :

=====

eine neue erholungslandschaft soll entstehen

1 wien, 7.12. (rk) im nordostraum wiens soll der wald- und wiesenguertel ebenfalls festen fuss fassen. dies freilich in einer anderen, als der traditionell gewohnten form, weil die landschaftlichen und klimatischen voraussetzungen in dem rund 1.000 hektar grossen areal andere sind als im bereich des wienerwaldes. der gemeinderatsausschuss fuer stadtgestaltung und verkehr hat jedenfalls in seiner letzten sitzung den gartenarchitekten ing. wilfried k i r c h n e r mit der ausarbeitung eines sogenannten landschafts-aufbauplanes fuer den kuenftigen wald- und wiesenguertel im nordosten der bundeshauptstadt beauftragt und dafuer 950.000 schilling genehmigt.

besonders beruecksichtigt soll bei dieser arbeit die tatsache werden, dass durch den abbau von schotter schon bisher zahlreiche wasserflaechen entstanden sind beziehungsweise noch entstehen werden. zudem muss bei dieser landschaftsplanung auch beachtet werden, dass die jaehrlich in wien anfallenden fuenf millionen kubikmeter bauaushub zum beispiel fuer eine grosszuegige gelaendemodellierung derzeit unattraktiver, ebener flaechen verwendet werden koennten.

0910

k o m m u n a l :

=====

georg emmerling zum gedenken

2 wien, 7.12. (rk) auf den 12. dezember faellt der 25. todestag des ehemaligen vizebuengermeisters georg e m m e r l i n g .

geboren am 12. juli 1870 in wien-meidling, kam er schon fruehzeitig mit der sozialdemokratischen partei in verbindung. er wurde mitbegruender des konsumvereines 'vorwaerts' und war auch dessen erster geschaeftsfuehrer. 1903 wurde er zum verwalter und gesellschafter der arbeiter-zeitung und der druck- und verlagsanstalt 'vorwaerts' durch den parteivorstand berufen. diese taetigkeit, verbunden mit einer grossen abonnenntenaktion fuer den 2. bezirk, stellte die verbindung mit der leopoldstaedter bezirksorganisation her, jener organisation, die ihm zum grossen politischen durchbruch verhelfen sollte. so wie schuhmeier im jahre 1911 das leopoldstaedter-mandat fuer den reichsrat eroberte, so gelang es emmerling 1912, als erster sozialdemokrat in den wiener gemeinderat fuer die leopoldstadt einzuziehen. auch bei den folgenden wahlen bis zum jahr 1927 war er immer spitzenkandidat der leopoldstadt. 1919 wurde er vizebuengermeister unserer stadt. als solcher war er auch mitglied und vorsitzender-stellvertreter der wiener landesregierung und des stadt senates. seit 1921 war er auch mitglied des bundesrates. vizebuengermeister emmerling widmete sich vor allem wirtschaftlichen problemen. als amtsfuehrender stadtrat der verwaltungsgruppe (rom.) 8 waren ihm die staedtischen unternehmungen anvertraut. emmerling setzte sich in hervorragender weise fuer eine reorganisation der staedtischen betriebe ein, die sich nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in personeller hinsicht auswirkte. unter vizebuengermeister emmerling wurden auch mehrere unternehmungen u.a. die 'gewista', gegrundet, an denen die stadt wien massgeblich beteiligt ist.

georg emmerling hat in den jahren der ersten republik auch im oesterreichischen staedtebund an hervorragender stelle gewirkt.

nach langer schwerer krankheit verschied er im 79. lebensjahr am
12. dezember 1948.

die stadt wien ehrte ihren grossen sohn durch die widmung eines
ehrengabes und durch die benennung einer wohnhausanlage in seiner
langjaehrigen naeheren wirkungsstaette, dem 2. wiener gemeinde-
bezirk.

0920

k o m m u n a l :
=====

naechste woche beginn der budgetdebatte

4 wien, 7.12. (rk) naechste woche, am donnerstag, dem 13. dezember, beginnt im wiener rathaus die budgetdebatte. sie wird sich auch in diesem jahr in der traditionellen form abwickeln. nach dem grundsatzreferat von finanzstadtrat hans m a y r wird die generaldebatte, verbunden mit der spezialdebatte zum kapitel finanzen, abgehalten. generalredner der spoe ist gemeinderat herbert d i n h o f , der fpoe dr. erwin h i r n s c h a l l . die oevp gibt ihren generalredner noch nicht bekannt.

an den folgenden tagen werden die einzelnen geschaeftsgruppen debattiert und ueber die teilvoranschlaege abgestimmt. am letzten tag der budgetdebatte, mittwoch, den 19. dezember, wird nach einem referat von stadtrat franz n e k u l a der wirtschaftsplan der stadtwerke behandelt.

und das ist der fahrplan der wiener budgetdebatte fuer 1974:

donnerstag, 13. dezember, 10 uhr, generaldebatte und spezialdebatte ueber finanzen. (referat str. hans m a y r).

freitag, 14. dezember, wird um 9 uhr zunaechst eine landtags-sitzung abgehalten. anschliessend daran werden die kapitel 1, personal, referent stadtrat kurt h e l l e r , und 3, referentin vizebuengermeister gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r behandelt.

montag, 17. dezember, 9 uhr, wird mit dem kapitel 4, gesund-heit, referent stadtrat dr. alois s t a c h e r , begonnen und im anschluss das kapitel 5, stadtgestaltung und verkehr, referent stadtrat ing. fritz h o f m a n n , behandelt.

dienstag, 18. dezember, 9 uhr, referiert zunaechst stadtrat peter s c h i e d e r ueber das kapitel 6, umwelt und oeffent-liche einrichtungen, dann folgt das kapitel 7, wohnen und liegen-schaftswesen, referent vizebuengermeister hubert p f o c h .

mittwoch, den 19. dezember, findet um 9 uhr wieder eine landtagssitzung statt. im anschluss daran referiert stadtrat franz n e k u l a ueber die geschaeftsgruppe 8, staedtische unter-nehmungen. hierauf wird der gemeinderat noch die restliche tagesordnung erledigen.

k o m m u n a l :

=====

kollegium des stadtschulrates

5 wien, 7.12. (rk) einstimmig genehmigte die wiener Landesregierung auf antrag von landeshauptmann-stellvertreter gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r die auf grund des wahlergebnisses neue zusammensetzung des kollegiums des stadtschulrates fuer wien. von den 50 mitgliedern entfallen 33 auf die spoe, 16 auf die oevp und eines auf die fpoe.

0940

L o k a l :

=====

opferfuersorgeabgabegesetz bis ende 1977 verlaengert

3 wien, 7.12. (rk) das opferfuersorgeabgabegesetz, aus dessen entraegnissen kriegsbeschaedigte, opfer politischer verfolgung sowie zivilinvalide unterstuetzt werden, soll bis 31. dezember 1977 verlaengert werden. eine entsprechende gesetzesvorlage wurde von finanzstadtrat h a n s m a y r in der wiener landesregierung eingebracht. das gesetz waere sonst mit ende dieses jahres abgelaufen. die verlaengerung des gesetzes soll deshalb befristet erfolgen, um die fuer die abgabe massgeblichen verhaeltnisse periodisch ueberpruefen zu koennen.

0921

l o k a l :

=====

fuer die schneekanonen ist es zu warm

6 wien, 7.12. (rk) der wetterumschwung mitte dieser woche machte alle hoffnungen zunichte, schon an diesem wochenende den wiener skifahrern die hohe-wand-wiese in wien-huetteldorf mit einer ausreichenden schneeunterlage praesentieren zu koennen. die schneekanonen hatten bereits einen teil der piste mit schnee bestaeubt, mit dem ansteigen der temperatur ueber den gefrierpunkt mussten sie jedoch den betrieb einstellen. nur bei einer temperatur von mindestens minus drei grad kann guter schnee erzeugt werden, der dann auch liegen bleibt.

0946

L o k a l :

=====

informationswoche an berufsbildenden schulen

7 wien, 7.12. (rk) in der zeit vom 10. bis 15. dezember veranstaltet der wiener stadtschulrat an den berufsbildenden mittleren und hoeheren schulen eine informationswoche. eltern und schueler koennen in dieser woche alle berufsbildenden schulen besuchen - auch waehrend der unterrichtszeit - und sich ueber die vielfaeltigen ausbildungsmoeglichkeiten informieren.

es ist noch immer viel zu wenig bekannt, dass es gerade in wien eine vielzahl berufsbildender schulen gibt, in denen ausgezeichnete fachliche kenntnisse vermittelt werden. schueler der hoeheren berufsbildenden schulen erwerben darueber hinaus das reifezeugnis und damit die berechtigung zum studium an hochschulen und universitaeten. in vielen berufszweigen kann die nachfrage nach absolventen von berufsbildenden schulen nicht befriedigt werden. in stellenausschreibungen werden absolventen der hoeheren lehranstalten mit denen von hochschulen sogar gleichgestellt.

in wien stehen mittlere und hoehere lehranstalten fuer die fachrichtungen maschinenbau, elektrotechnik, hochbau, tiefbau, hochfrequenz- und nachrichtentechnik, flugtechnik und giessereitechnik zur verfuegung. ferner gibt es fuer die kaufmaennischen berufe mittlere lehranstalten (handelsschulen, buero- und verwaltungsschulen) sowie hoehere lehranstalten (handelsakademien). fuer wirtschaftliche frauenberufe gibt es ebenfalls mittlere und hoehere lehranstalten. ausserdem stehen fachschulen fuer das bekleidungsgewerbe, fuer sozialarbeit, lehranstalt fuer fremdenverkehrsberufe, berufspaedagogische lehranstalten und schulen fuer gehobene sozialberufe zur verfuegung.

naehere auskuenfte erteilt die abteilung (roem) 3 des stadtschulrates, 15, huetteldorfer strasse 7-17, telefon 92 52 50.

1000

L o k a l :

=====

christbaumverkauf an 455 stellen

9 wien, 7.12. (rk) ab morgen samstag, dem 8. dezember, beginnt in wien der christbaumverkauf. insgesamt werden 455 verkaufsstellen zur verfuegung stehen. die amtlich festgelegten preise fuer fichten, die seit 1966 gegolten haben, wurden heuer mit zustimmung der paritaetischen kommission um 10 bis 15 prozent erhoehrt. es gelten heuer folgende amtliche hoechstpreise: fuer fichten von 0,5 bis 1 meter 11 bis 24,20 s, von 1 bis 1,5 meter 22 bis 36,30, von 1,5 bis 2 meter 33 bis 60,60 s, von 2 bis 2,5 meter 57 bis 92 s. fichten ueber 2,5 meter, sowie silberfichten, wipfelstuecke mit zapfen sowie alle arten von tannen unterliegen wie bisher keiner preisregelung. erfahrungsgemaess empfiehl es sich, den weihnachtsbaum fruehzeitig zu besorgen, weil die auswahl noch am groessten ist. wer den baum erst kurz vor dem weihnachtsfest kauft, kommt vielleicht um ein paar schilling billiger davon, nur wird er wenig auswahlmoeglichkeiten haben.

553

Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Montag, 10. Dezember 1973

Blatt 2354

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

- Kommunal: Drei Viertel der städtischen Autobusse umweltfreundlich
Baustart für neuen "Schulwohnbau" in Simmering
Weihnachtsaktion für sozial bedürftige Kinder
- Lokal: Hallenstadion und Stadionbad: Elektronische Zeitnehmung und Kunststoffstoffsitzbretter
Gastarbeiter - Folklore in der Stadthalle
- Kulturdienst: Ab 1974 Nulltarif in den städtischen Museen

Chef vom Dienst 42 800/Durchwahl 2971

k o m m u n a l :

=====

drei viertel der staedtischen autobusse umweltfreundlich

1 wien, 10.12. (rk) rund drei viertel der staedtischen autobusse, 294 von 390, sind bereits fuer den umweltfreundlichen fluessiggas-mischbetrieb ausgeruestet, durch den die schadstoffe in den auspuffgasen um etwa 70 prozent vermindert werden.

die wiener verkehrsbetriebe haben schon vor zehn jahren in zusammenarbeit mit verschiedenen firmen, vor allem der oemv, mit arbeiten zur verminderung der luftverunreinigung durch die autobusse begonnen. nach mehrjaehrigen versuchen gelang es, einen fluessiggas-diesel-mischbetrieb zu entwickeln, der diesem ziel weitgehend entsprach. er wurde in zwei unabhaengig voneinander durchgefuehrten testreihen geprueft. die eine wurde von der technischen hochschule wien gemeinsam mit mobil-oil austria durchgefuehrt, die andere im zusammenwirken der steyr-werke mit esso-england. beide ergaben uebereinstimmend die verminderung der schadstoffe in den auspuffgasen um mehr als zwei drittel. wenn alle staedtischen autobusse auf den neuen antrieb umgestellt sind, werden sie statt 150 tonnen russ nur mehr 40 tonnen russ pro jahr abgeben.

der in wien entwickelte fluessiggas-mischbetrieb entspricht den fuer 1975 festgelegten endwerten des california-tests. die internationale autoindustrie hat bis heute das problem nicht zufriedenstellend geloest, wie diese werte erreicht werden koennen. bei den wiener verkehrsbetrieben sind deshalb bereits aus mehr als 60 laendern aller kontinente anfragen wegen dieses systems eingetroffen.

0925

k o m m u n a l :

=====

baustart fuer neuen ''schulwohnbau'' in simmering

2 wien, 10.12. (rk) fuer eine neue schule mit 16 klassenzimmern, die nach einem rueckgang der schuelerzahlen ohne groesseren aufwand in ein wohnhaus mit 24 wohnungen umgewandelt werden kann, werden nun die bauarbeiten in angriff genommen. die neuartige schule entsteht an der thuernlhofstrasse in simmering. der gemeinderatsausschuss fuer wohnen- und liegenschaftswesen vergab kuerzlich die erd-, baumeister- und stahlbeton-fertigteilarbeiten in der hoehe von 17 millionen schilling. um die schule rechtzeitig mit der besiedlung einer neuen wohnhausanlage im ersten bauabschnitt bis september 1974 fertigzustellen, wird die fertigteilbauweise angewendet.

0933

k o m m u n a l :

=====

weihnachtsaktion fuer sozial beduerftige kinder

4 wien, 10.12. (rk) so wie jedes jahr werden auch heuer wieder 240 sozial beduerftige wiener kinder von der staedtischen erholungsfuersorge zu weihnachten betreut. die auswahl erfolgt durch die fuersorgerinnen der wiener bezirksjugendaemter, die als 'christkindln' dem jugendamt gleich auch die persoenlichen wuensche der kinder uebermitteln. fuer die anschaffung der weihnachtsgeschenke steht ein betrag von 220 schilling pro kind zur verfuegung.

die fuer diese kinder besorgten weihnachtsgeschenke werden kommenden mittwoch, den 12. und donnerstag, den 13. dezember, in den raeumen des jugendamtes 1, schottenring 24, 4. stock, zimmer 401, ausgestellt und koennen dort von jedermann in der zeit von 8 bis 16 uhr besichtigt werden.

je 120 kinder werden ihre weihnachtsferien in den staedtischen kindererholungsheimen tribuswinkel und Lehenhof verbringen (tribuswinkel vom 17. dezember 1973 bis 8. jaenner 1974 beziehungsweise Lehenhof vom 18. dezember 1973 bis 7. jaenner 1974). der weihnachtsabend wird festlich gestaltet und soll es den kindern ermoeeglichen, die weihnachtsfeiertage in ruhe und entspannung zu erleben.

L o k a l :

=====

hallenstadion und stadionbad:

elektronische zeitnehmung und kunststoffsitzbretter

3 wien, 10.12. (rk) der wohnbau- und liegenschaftsausschuss des gemeinderates gab in seiner ersten sitzung "gruenes licht" fuer den weiteren ausbau des neuen hallenstadions an der engerthstrasse und des stadionbades.

fuer das hallenstadion wurde die lieferung und montage von elektronikeinrichtungen fuer die zeitnehmung bei leichtathletik- und radsportwettbewerben sowie einer elektronischen anzeigetafel mit kosten von 4,45 millionen schilling vergeben. ferner wurden 1,2 millionen schilling fuer kunststeinstufen bewilligt.

fuer das stadionbad, das bekanntlich fuer die europameisterschaften im schwimmen im sommer 1974 ausgebaut wird, wurden kunststoffsitzbretter fuer die neue tribuenenanlage mit kosten von 263.000 schilling in auftrag gegeben.

0941

l o k a l :

=====

paepstlicher nuntius besucht u-bahn-bau

5 wien, 10.12. (rk) der paepstliche nuntius in oesterreich, erzbischof opilio rossi, stattete montag vormittag der u-bahn-baustelle karlsplatz einen besuch ab. er wurde von buergermeister leopold g r a t z und stadtrat franz n e k u l a empfangen. nach einigen technischen erlaeuterungen ging der nuntius vom karlsplatz zur musterstation taubstummengasse, die er ebenfalls besichtigte.

1037

L o k a l :

=====

gastarbeiter - folklone in der stadthalle

6 wien, 10.12. (rk) bekannte jugoslawische schlager- und folklonesaenger, und das orchester der radio- und fernsehstation belgrad werden das programm eines bunten nachmittags bestreiten, der kommende sonntag, den 16. dezember, um 16 uhr, in der wiener stadthalle fuer wiens jugoslawische gastarbeiter stattfindet. veranstalter dieses unter der patronanz der stadt wien stehenden festes ist der wiener zuwandererfonds.

eintrittskarten zum preis von 40 schilling sind ab sofort im vorverkauf an der kasse der wiener stadthalle bzw. beim wiener zuwandererfonds, 1, schottenring 25, (telefon 31 31 71) erhaeltlich.

1140

Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Dienstag, 11. Dezember 1973

Blatt 2361

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: "Biersteuer" kommt Gesundheitsfürsorge zugute

Lokal: Wiens Gastarbeiter sind informationshungrig
Bernhard Bolzano zum Gedenken

Drei "Christkindln" für die Jugend: Schlepplift am Himmelhof, Natureislaufplatz "Kaiserwasser" und Gratis-Eislaufen in der Stadthalle

Wirtschaft/Lokal: Wiener Weihnachtsmarkt - voll versorgt

Chef vom Dienst: 42 800 / 2971

r i c h t i g s t e l l u n g

=====

wien, 11.12. (rk) durch einen bedauerlichen irrtum wurde in unserer gestrigen aussendung nr. 6 (gastarbeiter-folklore in der stadthalle) in der letzten zeile ein falsche telefonnummer (31 31 71) fuer die kartenbestellung ''folklorefestival in der wiener stadthalle'' angegeben. die telefonnummer lautet richtig: 31_21_71.

+++

k o m m u a l :

=====

'biersteuer' kommt gesundheitsfuersorge zugute

6 wien, 11.12. (rk) die einnahmen aus der beabsichtigten einbeziehung von bier in die getraenkesteuer werden zusaetzlich fuer zwecke der gesundheitsfuersorge, fuer spitaeler und altersheime aufgewendet werden. es handelt sich dabei um einen betrag von ungefaehr 130 millionen schilling. dies erklaerte finanzstadtrat hans m a y r dienstag im stadtsenat auf eine anfrage von stadtrat l e h n e r .

die oevp-fraktion wollte wissen, ob die stadtverwaltung bereit sei, einer zweckwidmung dieses steuerertraegnisses zuzustimmen. eine ausdrueckliche zweckwidmung wurde von finanzstadtrat m a y r mit dem hinweis auf die handlungsfreiheit des wiener gemeinderates abgelehnt. auch gesundheitsstadtrat dr. s t a c h e r sprach sich gegen eine solche zweckwidmung aus, weil eine umstrukturierung des gesamten gesundheitswesens notwendig sei, durch die ein besserer effekt fuer die betreuung alter menschen erzielt werden soll. stadtrat m a y r bekraeftigte jedoch nachdruecklich, dass es bezueglich der verwendung des steuerertraegnisses aus der besteuernng von bier zu einer ausdruecklichen absichtserklaerung im landtag kommen werde.

1135

w i r t s c h a f t / l o k a l :

=====

wiener weihnachtsmarkt - voll versorgt

1 wien, 11.12. (rk) der wiener weihnachtsmarkt ist wieder voll versorgt: es sind keine schwierigkeiten bei der versorgung der wiener mit allen wichtigen nahrungs- und genussmitteln und mit den traditionellen weihnachtsspezialitaeten zu befuerchten. auch der in den letzten wochen aufgetretene engpass bei lebensmitteln, die fuer die bevorratung besonders geeignet sind, duerfte bald ueberwunden sein. bei m e h l und z u c k e r ist bereits eine deutliche tendenz zur normalisierung festzustellen. lediglich bei r e i s koemnten die lieferschwierigkeiten auf dem weltmarkt diese normalisierung noch etwas verzoegern.

bei f r i s c h f l e i s c h gibt es keine probleme. rindfleisch ist aus der inlandsproduktion genuegend vorhanden, die eigene aufbringung von schweinefleisch wird durch importe ergaenzt. auch selchfleisch und wurstwaren sind reichlich vorhanden. in den lagerhaeusern sind 2.700 tonnen fleisch und fleischwaren vorraetig. bei den nicht preisgeregelten fleischarten und -waren sind allerdings gegenueber dem vorjahr preissteigerungen festzustellen, die je nach sorte bis zu 10 schilling pro kilogramm betragen.

die anlieferung von g e f l u e g e l wird wahrscheinlich den bedarf decken, moegliche engpaesse bei inlaendischen gaensen und enten koennen kurzfristig durch importe, vor allem aus den oststaaten, beseitigt werden. huenner sind reichlich vorhanden, auch bei truthuehnern ist mit keiner verknappung zu rechnen. in den kuehlhaeusern lagern 11.500 tonnen gefluegel, weitere grosse zufuehren werden fuer die naechste woche erwartet. die verbraucherpreise sind bei inlaendischem gefluegel um etwa 6 bis 8 schilling je kilogramm hoeher als voriges jahr.

die lieferung von f r i s c h e i e r n aus der heimischen erzeugung ist saisonbedingt zu gering, sie wird deshalb durch

./.

importe ergaenzt. engpaesse wird es auch hier keine geben, allerdings leigen die preise besonders bei guter ware infolge des erhoekten importbedarfs um etwa 20 bis 40 groschen pro stueck hoeher als voriges jahr.

der bedarf an w i l d p r e t kann voll gedeckt werden, doch ist hier eine wesentliche verteuerung gegenueber dem vorjahr festzustellen.

keine versorgungsprobleme gibt es auch bei den s u e s s - w a s s e r f i s c h e n . im grosshandel werden schon jetzt rund 200 tonnen karpfen zur auslieferung bereitgehalten. ausser den karpfen aus niederoesterreich und der steiermark werden auch importe aus der cssr und ungarnd auf den markt kommen. die preise sind um 4 schilling pro kilogramm hoeher als voriges jahr.

preiserhoehungen bis zu 14 schilling sind bei s e e f i - s c h e n festzustellen. sie sind auf ruecklaeufige fangergebisse und dadurch bedingte geringere anlieferungen zurueckzufuehren. verschiedene fischarten, vor allem goldbarsch, werden in wesentlich geringeren mengen auf die maerkte kommen. da jedoch ausreichende kabeljauimporte zu erwarten sind und tiefkuehlfische zur verfuegung stehen, duerfte auch hier der bedarf gedeckt werden koennen.

beim g e m u e s e und beim o b s t ist die belieferung so gut, dass auch die preise weiter guenstig bleiben duerften. lediglich beim salatgemuese koennte es durch die saisonbedingt hoeheren importe von glassalat aus holland und grundsalat aus italien und spanien zu geringen verteuerungen kommen. an obst werden vor allem inlaendische aepfel und italienische birnen in groesseren mengen angeboten. die traditionell grosse nachfrage nach agrumen kann durch ausreichende importe von mandarinen zitronen, orangen, klementinen und grapefruits voll gedeckt werden.

der weihnachtstisch der wiener wird also in der gewohnten quantitaet und qualitaet gedeckt sein.

L o k a l :

=====

wiens gastarbeiter sind 'informationshungrig'

2 wien, 11.12. (rk) wiens gastarbeiter sind 'informationshungrig' und machen in staendig steigender zahl von den ihnen zur verfuegung stehenden informationsmoeglichkeiten gebrauch. zu den frequentiertesten einrichtungen gehoert dabei der im sommer des vorjahres eingerichtete tonband-nachrichtendienst des wiener zuwandererfonds. durch die wahl der kurznummer 15 32 kann sich der jugoslawische arbeitnehmer mit den neuesten informationen versorgen. der tonbanddienst, der zu jeder tages- oder nachtzeit angerufen werden kann, bietet ueberdies hinweise auf die wichtigsten beratungsdienste und gibt ratschlaege fuer verschiedene fragen des alltags sowie kurznachrichten aus der heimat. die dauer des nachrichtenblocks - der taeglich erneuert wird - betraegt drei minuten, die monatliche frequenz: 3.200 anrufe (im vergleich dazu: im november 1972 waren es 800 anrufe).

darueber hinaus wird aber auch das uebrige informations- und beratungsservice des fonds von den auslaendischen arbeitskraeften stark in anspruch genommen. so werden die in wien befindlichen beratungsstellen, die den jugoslawischen und tuerkischen gastarbeitern wochentags in den abendstunden zur verfuegung stehen, derzeit monatlich von insgesamt 1.500 ratsuchenden frequentiert.

0915

L o k a l :

=====

bernhard bolzano zum gedenken

3 wien, 11.12. (rk) auf den 18. dezember faellt der 125. todestag des priesters, mathematikers und filosofen bernhard b o l z a n o. er wurde am 5. oktober 1781 in prag geboren und starb dort am 18. dezember 1848. er war dr.phil. und professor der religionsphilosophie an der universitaet in prag. 1820 wurde er seines Lehramtes enthoben und in seiner schriftstellerischen taetigkeit von der polizei ueberwacht. von 1823 bis 1841 lebte er mit einer kleinen pension auf dem gut seines freundes hoffmann in techobuz bei prag, nach dessen tod bei seinem bruder in prag, unterstuetzt von graf leo thun, dem er auch seine bibliothek hinterliess. als religions- und staatsphilosoph wurde er durch kant und die aufklaerung beeinflusst, in der logik - er war in erster linie logiker - durch leibniz. als mathematiker gehoerte bolzano zu den bedeutendsten denkern des jahrhunderts. er ist mitbegruender der heutigen auffassung des grenzbegriffes und vorlaeufer der lehre des 'mengenbegriffes' von g. cantor. von seinen werken seien genannt: der binomische lehrsatz, 1816, die drei probleme der rektifikation, complanation und cubierung etc., 1817, wissenschaftslehre (logisches hauptwerk), vier baende, 1837, athanasia oder die gruende fuer die unsterblichkeit der seele, 1838, paradoxien des unendlichen, 1851. ueber bolzano ist zahlreiche wissenschaftliche und biographische sekundaerliteratur vorhanden.

0935

L o k a l :

=====

drei ''christkindln'' fuer die jugend
schlepplift am himmelhof, natureislaufplatz ''kaiserwasser''
und gratis-eislaufen in der stadthalle

4 wien, 11.12. (rk) bereits zu weihnachten wird den wiener skifahrern neben der hohen wand-wiese eine zweite skiwiese mit schlepplift zur verfuegung stehen, und zwar am himmelhof in wien-huetteldorf. stadtrat kurt h e l l e r legte diensttag dem personalausschuss des wiener gemeinderats den betreffenden antrag vor. die kosten der anlage in der hoehe von rund 360.000 schilling wurden genehmigt.

wie stadtrat heller berichtete, wird der schlepplift auf der himmelhofwiese vor allem weniger geuebten skifahrern und anfaengern zugute kommen. der lift kann 600 personen in der stunde befoerdern. er ist 200 meter lang und ueberwindet einen hoehenunterschied von 30 meter. er wird an wochentagen ab 10 uhr, an samstagen, sonn- und feiertagen ab 8 uhr bis zum einbruch der dunkelheit in betrieb sein. die benuetzungsgebuehren sind gering, ein zehnerblock fuer kinder kostet 10 schilling, ein zehnerblock fuer erwachsene 20 schilling. nichts kosten wird hingegen ein spezialdienst der touristenvereine: skilehrer werden anfaengern gratis unterricht erteilen.

zwei weitere ''christkindln'' der wiener stadtverwaltung, die besonders fuer die jugend gedacht sind, kuendigte stadtrat heller an: erstmals wird an der alten donau, naemlich auf dem kaiserwasser in kaisermuehlen hinter dem goethehof, ein natureislaufplatz in der groesse eines fussballplatzes hergerichtet werden. die natuerliche eisflaeche ist naemlich normalerweise bucklig und schlecht zum eislaufen geeignet. die vorgesehene flaeche wird markiert, regelmaessig vom schnee gesaeubert und durch bespruehen mit einer glatten eisflaeche versehen. den eislaeufern werden ueberdies kantine und sanitaere anlagen des sportklubs donau, der unmittelbar daneben seinen sportplatz hat, zur verfuegung stehen. das kaiserwasser ist

mit der strassenbahn gut zu erreichen, eine haltestelle ist in unmittelbarer naehe.

die dritte aktion findet in der stadthalle statt: waehrend der weihnachtsferien werden schueler in der eishalle an vormittagen gratis eislaufen koennen, und zwar am 27., 28., 31. dezember und am 2., 3. und 4. jaenner 1974.

1045

Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Mittwoch, 12. Dezember 1973

Blatt 2370

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

- Kommunal: Weihnachtsgeschenke für Wiener Pflegekinder
Nur mehr 20 Prozent Bassenawohnungen
Favoritenstraße: U-Bahn-Bau an der Oberfläche
zu 90 Prozent fertiggestellt
- Lokal: Weihnachts- und Silvesterfeiern für Einsame
Fremdenverkehrsbilanz 1972/73 relativ gut
Warnung vor einem unbekanntem Mann, der Schul-
kinder "untersuchen" will
- Wirtschaft: Prof. Dr. Ernst Lagler - 70. Geburtstag
- Sport: Neues Quartier für Sportclub Red Star: Arbeiten
werden forciert
- Kulturdienst: Bezirksmuseum Leopoldstadt: Bilder und Plastiken

Chef vom Dienst 42 800/Durchwahl 2971

12. dezember 1973

''rathaus-korrespondenz''

blatt 2371

k o m m u n a l :

=====

weihnachtsgeschenke fuer wiener pflegekinder

1 wien, 12.12. (rk) vizebuergermeister gertrude f r o e h l i c h -
s a n d n e r wird kommenden donnerstag, den 13. dezember, um
18 uhr, die eltern der wiener grosspflegefamilien in der
''spielzeugschachtel'', 1, rauhensteingasse 5, erwarten, um ihnen
beim aussuchen von weihnachtsgeschenken fuer die von ihnen betreuten
pflegekinder zu helfen. das paedagogisch wertvolle spielzeug wird
den wiener grosspflegefamilien kostenlos zur verfuegung gestellt.

derzeit werden in wien 65 kinder in grosspflegefamilien, in
den bundeslaendern 312 wiener pflegekindern in 52 grosspflegefamilien
betreut.

geehrte redaktion !

sie sind herzlich eingeladen, zur uebergabe des spielzeuges
berichterstatter und fotoreporter zu entsenden.

bitte merken sie vor:

zeit: donnerstag, 13. dezember, 18 uhr.

ort: ''spielzeugschachtel'', 1, rauhensteingasse 5.

0924

k o m m u n a l :

=====

nur mehr 20 prozent bassenwohnungen
statistisches jahrbuch enthaelt ergebnisse der wohnungszaehlung

2 wien, 12.12. (rk) der anteil der wohnungen ohne eigenen wasseranschluss ist in wien seit 1961 von 34,1 auf 20,6 prozent gesunken. das ist eine von tausenden angaben, die man dem soeben erschienenen ''statistischen jahrbuch der stadt wien 1972'' entnehmen kann. auf 392 seiten bringt es in 25 abschnitten einen zahlenspiegel des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen leben wiens.

die angaben ueber die zahl der bassenwohnungen sind den ergebnissen der haeuser- und wohnungszaehlungen 1971 entnommen, die im jahrbuch in 13 tabellen veroeffentlicht werden. aus ihnen ergibt sich unter anderem, dass in wien mehr als 88.000 haeuser stehen. die zahl der ein- und zweifamilienhaeuser (40.220) uebertrifft die der groesseren wohnhaeuser (34.705) betraechtlich, ausserdem gibt es noch fast 5.000 wochenendhaeuser und immerhin 1.120 bauernhaeuser. von den rund 782.000 wohnungen sind allerdings die meisten, naemlich 697.000, in haeusern mit drei oder mehr wohnungen.

fast die haelfte der wiener wohnungen gehoert bereits zum ausstattungstyp 1 (zentralheizung, bad, wc, wasser innen - 56.000) und 2 (wie 1, aber ohne zentralheizung - 284.000).

das statistische jahrbuch, das um 150 schilling in den buchhandlungen oder beim verlag jugend und volk, 1010 wien, tiefer graben 7-9 erhaeltlich ist, enthaelt zahlreiche neue tabellen. unter anderem wurden angaben ueber den schulbesuch von gastarbeiterkindern aufgenommen. daraus ergibt sich dass im schuljahr 1972/73 von den 2.923 gastarbeiterkindern, die oeffentliche pflichtschulen besuchten, 1.813 in eine volksschule gingen, 146 in den ersten und 779 in den zweiten klassenzug einer hauptschule und 185 in eine sonderschule.

./.

die neugestalteten tabellen ueber den fremdenverkehr enthalten auch die aufteilung der gaestezahlen nach der besuchten hotelkategorie. von den 1972 in den wiener fremdenverkehrsbetrieben abgestiegenen 1,3 millionen gaesten logierte nahezu die haelfte (48,2 prozent) in erstrangigen hotels und pensionen (kategorien a1 und a).

0928

k o m m u n a l :

=====

favoritenstrasse: u-bahn-bau an der oberflaeche
zu 90 prozent fertiggestellt

8 wien, 12.12. (rk) in der aeusseren favoritenstrasse zwischen columbusplatz und gellertgasse ist der u-bahn-bau an der oberflaeche zu mindestens 90 prozent fertiggestellt. davon ueberzeugte sich mittwoch stadtrat ing. fritz h o f m a n n , der nun fuer den u-bahn-bau zustaendig ist. der rasche baufortschritt - es wurde erst vor 20 monaten begonnen - hat es ermoeeglicht, dass diese bedeutende einkaufsstrasse fuer kunden und lieferanten ideale bedingungen aufweist: es gibt keinen durchzugsverkehr in der favoritenstrasse, dafuer aber genuegend platz fuer den wirtschaftsverkehr und jene kunden, die zwecks einkauf ihr fahrzeug kurzfristig parken wollen. dass die situation vorteilhaft sei, bestaetigten dem stadtrat auch zahlreiche geschaeftsleute, die er bei seinem rundgang besuchte.

im kommenden jahr soll bekanntlich jener teil der favoritenstrasse zwischen gudrunstrasse und quellenstrasse definitiv als fussgaengerzone ausgestaltet werden. die vorbereitungen laufen dahin, dass man im fruejahr mit den arbeiten beginnen kann.

ueberdies baten stadtrat ing. hofmann und bezirksvorsteher emil f u c i k baudirektor prof. dr. k o l l e r und die uebrigen leitenden beamten des u-bahn-baues, zu pruefen, ob der u-bahn-betrieb zwischen reumannplatz und karlsplatz nicht doch frueher, als es den derzeitigen ueberlegungen entspricht, aufgenommen werden koennte. die momentane bauzeitplanung sieht vor, dass zwischen favoriten und dem karlsplatz erst 1978 die 'silberpfeile' verkehren werden. baudirektor koller hat zugesagt, unverzueglich untersuchen zu lassen, ob die betriebsaufnahme nicht schon 1977 erfolgen koennte. dazu wuerden freilich gewisse aenderungen im technischen ablauf des baugeschehens notwendig sein.

L o k a l :

=====

weihnachts- und silvesterfeiern fuer einsame

3 wien, 12.12. (rk) wie bereits in den vergangenen jahren werden von der stadtverwaltung in einigen bezirken am 24. und 31. dezember pensionistenklubs fuer einsame menschen offengehalten. der besuch der klublokalitaeten ist allen einsamen personen, auch wenn sie nicht klubbesucher sind, frei zugaenglich. der sinn dieser aktion liegt vor allem darin, alleinstehenden wienerinnen und wienern gerade an jenen tagen, an denen sie sich vielleicht besonders verlassen fuehlen, gelegenheit zu bieten, dieser einsamkeit zu entfliehen. infolge des grossen zuspruchs in den letzten jahren wird jenen interessenten, die keine pensionistenklubbesucher sind, nahegelegt, sich fuer die veranstaltungen am 24. und 31. dezember bei den zustaendigen sozialreferaten vormekren zu lassen. die anmeldungen dafuer werden bis 18. dezember entgegengenommen.

am heiligen abend werden folgende pensionistenklubs geoeffnet sein: 7, bandgasse 8 (14.30 bis 18 uhr), 10, puchsbaumplatz 13 (16 bis 20 uhr), 11, enkplatz 2 (16 bis 19 uhr), 13, wolkersbergenstrasse 170 (16 bis 18 uhr), 16, wurlitzergasse 59 (14 bis 18 uhr), 17, weissgasse 15, eingang: haslingergasse 29 (15 bis 19 uhr), 18, weimarer strasse 8 - 10 (15 bis 18 uhr), 20, leithastrasse 29 - 33/7 (13 bis 17 uhr), 21, jedleseer strasse 66 (15 bis 20 uhr), 22, erzherzog karl-strasse 65/20, eingang: gumplowiczstrasse (15 bis 20 uhr).

zu silvester sind folgende pensionistenklubs offen: 7, bernardgasse 10 (14.30 bis 18 uhr), 10, puchsbaumplatz 13 (16 bis 20 uhr), 11, enkplatz 2 (16 bis 19 uhr), 16, wurlitzergasse 59 (14 bis 18 uhr), 17, weissgasse 15 (15 bis 19 uhr) und 20, leithastrasse 29 - 33/7 (13 bis 17 uhr).

l o k a l :

=====

fremdenverkehrsbilanz 1972/73 relativ gut

6 wien, 12.12. (rk) noch relativ gut schnitt wien, wie die nun vorliegenden zahlen zeigen, im fremdenverkehrsjahr 1972/73 ab, das mit 31. oktober zu ende ging. bei 1,398.977 gezaehlten gaesten, die 3,951.957 naechtigungen in wien hatten, ergibt sich im gesamtverkehr nur ein minus von 0,7 prozent, bei den naechtigungen in hotels und pensionen ein minus von 0,3 prozent, verglichen mit der bilanz 1971/72.

wahrend die wien-besuche auslaendischer gaeste im abgelaufenen fremdenverkehrsjahr um 1,5 prozent zurueckgegangen sind, nahm die zahl der inlandsqaeste um 8 prozent zu. aehnliche schwankungen ergaben sich bei den jugendherbergen (minus 8,5 prozent) und beim camping (plus 2 prozent).

0954

L o k a l :

=====

warnung vor einem unbekanntem mann, der schulkinder
''untersuchen'' will

7 wien, 12.12. (rk) keine redlichen absichten duerfte ein
bisher noch unbekannter mann haben, der vor einigen tagen ver-
suchte, in die wohnung einer familie zu gelangen. der unbekannte
sagte, er habe ''paedagogische reihenuntersuchungen an volks-
schuelern der 3. und 4. klassen durchzufuehren''. dazu teilt der
stadtschulrat fuer wien mit, dass weder von seiner seite noch
seitens des unterrichtsministeriums derartige ''untersuchungen''
durchgefuehrt werden. berufungen auf diese beiden schulbehoerden
erfolgen daher zu unrecht.

der unbekannte ist etwa 35 bis 40 jahre alt, ungefaehr 175
zentimeter gross und traegt einen dunklen bart.

1103

w i r t s c h a f t :

=====

prof. dr. ernst lagler - 70. geburtstag

5 wien, 12.12. (rk) am 14. dezember vollendet der volkswirtschaftler univ.-prof. emer. dr. ernst l a g l e r das 70. lebensjahr.

ernst lagler wurde 1903 in moedling geboren. er studierte an der universitaet wien und wurde 1927 zum doktor rerum politicarum promoviert. von 1927 bis 1939 war er assistent an der universitaet wien (nationaloekonomie). nach verschiedenen studien in berlin, koenigsberg und jena, habilitierte er sich 1935 zum dozenten fuer nationaloekonomie an der universitaet wien, 1936 wurde er zum honorarprofessor an der konsulakademie ernannt. nach dem zweiten weltkrieg trat er in den dienst des bundesministeriums fuer land- und forstwirtschaft und wurde 1947 sektionsrat. 1950 wurde lagler zum a.o. professor ernannt und 1954/55 mit der vertretung der lehrkanzel fuer volkswirtschaftslehre und wirtschaftsgeschichte an der hochschule fuer bodenkultur betraut. 1962 wurde er zum titular o.o.e. professor und 1967 zum o.o.e. professor an der universitaet wien ernannt. 1972 wurde er emeritiert. in seinen publikation beschaeftigt sich lagler vor allem mit fragen der agrarpolitik. 1935 veroeffentlichte er eine ''theorie der landwirtschaftskrisen''. von 1945 bis 1965 organisierte er die wirtschafts-wissenschaftlichen tagungen in bad ischl, bei denen zahlreiche prominente wissenschaftler und politiker zu aktuellen fragen der wirtschaftspolitik stellungnahmen und die einem breiten publikum einblick in das wirtschaftsgeschehen boten.

0948

s p o r t :

=====

neues quartier fuer sportclub red star:
arbeiten werden forciert

9 wien, 12.12. (rk) in der ersten arbeitssitzung des neuen gemeinderatsausschusses fuer umwelt und oeffentliche einrichtungen beantragte stadtrat peter s c h i e d e r mittwoch die vergabe von gaertnerischen herstellungsarbeiten fuer das neue quartier des sportclubs red star, den sogenannten sporckplatz in der kendlerstrasse in ottakring, an ein unternehmen fuer sportstaettenbau. fuer diese arbeiten wurden insgesamt rund drei millionen schilling bewilligt.

ein neues quartier fuer den red star-sportclub muss bekanntlich deswegen gestaltet werden, weil der sportplatz neben der stadthalle fuer andere zwecke gebraucht wird. wie die 'rathaus-korrespondenz' bereits mehrere male berichtete, soll auf dem gelaende des sportplatzes eine tiefgarage errichtet werden. die oberflaeche dieser tiefgarage soll als erholungsbereich fuer die bevoelkerung gestaltet werden. zur zeit wird eine erweiterung des maerz-parkes in verbindung mit der errichtung von spielplaetzen favorisiert.

Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Donnerstag, 13. Dezember 73

Blatt 2380

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:

Wiener Umweltbericht fertiggestellt
Flächenwidmung für die "Draschestadt"
Schutzzone für den Grinzinger Ortskern
Keine Rede von 9-Schilling-Straßenbahntarif

Lokal:

Beginn der Budgetdebatte
Kulturamt beteiligt sich an Hilfsaktion für
gelähmte Bildhauerin
Städtische Bäckerei: Täglich 5,7 Tonnen Back-
waren
Südbahnzubringer: Achtung Schleudergefahr!
"Gästepaß" für Wien-Besucher

Sport:

Gaswerk-Gewichtheber suchen Nachwuchs

Kulturdienst:

Bezirksmuseum Mariahilf: Gedächtnisausstellung
für Franz Lehar

Chef vom Dienst: Tel. 42 800 / 2971 (Durchwahl)

k o m m u n a l :

=====

wiener umweltbericht fertiggestellt

wien, 13.12. (rk) stadtrat peter s c h i e d e r praesentierete mittwoch den soeben fertiggestellten wiener umweltbericht der oeffentlichkeit. in einem informationsgespraech mit journalisten betonte der stadtrat, dass dieser bericht der versuch einer bestandsaufnahme der umweltsituation in der bundeshauptstadt sei. der bericht fasst aber auch den grossteil der bisher fertiggestellten untersuchungen und messungen zusammen.

dieser bericht wird morgen, donnerstag allen mitgliedern des gemeinderates vorgelegt und soll grundlage bei der budgetdebatte zum thema umwelt sein. schieder: wien hat nicht die absicht, geheim-oekologie zu betreiben. der bericht zeige ungeschminkt probleme auf dem umweltsektor in wien, erhebe aber keinen anspruch auf vollstaendigkeit.

an gesetzlichen aktivitaeten im kommenden jahr kuendigte der umweltschutzstadtrat an: gruenlandschutzgesetz, vorarbeiten fuer ein oelfeuerungsgesetz, eine neufassung des abwassergesetzes mit wesentlich strengeren bestimmungen und unter anderen initiativen eine ueberpruefung des luftemissionsgesetzes auf eine eventuelle verbesserung.

vom bund will schieder vor allem erreichen, dass dem land wien die moeglichkeit gegeben wird, gegen die besitzer von abgestellten tankfahrzeugen im wohngebiet vorzugehen und die beseitigung von autowracks schneller und unbuerokratischer durchzufuehren.

da im kommenden jahr fuer den umweltschutz im budget mehr geld als im jahre 1973 vorhanden sein wird, koennten die umweltsmessungen verstaerkt und die bereits bestehenden kontrollnetze erweitert werden. schieder kuendigte fuer das kommende jahr auch einen verstaerkten kundendienst fuer die bevoelkerung in umweltbelangen an. er lasse zurzeit pruefen, ob anregungen und beschwerden durch eine eigene servicestelle geprueft werden sollen, ob ein umweltschutzkundendienst mit eigener telefonnummer geschaffen wird oder ob servicestellen in den einzelnen bezirken etabliert werden sollen.

+++

k o m m u n a l :

=====

flaechenwidmung fuer die ''draschestadt''

1 wien 13.12. (rk) der gemeinderatsausschuss fuer stadtgestaltung und verkehr hat am mittwoch mehrheitlich beschlossen, einen vorschlag fuer einen flaechenwidmungsplan fuer die ehemaligen draschegrunde im sueden wiens ausarbeiten zu lassen. und zwar vom ersten preistraeger des seinerzeitigen staedtebaulichen wettbewerbes, der amerikanischen architektingruppe g.w. q u a l l s aus philadelphia, die einen arbeitgemeinschaft mit den beiden wiener architekten h. l i n t l und e. c h r i s t o p h eingegangen ist. in der debatte wies gr. dr. peter m a y r (oevp) darauf hin, dass man doch mehrmals die prioritaaet der stadterneuerung vor der stadterweiterung betont habe und man daher doch eine andere verwendung fuer diese flaechen suchen sollte. immerhin seien die alten zielvorstellungen des wettbewerbes auf 60.000 bis 70.000 einwohner und etwa 20.000 arbeitsplaetze ausgelegt.

stadtrat ing. fritz h o f m a n n erklarte, wenn man die grundlage fuer eine flaechenwidmung schaffe, so sei dies nicht gleichbedeutend mit einer realisierung. zudem seien urspruenglich auch grosse betriebsstaetten ins auge gefasst worden, was mit einer interessentengruppe fuer ein grosses einkaufszentrum in diesem bereich wiens durchaus in einklang zu bringen waere. ausdruecklich betonte der stadtrat, dass selbstverstaendlich auch eine vorhandene siedlung bei dem entwurf fuer den flaechenwidmungsplan beruecksichtigt werden muesse. der antrag wurde schliesslich mit den stimmen der spoe angenommen.

0906

k o m m u n a l :

=====

schutzzone fuer den grinzinger ortskern

3 wien, 13.12. (rk) der ortskern von grinzing soll in eine schutzzone nach dem altstadterhaltungsgesetz umgewandelt werden: dies hat in seiner letzten sitzung der gemeinderatsausschuss fuer stadtgestaltung und verkehr beschlossen. ziel dieser massnahme ist es, das noch vorhandene ensemble von hauerhaeusern, alten gutshoefen und villen zusammen mit der pfarrkirche in seiner charakteristischen form zu erhalten.

0915

L o k a l :

=====

kulturamt beteiligt sich an hilfsaktion fuer gelaehmte
bildhauerin

2 wien, 13.12. (rk) vizebuergenmeister gertrude f r o e h l i c h
s a n d n e r veranlasste, dass der gelaehmten bildhauerin und
zeichenlehrerin josefine s o k o l e ein geldbetrag von 5.000 s
uebermittelt wird. das kulturamt der stadt wien schliesst sich damit
einer hilfsaktion an, die von ehemaligen schuelerinnen der er-
krankten gestartet wurde.

die schuelerinnen veranstalten in der secession eine ver-
kaufsausstellung von eigenen bildern. ausserdem steuerten einige
bekannte kuenstler - unter ihnen fritz wotruba - einige werke
bei. den reinerloes erhaelt frau sokole, die seit einer schweren
erkrankung im vorjahr teilweise gelaehmt ist und an sprachstoerungen
leidet.

0912

L o k a l :

=====

staedtische baeckerei: taeglich 5,7 tonnen backwaren

4 wien, 13.12. (rk) 'eigenbroetelei' betreibt die wiener stadtverwaltung seit genau fuenfzig jahren, berichtet 'wien aktuell' und meint damit das jubilaeum des halbhundertjaehrigen bestandes der staedtischen baeckerei. im wirtschaftlichen krisenjahr 1923 gegrundet, erzeugte sie im ersten betriebsjahr rund 386.000 kilogramm brot hauptsaechlich fuer spitaeler und altersheime. 1928 uebersiedelte die baeckerei in ein modernes gebaeude in der hasnerstrasse 123 in ottakring.

nach grosszuegigem ausbau des maschinenparks stellen die 38 mitarbeiter der staedtischen baeckerei heute pro tag 5,7 tonnen schwarz- und weissbrot, kleingeback und mehlspeisen her.
0921

L o k a l :

=====

suedautobahnzubringer: achtung schleudergefahr (rufz.)

8 wien, 13.12. (rk) bei glatteis muessen autofahrer auf dem zubringer von der altmannsdorfer strasse zur suedautobahn beziehungsweise nach favoriten heuer besonders aufpassen. die neue, drei kilometer lange fahrbahn kann in diesem winter nur mit splitt, nicht jedoch mit salz bestreut werden, sonst wuerde die betondecke ruiniert werden. es wird also dringend empfohlen, bei glatteis die geschwindigkeit entsprechend zu drosseln. die bundesstrassenverwaltung hat im einvernehmen mit der magistratsabteilung 48 nun elf grosse hinweistafeln aufgestellt. die schilder avisieren an den verschiedenen auffahrten ''keine salzstreuung - schleudergefahr''.

1030

s p o r t :

=====

gaswerk-gewichtheber suchen nachwuchs

6 wien, 13.12. (rk) den gewichthebern von gaswerk gelang es heuer zwar nicht, den titel eines staatsmeisters zu verteidigen, aber es wurde immerhin der zweite platz erreicht, und fuer die zukunft gibt es grosse plaene. zu ihrer verwirklichung werden noch einige starke maenner gesucht. anmeldungen im wiener gaswerk, 8, josefstaedter strasse 8-10, parterre, zimmer 4, telefon 42 16 16, durchwahl klappe 127.

0926

Kommunal:

Beginn der Budgetdebatte

=====

Wien, 13.12. (RK) Im Wiener Gemeinderat begann Donnerstag - in Abwesenheit des erkrankten Bürgermeisters Leopold Gratz - die Debatte über das Budget der Stadt Wien für 1974 mit dem einleitenden Referat des Finanzstadtrates Hans Mayr (SPÖ). Die Debatte wird bis kommenden Mittwoch dauern.

Stadtrat Mayr legte ein Budget vor, das einen Ausgabenrahmen von 28,4 Milliarden Schilling vorsieht und damit der nach dem Bundesbudget mit Abstand größte öffentliche Voranschlag Österreichs ist. Da ein Abgang von nur 1,2 Prozent vorgesehen ist, kann das Budget als ausgeglichen bezeichnet werden. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr beträgt real nicht ganz 14 Prozent.

Stadtrat Mayr verwies auf die Schwierigkeiten, im gegenwärtigen Zeitpunkt die Höhe des Wirtschaftswachstums zu prognostizieren. Es seien nicht ökonomisch rationale Entscheidungen, die sehr nachhaltige Auswirkungen auf die österreichische Volkswirtschaft haben könnten, sondern emotionale Handlungen, die von der Situation im Nahen Osten geprägt seien. Unsere Welt sei sehr klein geworden, die Abhängigkeit der Volkswirtschaften voneinander sei offenkundig. "Wir betreiben keine Vogel-Strauß-Politik", sagte Stadtrat Mayr, "wenn wir dennoch für die Erstellung des Voranschlages die von der Wirtschaftswissenschaft gelieferten Daten als Grundlage nehmen. Welche Auswirkungen eine Verschärfung der Situation etwa bei der Ölversorgung haben wird, kann nämlich noch weniger genau vorhergesagt werden. In dieser Hinsicht für den Voranschlag im gegenwärtigen Zeitpunkt Annahmen zu treffen, wäre Spekulation. Ich darf jedoch feststellen, daß die Stadt Wien auch für diesen Fall gewappnet ist."

Die bisherige Entwicklung sei durch eine anhaltende Hochkonjunktur mit Überhitzungserscheinungen vor allem im Bereich der Bauwirtschaft gekennzeichnet, und auch die letzte internationale Konjunkturabschwächung habe sich in Österreich nicht ausgewirkt. Die Anzeichen deuten darauf hin, daß nun eine Phase der Konjunkturkonsolidierung erreicht sei, die es ermöglicht, die negativen Folgen der Überhitzung einzudämmen. Dabei müsse jedoch alles unternommen werden, um Rezessionserscheinungen zu vermeiden. "Ich mache kein Hehl daraus", sagte Stadtrat Mayr, "daß wir die Entwicklung der Wirtschaft nicht ohne Sorge betrachten. Wir werden die Tendenzen sehr genau beobachten, wobei dem vom Bürgermeister angeregten Wirtschaftsbeirat eine sehr wesentliche Aufgabe zukommen wird. Wien ist keine Insel der Seligen, sondern durch die vielfältigen Verflechtungen der modernen Wirtschaft in hohem Maß von der Entwicklung der österreichischen aber auch der internationalen Wirtschaftslage abhängig. Ich betone nachdrücklich, daß die Erhaltung der Vollbeschäftigung das Hauptziel der Wiener Wirtschaftspolitik darstellt. Sollte sich die Situation verschlechtern, so werden alle verfügbaren Mittel einschließlich der Rücklagen eingesetzt werden, um die Vollbeschäftigung zu erhalten."

Stadtrat Mayr kündigte die Einführung einer mittelfristigen Finanzplanung an. Sie sei notwendig, da der einjährige Haushaltsplan zu der Bewältigung der großen Probleme nicht ausreiche. Welche Bedeutung einer mittelfristigen Planung zukomme, ergebe sich schon daraus, daß das Budget der Stadt Wien rund 15 Prozent des Wiener Regionalproduktes umfasse.

Die öffentlichen Aufträge seien für die Wirtschaft von größter Bedeutung. Ein drastisches Beispiel sei der Bau der U-Bahn. Untersuchungen haben ergeben, daß beim Wiener U-Bahn-Bau nur 3,3 Prozent der Wiener Bauarbeiter eingesetzt seien, diese jedoch einen Umsatzanteil von 7,8 Prozent erarbeiteten.

Ernste Sorge bereite die Preisentwicklung, die durch die Verknappung auf dem Energiesektor sehr ungünstig beeinflusst werde. Der Stabilisierungspolitik komme daher weiterhin große Bedeutung zu. Es müsse daher eine Doppelstrategie entwickelt werden. Einerseits müsse einer preissteigernden Entwicklung entgegengewirkt werden, andererseits könnten in bestimmten Branchen gezielte Stützungsmaßnahmen notwendig werden. Die jüngste Entwicklung auf dem Energiesektor sei eine Mahnung zur Vernunft für jene, die die Befriedigung ihrer Einzelziele an die Spitze stellen, ohne auf ihre Umgebung zu achten.

Bei der Behandlung der einzelnen Geschäftsgruppen befaßte sich Stadtrat Mayr besonders eingehend mit den Problemen des Wohnbaues, des Umweltschutzes, des Gesundheitswesens und des öffentlichen Verkehrs.

Wohnbau: Die Stadtverwaltung sehe sich größten Schwierigkeiten auf dem Grundstückssektor gegenüber. Der Wunsch nach einer neuen Bodenordnung ergebe sich daraus, daß es mit den derzeitigen Rechtsbestimmungen nicht möglich sei, den Erfordernissen des kommunalen und genossenschaftlichen Wohnbaues Rechnung zu tragen.

Umweltschutz: Es sei eine der positivsten Entwicklungen der letzten Jahre, daß sich in weiten Kreisen der Bevölkerung ein gesundes Bewußtsein für den Umweltschutz entwickelt habe, wenn es auch - wie immer, wenn eine Sache neu entdeckt wird - zu Überspitzungen gekommen sei. Es sei auch für den Umweltschutz nicht zweckmäßig, wenn jede Initiative der Stadtverwaltung mit dem Hinweis auf Umweltschutz erstickt werde. Es gelte, den Weg zu finden, die notwendigen Investitionen durchzuführen und zugleich die Umwelt entsprechend zu schützen oder sogar zu verbessern.

Gesundheitspolitik: Für die Wohlfahrts- und Krankenanstalten sollen im kommenden Jahr 4.485 Millionen Schilling aufgewendet werden, denen lediglich Einnahmen von 1.875 Millionen gegenüberstehen. Es erscheine daher verständlich, wenn mit allem Nachdruck die Lösung des Problems der Finanzierung der Krankenanstalten gefordert werde.

Öffentlicher Verkehr: Die Verkehrsprobleme in den Ballungsräumen können nur durch eine Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs gelöst werden. Das Kraftfahrzeug solle nicht verteufelt oder überhaupt zum Verschwinden gebracht werden, aber man müsse sich darüber klar sein, daß Vorrang für den öffentlichen Verkehr zugleich den Nachrang für den individuellen Verkehr bedeute.

UNO-City: Mit dem Bau dieses Komplexes erhalte Wien eine städtebauliche Dominante einmaliger Art. Diese Chance dürfe nicht ungenützt bleiben.

"Kommunalpolitik ist die Politik für den Bürger dieser Stadt, für seine unmittelbare, für ihn überschaubare Umgebung" sagte Stadtrat Mayr. So unmittelbar wie die Kommunalpolitik den einzelnen trifft, so unmittelbar wird er von sonst keiner gesellschaftlichen Handlung betroffen. Wir haben dafür zu sorgen, daß trotz der Auswirkungen der beiden industriellen Revolutionen unsere Städte den besten Lebensbereich für den Menschen bilden. Die technische Entwicklung für die nächste Generation ist nicht absehbar. Wir wissen nicht, was uns die Zukunft bringt. Aber eines wissen wir: Wenn wir den politischen Mut zum Experiment haben, wenn wir den Mut haben, unsere Bürger zur Mitarbeit bei der Gestaltung unserer Stadt aufzurufen, wenn es uns gelingt, die Wissenschaft so herauszufordern, daß sie sich der Probleme des städtischen Lebens annimmt, dann wird es uns auch gelingen, aus der Großstadt wieder den idealen Lebensraum für den Menschen zu schaffen."

Stadtrat Mayr berichtete, daß 60 Wiener Bürger vom Recht der Einsichtnahme in den Voranschlag Gebrauch gemacht haben und dabei insgesamt 59 Erinnerungen abgegeben wurden. Sie werden den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zugewiesen werden. In Ergänzung zum vorliegenden Budget beantragte Stadtrat Mayr die Vollmacht, bestimmte Ermessenskredite entsprechend der jeweiligen Konjunkturlage bis zum Ausmaß von 15 Prozent zu sperren.

In seinem Referat informierte Stadtrat Mayr auch über den Minderheitsantrag der ÖVP zur Abänderung des Budgets. Dieser Antrag wurde zwar im Stadtsenat von der Mehrheit abgelehnt, mußte jedoch auf Grund der Verfassung dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht werden.

FPÖ - gegen Budget

Die schönen Zeiten der letzten Jahre seien vorbei, meinte als erster Generalredner zum Budget GR. Dr. Hirnschall (FPÖ). Während die Einnahmen der Gemeinde von 1964 bis 1974 von sieben auf 28 Milliarden sich vervierfacht hätten, könne man eine solche Steigerung am privaten Sektor nicht behaupten und damit stimme das Schlagwort vom privaten Wohlstand und der öffentlichen Armut nicht. Die Steigerung von etwa 15 Prozent im Budget für das

kommende Jahr werfe die Frage auf, ob ein solcher Optimismus vertretbar sei, denn die zugrundeliegenden Prognosen stammten aus dem Sommer.

Daher seien die aus der weltweiten Energiekrise stammenden Schwierigkeiten nicht berücksichtigt. Immerhin hatte der deutsche Bundeskanzler Brandt von der Gefahr eines Null-Wachstums gesprochen.

Schon bisher seien die Großprojekte ohne entsprechenden Finanzierungsplan begonnen worden. Obwohl seinerzeit schon Stadtrat Schweda von einer Finanzvorschau gesprochen habe, fehle sie bis heute. Mit seiner Meinung stehe er nicht allein da, sagte Hirnschall, da sich auch der Rechnungshof über das Fehlen eines Finanzierungsprojektes zum Beispiel bei der U-Bahn gewundert habe.

Was die UNO-City angehe, sei seine Fraktion der Ansicht, daß sich Österreich und Wien es nicht leisten können, den Luxusbedürfnissen der UN-Bürokratie zu entsprechen.

Besonders kraß benachteiligt seien in dem neuen Budget die Altenpflegeheime und die Kindergärten. Dr. Hirnschall sprach in diesem Zusammenhang vom vernichtenden Urteil, das die Amtsärztin Dr. Kars über die Alterspflege in Wien abgegeben habe. Wenngleich sicherlich überspitzt formuliert, habe sie im Grunde doch recht. Wenn der Leiter des Gesundheitsamtes Dr. Junker darauf repliziert habe, mit einer Milliarde Schilling könne man Abhilfe schaffen, dann sei es keine Frage, daß dieses Geld notwendiger gebraucht werde als die 3,5 Milliarden Schilling, auf die sich voraussichtlich der Wiener Anteil für die UN-City belaufen werde. Auch in der Grundstückspolitik sollte sich die Stadt Zurückhaltung auferlegen. Hirnschall kündigte in diesem Zusammenhang einen Antrag an, für den Bau von Altersheimen statt 42 Millionen im kommenden Jahr 200 Millionen Schilling zu Lasten der Grundankäufe auszugeben. Auch die für den Bau von Kindergärten vorgesehenen 45 Millionen sollten auf 100 Millionen Schilling aufgestockt werden, weil in Wien derzeit rund 10.000 Kindergartenplätze fehlen.

Auch die Anleihe- und Anlagepolitik der Stadt kritisierte Hirnschall: So habe der Rechnungshof festgestellt, daß die Gemeinde

öfter Kredite aufnehmen, die sie momentan nicht brauche und selbst wieder veranlasse. Dadurch entstünden Verluste von 2 bis 2,5 Prozent. Er sehe nicht ein, warum bestimmte Geldinstitute durch diese Vorgangsweise verdienen müßten und auch nicht, warum die Stadt Gebrauchsgebühren von den Verkehrsbetrieben verlange, die selbst zu wenig Geld für Investitionen hätten. Schließlich erklärte der FPÖ-Sprecher, seine Fraktion werde das Budget 1974 wegen der fehlerhaften Prioritäten ablehnen.

ÖVP - gegen Budget

Auch Gemeinderat Hahn als Sprecher der ÖVP warf die Frage auf, ob der im Voranschlag zutage kommende Optimismus nicht vielleicht bald überholt sein werde. Zudem fehle noch immer eine mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung. Im Widerspruch zu den Erklärungen von Bürgermeister Gratz stünde auch die Tatsache, daß die Mittel für die Betriebsbaugebiete im kommenden Jahr gegenüber heuer um 40 Millionen zurückgingen. Es geschehe also viel zu wenig für die Wiener Wirtschaft, deren Anteil am österreichischen Brutto-sozialprodukt von 1964 bis 1971 von 33 auf 29,5 Prozent zurückgegangen sei. Auch die Investitionen pro Beschäftigten seien um 30 Prozent geringer als im österreichischen Durchschnitt. Besonders betroffen seien in der Wiener Industrie die Textil-, Stahl-, Eisen- und Metall- sowie die Elektrobetriebe. Im Budget werde kein Konzept für eine Verbesserung der Situation ersichtlich, kritisierte Hahn. Die Hauptschuld an dieser unerfreulichen Entwicklung liege bei der sozialistischen Bundesregierung und der Rathausmehrheit.

Für den von Bürgermeister Gratz angeregten Wirtschaftsbeirat biete seine Partei die Mitarbeit an, doch dürfe dieses Gremium nicht zum Abhalten einer Show mißbraucht werden, um jemanden den "Schwarzen Peter" zuzuschieben. Der Beirat sollte als erstes eine neue Analyse der Wiener Wirtschaft und der Wiener Budgets für diese Wahlperiode vornehmen. Erst danach könnten ein Finanzierungs- und Investitionsplan erstellt werden. Wichtig sei dabei, daß endlich Folgekosten von Großprojekten berücksichtigt würden. Leider, so betonte Hahn, sei durch die Fixierung auf das Inselprojekt und die gigantische UN-City schon vor einer solchen Planerstellung eine Schwerpunktbildung vor-

weggenommen worden. Für die UN-City müßten voraussichtlich 1975 und 1976 nicht weniger als 420 beziehungsweise 770 Millionen von der Stadt Wien bereitgestellt werden, da Kreisky die große Lösung befohlen habe und Gratz diesem Befehl offenbar Folge leiste.

Die Volkspartei sei nach wie vor für die UN-City und das Konferenzzentrum im ursprünglichen Ausmaß für 2.400 Personen. Und er, Hahn, empfehle dem neuen Finanzstadtrat Mayr, die entsprechenden Unterlagen genau zu studieren. Er stellte den Antrag, der Bürgermeister solle den Bundeskanzler informieren, daß die Stadt nur bereit sei, den auf sie nach dem geltenden IAKW-Gesetz entfallenden Beitrag für die UN-City zu leisten.

Eingehend beschäftigte sich Hahn sodann mit der Frage der Gesundheitspolitik, wobei er vor allem Minister Dr. Leodolter vorwarf, die dringend notwendige Novellierung des Krankenanstaltengesetzes verschleppt zu haben. Was den Wohnbau angehe, so räche es sich jetzt, daß man sich bloß dazu durchgerungen habe, die anerkannten Mehrbaukosten nur für jene Projekte mit zu fördern, die ab 1973 beschlossen worden seien. Tatsächlich gäbe es aber Nachforderungen bis zu 1.000 Schilling pro Quadratmeter, wobei nicht nur Mitglieder des Vereines der Freunde des Wohnungseigentums betroffen seien. Bei sieben weiteren Wohnbauvereinigungen seien Nachtragsforderungen von 104 Millionen Schilling festgestellt worden, so daß man derzeit von etwa 4.000 Betroffenen mit Nachzahlungen von rund 200 Millionen sprechen müsse. Es sei zudem unverantwortlich, wenn diese Problematik angeheizt werde, obwohl doch die Sozialisten selbst Schuld an ihr trügen. Wenn Finanzstadtrat Mayr nun sagt, die nachträglichen Kosten würden auch gefördert, sei dies gut, besser wäre es gewesen, eine solche Erklärung wäre früher abgegeben worden. Hahn stellt überdies einen Antrag in diesem Sinne. Seiner Meinung nach hätte die SPÖ zufolge fehlerhafter Neuregelung der Wohnauförderungsbedingungen den Kapitalmarkt so stark überfordert, daß die angekündigten rund 15.000 Wohnungen pro Jahr in den letzten Jahren nicht gebaut wurden.

Die Volkspartei, fuhr Hahn fort, akzeptiere die 301 Millionen für den Hochwasserschutz, wenn damit die Verstärkung der linksufrigen Dämme vorgenommen werde. Auf diese Weise könnte in drei Jahren der verbesserte Hochwasserschutz für Wien fertig-

gestellt werden. Er urgierte eine klare Stellungnahme zur Donauinsel und fragte, wie denn die notwendige Stadterneuerung in den Innenbezirken finanziert werden sollte, wenn man das Geld für die Insel ausgeben wolle. Auch die Kindergärten seien im Budget stiefmütterlich behandelt, statt vier sollten zehn neue Kindergärten im kommenden Jahr gebaut werden.

Schließlich beantragte Hahn einen eigenen Budgetausschuß und eine Abänderung der Stadtverfassung und Geschäftsordnung in der Weise, daß auch die Bezirksvertretungen und die Gemeinderatsausschüsse ein Mitwirkungsrecht bei der Budgeterstellung erhielten. Das Budget lehne die Volkspartei insgesamt ab.

Grundsätzliche Wirtschaftsdebatte

Mit grundsätzlichen Problemen der Wirtschaft befaßten sich die beiden nächsten Debattenredner.

GR. Dinhof (SPÖ) verwies darauf, daß die Wiener Wirtschaft seit langem ohne größere Schwankungen wächst. Es gab hier zwar keine solchen Spitzen, aber auch kein Tief wie in anderen Bundesländern. Die Investitionspritzen der Stadt hätten daran einen großen Anteil. Auch jetzt stünden 690 Millionen Rücklagen bereit, die herangezogen werden könnten, wenn es die Lage erfordere.

Eine neue Situation sei nun dadurch entstanden, daß das bisherige Überflußgut Erdöl, auf das die Wirtschaft der ganzen Welt aufgebaut sei, plötzlich Mangelware wurde. Der Ölhahn sei im Nahen Osten aus politischen Gründen abgedreht worden. Sonderbar sei jedoch, daß binnen Stunden anscheinend das Öl in den Pipelines eingefroren und die Tankschiffe stecken geblieben seien. Die Großölkonzerne hätten sich eine zusätzliche Profitmöglichkeit auf dem Rücken der ganzen Welt geschaffen. Es sei deshalb zu befürchten, daß es trotz der Stabilisierungsmaßnahmen zu einem verstärkten Preisdruck kommen könne. GR. Dinhof würdigte die Verdienste des seinerzeitigen SPÖ-Vizekanzlers Dr. Schärf, der vor dem Abschluß des Staatsvertrages darauf bestanden habe, daß die österreichischen Ölquellen in österreichische Hand kommen müßten und deshalb von ÖVP-Zeitungen als "Hemdärmel-Politiker" kritisiert worden sei.

Zur VP-Kritik am Gesundheitsressort verlangte GR. Dinhof Fairneß gegenüber einem neuen Mann, der sich jetzt erst die Probleme genau anschauen müsse. Dieses Ressort sei seit Jahrzehnten von VP-Vertretern geleitet worden. Bevor man jetzt die notwendigen

Maßnahmen setze, müsse man erst das Gesamtkonzept überprüfen. Dabei sei zu berücksichtigen, daß der Ausbau der Wohlfahrts- und Krankenanstalten nicht nur ein finanzielles, sondern auch ein personelles Problem sei. Wenn genügend Personal vorhanden sein sollte, werde auch das nötige Geld da sein.

Stadtrat Neusser (ÖVP) verwies darauf, daß zum erstenmal seit 28 Jahren die Mehrheit allein das Wiener Budget beschließe, das also ein sozialistisches Budget sei. Dabei sei es verabsäumt worden, vom U-Bahn-Bau abgesehen, die notwendigen Schwerpunkte zu setzen. Mit einer antizyklischen Budgetpolitik müßte man den der Wirtschaft drohenden Gefahren begegnen. Aus den Kreditrestriktionen der Bundesregierung ergäben sich ernste Folgen. In der Bauwirtschaft seien sie mit einem Verspätungseffekt von eineinhalb bis zwei Jahren spürbar. Erstmals seit langer Zeit sei in diesem Winter mit einer größeren Zahl von Kündigungen in der Bauwirtschaft zu rechnen. Hier hätte das Budget eingreifen müssen. Aber für den Wohnbau seien nur um zwölf Prozent mehr vorgesehen als heuer, das gleiche nicht einmal die Lohnerhöhungen aus. Stadtrat Neusser kritisierte auch, daß infolge einer übertriebenen Erfüllung der Wünsche des Finanzministers nach Kreditrestriktionen weniger Geld für Gewerbekredite und für Betriebsansiedlungen vorgesehen sei.

Zu einem Zwischenrufduell zwischen den beiden großen Parteien kam es, als Stadtrat Neusser auf den VP-Vorschlag verwies, die drohende Versteppung der Lobau durch Hineinpumpen von Wasser zu bekämpfen. Er betonte, daß es über die Notwendigkeit eines verbesserten Hochwasserschutzes keine Meinungsverschiedenheit gebe. Streitpunkt sei allein die Donauinsel.

Preise, Wachstum und Budget

GR. Hatzl (SPÖ) als nächster Debattenredner beschäftigte sich zunächst mit der wirtschaftlichen Bedeutung des Beschaffungsamtes, des Veterinär- und Marktamtes. So wurden vom Beschaffungamt nicht weniger als 7.200 Einzelverbrauchsstellen der Stadtverwaltung beliefert. Das Markt- und Veterinäramt spielt eine wichtige Rolle bei der Versorgung der Bevölkerung. Es wäre wünschenswert, die Gemüsemärkte von Kagran und Simmering würden ebenfalls in den Großmarkt Inzersdorf übersiedeln. Was die Flächen des ehemaligen Großmarktes am Naschmarkt angehe, beantragte

Hatzl, der Magistrat solle Vorschläge für eine Zwischennutzung, etwa Parkplätze für die Marktbesucher oder des Theater an der Wien erstatten. Die Sanierung der Detailmärkte gehe weiter. Was die Lebensmittelkontrollen angehe, sei im ablaufenden Jahr eine Zunahme der Anzeigen festgestellt worden.

Lebhafte Zwischenrufe löste Hatzl bei seinen Ausführungen über die Preise aus. Die Preissteigerungen hätten schwindelnde Höhen erreicht. Zufolge der engen Verflechtung mit anderen Staaten sei natürlich Österreich keine Insel der Seligen. Trotzdem seien die Preissteigerungen, wie aus den Darlegungen der OECD hervorgehe, gegenüber anderen europäischen Staaten geringer und sie seien auch relativ geringer als seinerzeit unter der ÖVP-Regierung. Die Regierung jedenfalls hätte eine Stabilisierung in Österreich zustande gebracht, obwohl die Preise weder von der Regierung noch von der Stadtverwaltung gemacht wurden. Jedenfalls dürfe die öffentliche Hand nicht untätig sein und müsse den Schutz der Konsumenten, wie beispielsweise durch Preisauszeichnungen gewährleisten. Das Jammern der bürgerlichen Seite über eine Krise sei eine politische Zweckübung, wodurch lediglich das Hamstern und damit eine künstliche Nachfrage mit entsprechenden Preiserhöhungen bewirkt werde. Zu Zeiten einer sozialistischen Verantwortlichkeit gebe es jedenfalls keine Krisen, obwohl es gar nicht leicht sei, solche in einem kapitalistischen System zu vermeiden.

GR.Dkfm.Dr. Wöber (ÖVP) ging auf seinen Vorredner ein und meinte, zu den finsternen Zeiten der ÖVP-Regierung habe es eine Geldentwertung von 3 bis 3,5 Prozent gegeben, im glücklichen Sozialismus nun eine solche von 8 bis 8,5 Prozent. Hatzl habe seine Argumente aus der untersten Schublade des Klassenkampfes hervorgeholt.

Sehr ausführlich beschäftigte sich Wöber mit der Frage des Wachstums beziehungsweise der Budgeterstellung. Der Vorschlag enthalte keine klaren Prioritäten, keine Vorsorgen für Rückschläge, kein Investitionskonzept und kein Energiekonzept. Seine Partei habe Alternativen entwickelt und vorgelegt. Bürgermeister Gratz, der in Sonntagsreden Perikles zitiert und immer wieder von der Notwendigkeit der Diskussion spricht, habe nach Vorlage dieser Alternativen lediglich so repliziert, daß er im Stadtsenat abstimmen ließ. Was die Behauptung angehe, das Budget sei bei einem Defizit von 340 Millionen faktisch ausgeglichen, so stimme dies einfach nicht und sei eine Fehlinformation des Gemeinderates. Die Nettoverschuldung nehme zufolge von Darlehen und Anleihen um nicht weniger als 2,4 Milliarden Schilling oder rund zehn

Prozent des bereinigten Budgets für 1974 zu. Über einen solchen Vorgang könne man selbstverständlich reden, doch müsse man zunächst die Wahrheit sagen. Wenn man zudem mit einer nominellen Steigerung der Ausgaben von 13,8 und der der Einnahmen von 13,9 Prozent rechnet und gleichzeitig den realen Zuwachs mit vier bis fünf Prozent annehme, so liege die Inflationsrate daher logischerweise bei neun bis zehn Prozent.

Es gehe außerdem nicht an, fuhr Wöber fort, daß die SPÖ als Oppositionspartei der damaligen ÖVP-Regierung die Alleinverantwortung für Preissteigerungen zugeschoben habe, heute aber meint, die sozialistische Regierung könne ja dagegen nichts tun, da dies alles vom Ausland her komme. Was schließlich die Alternativvorschläge seiner Partei angehe, so sollte durch Eventualmaßnahmen lediglich rechtzeitige Vorsorge zur Steuerung unerwünschter Entwicklungen getroffen werden. Aber offenbar habe die SPÖ eine solche Projektsplanung nicht nötig, und sie ersetze sie ebenso wie eine gute Politik durch 66 Mandate.

Er freue sich jedenfalls, schloß Wöber, daß manches der bisherigen Praxis über Bord geworfen werden solle, so das Horten von Rücklagen, das auch der Rechnungshof bemängelt habe. Zum Schluß beantragte er, dem Gemeinderat möge ein vierteljähriger Finanzbericht vorgelegt und die Haushaltsordnung solle mehr modernisiert und nicht vom Magistratsdirektor sondern vom Gemeinderat erlassen werden.

Wirtschaft positiv beeinflussen

GR. Schreiner (SPÖ) warf der ÖVP vor, sie sei seit Jahren bemüht, diese Stadt, ihre Arbeit und ihre Leistungen herabzusetzen. Von den Wählern sei dazu am 21. Oktober die Antwort gegeben worden. Jetzt bemühe sich die ÖVP, Wiens Wirtschaft krank zu machen. Die Zahlen ergäben ein anderes Bild: Seit 1970 sei die Zahl der unselbstständig Beschäftigten von 738.000 auf 783.000 gestiegen, die der Arbeitslosen von 11.400 auf 7.600 gesunken, die der offenen Stellen von 14.000 auf 22.300 gestiegen. Sicher bestehe kein Grund zu übertriebenem Optimismus. Die Probleme kämen aber nicht aus der Wiener Wirtschaft, sondern seien auf den Konflikt im Nahen Osten mit allen seinen Weiterungen zurückzuführen. Aber vielleicht sei die Mahnung, mit den Schätzen dieser Welt hauszuhalten, ganz nützlich.

Zum Eventualbudget der ÖVP erklärte GR. Schreiner, er setze keine Alternativen, sondern streue einfach nach dem Gießkannensystem 330 Millionen über alles mögliche drüber. Dabei konstruiere die ÖVP - trotz der wirtschaftlichen Probleme - 135 Millionen Mehreinnahmen bei der Lohnsummensteuer, weiter ebenso unbegründet 79 Millionen bei der Getränkesteuer, rechne dann noch die beiden Beträge falsch zusammen und komme so auf 224 Millionen nebuloser Mehreinnahmen.

GR. Dkfm. Dr. Wöber (ÖVP) erwiderte, daß das Eventualbudget deutlich erkennbare Prioritäten und Schwerpunkte setze.

Stadtrat Mayr (SPÖ) erklärte im Schlußwort, daß sich die Stadtverwaltung alle drei Möglichkeiten einer Reaktion auf die wirtschaftliche Entwicklung offenhalte. Es liege ein Normalbudget vor, das von der Annahme einer ungebrochenen wirtschaftlichen Entwicklung ausgehe. Im Falle eines Überschäumens sei die Möglichkeit gegeben, bis zu 15 Prozent der Ermessenskredite zu sperren. Das sei einvernehmlich von den Finanzreferenten aller Bundesländer festgelegt worden. Schließlich könnten bis zu 690 Millionen aus der Investitionsrücklage flüssig gemacht werden, wenn es notwendig werden sollte, die Wirtschaft positiv zu beeinflussen. Ein projektbezogenes Eventualbudget, wie es die ÖVP vorschläge, sei unzweckmäßig. Es komme darauf an, im Bedarfsfall freie Gelder zu haben, die gezielt und branchenspezifisch eingesetzt werden können.

Abstimmung: Das Budget der Geschäftsgruppe 2, Finanzen und Wirtschaft, wurde mit den Stimmen der SPÖ genehmigt. Die Anträge zu diesem Kapitel wurden einstimmig dem Bürgermeister, beziehungsweise den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Die Budgetdebatte wird Freitag um 9 Uhr mit der Behandlung der Geschäftsgruppe 1 (Personal und allgemeine Verwaltung, Stadtrat Kurt Heller) und anschließend der Geschäftsgruppe 3 (Kultur, Jugend, Bildung, VbGm. Gertrude Fröhlich-Sandner) fortgesetzt.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

k o m m u n a l :

~~keine rede von 9-schilling-strassenbahntarif~~
keine rede von 9-schilling-strassenbahntarif

15 wien, 13.12. (rk) zu einer presseaussendung des oesterreichischen pensionisten- und rentnerbundes, in der von einer geplanten erhoehung des strassenbahntarifes auf 9 schilling die rede ist, erklaerte stadtrat franz n e k u l a der "rathaus-korrespondenz"; dass von einer solchen tariferhoehung ueberhaupt keine rede sein koenne. der behauptete 9-schilling-tarif ist eine voellig aus der luft gegriffene erfindung.

beratungen, die bereits vor der gemeinderatswahl begonnen wurden und in kuerze wieder aufgenommen werden sollen, betreffen lediglich eine reform des tarifes im sinne einer vereinfachung des tarifsystems. schon waehrend der letzten jahre wurde das fruehere "tarifdschungel" wesentlich vereinfacht. die zahl der verschiedenen tarife wurde dabei von 112 auf 39 vermindert. im zuge der weiteren rationalisierung, vor allem des ueberganges zum schaffnerlosen betrieb, sind weitere vereinfachungen unbedingt notwendig. ueber eine tariferhoehung wurde jedoch nicht gesprochen.

1434

L o k a l :

=====

''gaestepass'' fuer wien-besucher

12 wien, 13.12. (rk) um 15 prozent hoeher als 1973 wird das touristische werbebudget wiens 1974 sein, das die wiener fremdenverkehrs-kommission unter vorsitz von vizebuergemeister gertrude froehlich-sandner mittwoch beriet. durch rationalisierung des informationsmaterials eingesparte betraege kommen insbesondere verkaufsunterstuetzender werbung fuer die wintersaison zugute. werbeschwerpunkte sind skandinavien, japan, australien und suedamerika.

die fremdenverkehrs-kommission befasste sich ausserdem mit der geplanten einfuehrung eines ''gaestepasses'' in wien und diskutierte moeglichkeiten zur objektivierung des in letzter zeit mehrfach kritisierten - nicht vom fremdenverkehrsverband betriebenen - auskunftsdienstes an den stadteinfahrten (''informationswaggons'') und auf den bahnhoeefen.

in anlehnung an die uebung in den anderen bundeslaendern beschloss die kommission ferner auf antrag von vizebuergemeister gertrude froehlich-sandner die berufsbezeichnung ''Landesfremdenverkehrs-direktor'' fuer den geschaeftsfuehrer des fremdenverkehrsverbandes fuer wien, dr. helmut k r e b s .

1247

Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Freitag, 14. Dezember 1973

Blatt 2402

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

- Kommunal: Fortsetzung der Budgetdebatte
Wiener Landtag
Wiener Orden für Auslandskorrespondenten
- Lokal: Morgen wieder Verkehrsarme Zone in Mariahilf und
Meidling
Tote Bäume werden gefällt
- Kulturdienst: Herzliches Dankeschön an Willi Boskovsky
Heinz Conrads - 60. Geburtstag

Chef vom Dienst 42 800/2971 Durchwahl

Kommunal:

Fortsetzung der Budgetdebatte

=====
(Personal und Allgemeines)

Wien, 14.12. (RK) Der zweite Tag der Budgetdebatte im Wiener Gemeinderat begann Freitag mit dem Kapitel Personal und Allgemeine Verwaltung. Berichterstatter: Stadtrat Kurt Heller (SPÖ).

Er stellte in seiner Rede einleitend fest, daß der Anteil der Personalkosten an den Gesamtausgaben des Wiener Budgets mit 33,5 Prozent gegenüber 1973 um 0,3 Prozent gesunken ist. Gegenüber dem Jahre 1947 seien im Gemeindedienst rund 10.000 Gemeindebedienstete weniger beschäftigt. Diese Personaleinsparung sei im wesentlichen im Verwaltungsdienst erzielt worden. Ein Strukturwandel, der zu einer Verstärkung der Versorgungs- und Dienstleistungen führe, mache sich immer stärker bemerkbar. In der Hoheitsverwaltung seien zur Zeit weniger als zehn Prozent der 56.000 Bediensteten beschäftigt.

Die Entwicklung der elektronischen Datenverarbeitung mache bei der Stadtverwaltung erfreuliche Fortschritte. Bei einem Budgetvolumen von rund 25 Milliarden im Voranschlag 1973 seien rund 11 Milliarden über die EDV-Anlage ausgegeben worden. Die Bezugsverrechnung sei zur Gänze automatisiert, auf dem Gebiet des Finanzwesens und der Wählerevidenz sowie bei der Vergabe von Gemeindewohnungen durch den Computer seien große Fortschritte erzielt worden. Die bargeldlose Mietzinszahlung wurde in diesem Jahr programmiert, in Favoriten bereits probeweise eingeführt, und wird im kommenden Jahr auf alle Mieter von Gemeindewohnungen ausgedehnt werden.

Für die Behandlung und Verwahrung der Daten zum Schutz des Amtsgeheimnisses und des Steuergeheimnisses seien verbesserte interne Vorschriften ausgearbeitet worden. Zum Entwurf eines bundeseinheitlichen Datenschutzgesetzes habe Wien in diesem Jahr ausführlich Stellung genommen. Der Mißbrauch von Daten sei durch die vorausschauende Arbeit im wesentlichen ausgeschlossen, betonte der Stadtrat.

Zur Stärkung der direkten Demokratie in Wien meinte Heller, bei der Institutionalisierung bei der Volksbefragung werde man gesetzgeberisches Neuland betreten. Sie müßte so beschaffen sein, daß die Stimme des lokalen Interesses gebührend vernommen werden kann. Das Gesetz dürfe aber nicht so strukturiert sein, daß es die Bildung des

Gesamtwillens des Gemeinwesens lahmlegen könne. Bei der Institutionalisierung eines eventuellen Landes-Ombudsmannes müsse man noch auf die endgültige Beschlußfassung über die Volksanwaltschaft des Bundes warten.

Bedeutsame Änderungen kündigte Stadtrat Heller für die Bezirksvertretungen und Bezirksvorsteher an. Eine Aufwertung der Kompetenzerweiterungen und größere finanzielle Mittel stünden im Vordergrund. Daß es nicht beim Lippenbekenntnis geblieben sei, bewaise die Budgetpost für dringende kleine Ausgaben der Bezirksvorsteher: sie wurde gegenüber dem Jahr 1973 verzehnfacht.

Im Zusammenhang mit der Neufassung der Gewerbeordnung kündigte Heller eine weitere Servicestelle des Rathauses an: im Bereich der Magistratsabteilung 63 soll - vor allem für die Übergangszeit - ein zentraler Beratungsdienst für Fragen des Gewerberechtes etabliert werden. Im übrigen bringe die neue Gewerbeordnung den städtischen Dienststellen eine enorme Mehrbelastung.

Eine Reihe neuer Gesetze soll im kommenden Jahr in Angriff genommen die fertiggestellt werden: Bauordnungsnovelle, Novelle des Garagengesetzes, ein Ölfeuerungsgesetz, ein Altölbeseitigungsgesetz, eine Novellierung des Gesetzes über Kanalanlagen und -eintrümpfungsgebühren mit wesentlich strengeren Strafbestimmungen und anderes mehr. Bei einigen dieser Gesetze würden vor allem Probleme des Umweltschutzes im Vordergrund stehen.

Bei der beabsichtigten Hebung der Lebensqualität in der Stadt werde der Sport eine große Rolle spielen. Die isolierte Hochleistungsanlage mit großen Zuschauerrängen werde nicht mehr im Vordergrund stehen. Der multifunktionalen Anlage für den Freizeitsport werde Priorität zuerkannt. Die Interessen des Gesundheitssports müßten durch Errichtung relativ einfacher Anlagen optimal berücksichtigt werden. Ein Wiener Sportstättenleitplan sei in Ausarbeitung. Mit seiner Fertigstellung könne man in naher Zukunft rechnen. Er werde Standortentscheidungen erleichtern. Die menschliche Stadt der Zukunft könne es nicht bei traditionell gewachsenen Vereinsanlagen bewenden lassen, sie müsse von Grün-, Spiel- und Sportflächen von Freizeitanlagen und Sportzentren durchzogen und umgeben sein.

Eine beabsichtigte Normierung der gesetzlichen Verpflichtung zur Erhaltung bestehender und zur Errichtung neuer Sportanlagen soll die Position von Freizeitanlagen stärken: Beim Wettstreit zwischen

einer Freizeitanlage und einer Straßenführung, zwischen einer Spielfläche und einer Industrieerweiterung dürften die Freizeiteinrichtungen nicht immer unterliegen.

Für den Sport sind im Jahre 1974 150 Millionen Schilling vorgesehen. Dazu kommen rund 70 Millionen Schilling für Sportbauten und 56,5 Millionen Schilling für direkte Sportförderung. Die direkte Sportförderung solle sehr gezielt und nicht nach dem Gießkannenprinzip vorgenommen werden, betonte Stadtrat Heller abschließend.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Kultur, Bildung, Jugend
=====

Wien, 14.12. (RK) Das zweite Kapitel, das am Freitag in der Budgetdebatte des Wiener Gemeinderats behandelt wurde, war die Geschäftsgruppe für Kultur, Bildung und Jugend. Berichterstatter Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner (SPÖ) bezifferte die ihrem Ressort für 1974 zur Verfügung stehenden Geldmittel mit mehr als 3,5 Milliarden Schilling. Eine Aufschlüsselung dieses Betrages, sagte die Rednerin, mache den Vorrang für bildungspolitische Aufgaben anschaulich.

Der Vorrang für Bildungspolitik sei schon seinerzeit für die Gestaltung des Wiener Kulturprogramms ausschlaggebend gewesen, erklärte Fröhlich-Sandner. Untersuchungen hätten immer wieder bewiesen, daß Bildung nicht nur über Beruf und glückliches Leben des Einzelnen entscheide, sondern bestimmend sei für die künftige Entwicklung unserer Stadt. Die Bereitschaft der Menschen initiativ in einer Gesellschaft mitzuarbeiten, wachse parallel mit dem Bildungsgrad. Barrieren zu einer umfassenden Bildung zu beseitigen, die Chancengleichheit herzustellen, müsse vorrangigste Aufgabe sein.

Notwendig sei es vor allem zu vermeiden, daß Kinder bereits mit Bildungsdefiziten in die Schule eintreten. Den Eltern aller sozialen Schichten müssen Erziehungshilfen gegeben werden. "Gerade auf diesem Gebiet können wir in Wien auf Leistungen hinweisen, die weltweite Anerkennung gefunden haben", sagte Fröhlich-Sandner, und kündigte an, daß diese Erziehungshilfen 1974 durch neue Einrichtungen ergänzt würden.

Es sei an die Herausgabe einer Information in Briefform gedacht: Darin werden die Eltern, beginnend von der Geburt des Kindes bis zum Eintritt in die Schule, über Erziehungsprobleme informiert und pädagogische Ratschläge erhalten.

Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner kündigte an, daß im kommenden Jahr vier weitere Kindergärten mit insgesamt 20 Gruppen gebaut werden. Darüber hinaus wird die Aktion der "offenen Tür" in Kindergärten erweitert werden. Kinder, die

im Herbst 1974 schulpflichtig werden, erhalten also noch vorher die Möglichkeit, wenigstens zeitweilig mit einer Kindergemeinschaft Kontakt zu bekommen. Für die Fertigstellung des im Bau befindlichen Ausbildungszentrums für Kindergärtnerinnen sind im Budget 25 Millionen Schilling enthalten. Erfreulicherweise halte der Zustrom zum Beruf der Kindergärtnerin an, so daß mit einer Verbesserung der Personalsituation zu rechnen ist.

"Mit dem Schuleintritt ihrer Kinder entstehen für viele berufstätige Eltern große Probleme", sagte Fröhlich-Sandner. "Aus diesem Grunde führen wir gegenwärtig 171 Horte und 12 Tagesheimschulen. 1974 werden wir versuchsweise eine dritte Möglichkeit erschließen: Die Ganztagschule."

Diese Schulform stehe gegenwärtig im Mittelpunkt vieler Diskussionen. Manche Eltern befürchten, daß die Familie ihrer Funktion und ihrer Verantwortung beraubt werde. Die Ganztagschule aber könne in ihrer idealen Form den individuellen Bildungsbedürfnissen des Kindes und seiner Vorbereitung für den Eintritt in das Leben der Erwachsenen besser gerecht werden als die herkömmliche Halbtagschule. Die Hausübungen würden in der Schule gemacht, so daß die Zeit nach dem Unterricht zur echten Freizeit werde und - frei von Lernproblemen - wirklich der Familie gehöre.

Insgesamt stünden dem großen Bereich der Wiener Schulverwaltung im kommenden Jahr mehr als 2,1 Milliarden Schilling zur Verfügung, davon entfielen auf den Schulbau 326 Millionen Schilling. Schon allein diese Zahl veranschauliche die große Anstrengung, genügend Räume für den ständig steigenden Schülerstand, der 1975 mit 115.000 Pflichtschülern die Spitze erreichen wird, zu schaffen.

Der Schulneubau konzentriere sich vor allem auf die Randbezirke, wo allein seit 1964 48 Neubauten mit 767 Klassen mit einem Gesamtaufwand von 1,4 Milliarden Schilling errichtet wurden. Da in diesen Neubaugebieten unmittelbar nach der Besiedlung der Schulraumbedarf sehr groß ist, dann aber kontinuierlich sinkt, um nach 10 bis 15 Jahren bis unter dem Wiener Durchschnitt zu fallen, werden mehrere Möglichkeiten angewandt:

Erstens: Der Standort wird so gewählt, daß der Schulspren-
gel nach Absinken der Schülerzahl erweitert werden und ein altes
Schulhaus aufgelassen werden kann. Zweitens: Schaffung von Schul-
zentren, in denen Volks-, Haupt- und Sonderschulen zusamme-
gefaßt sind. Diese Form ermöglicht auch die Einrichtung von Ge-
samtschulen. Drittens: Errichtung von Schulgebäuden, die später
für andere Zwecke umgebaut werden können, dem entspricht der Typ
"Schule-Wohnhaus". Viertens: Aufstellung von mobilen Klassen-
zimmern zur Zeit des Spitzenbedarfs.

Die Schule der Zukunft aber müsse eine Stätte der Weiter-
bildung werden, erklärte Fröhlich-Sandner, ein kulturelles Zen-
trum, das allen Altersgruppen offensteht. Ansätze dazu seien
bereits vorhanden, indem Turnsäle und Dreifach-Turnhallen den
Sportverbänden überlassen werden, indem weiter in mehreren Neu-
bauten bereits Jugendzentren eingeplant werden. Diese Jugend-
zentren sollen im kommenden Jahr um drei erweitert werden.

Im weiteren Verlauf ihres Berichtes ging Frau Fröhlich-
Sandner auf einen Grundaspekt der Kulturpolitik ein. Sie betonte,
allen müsse bewußt sein, daß Kulturpolitik in Wien nicht allein
durch die Größe der Budgetmittel für Bildankäufe, durch die
Höhe von Subventionen für Theater oder Orchester, durch die An-
zahl der restaurierten Häuser bewertet oder beurteilt werden
könne. Kulturpolitik müsse ein komplexer Prozeß sein, der alle
Bereiche umfaßt: Er beginne bei der Familie, reiche über die Ge-
staltung der Umwelt, die Organisation der Bildung bis zu vielen
anderen kulturellen Aktivitäten einschließlich Forschung und
Wissenschaft. "Ein Schwerpunkt unserer Arbeit aber bleibt nach
wie vor das Bemühen um Demokratisierung des Zugangs zu Kultur
und Kunst", sagte Fröhlich-Sandner. Deshalb strebe man nach einem
Netz von kulturellen Stützpunkten in der ganzen Stadt, das
jedem Wiener in seinem Nahbereich vielfältige Möglichkeiten an-
biete. Dazu gehört die Förderung der städtischen Büchereien,
der Musikschulen, der Häuser der Begegnung, der Jugendzentren,
der Volkshochschulen. "Sie tragen zur vielzitierten Qualität des
Lebens in dieser Stadt wirksam bei". Darüber hinaus werde man
1974 in den verschiedensten künstlerischen Bereichen gute und
helfende Voraussetzungen schaffen - wie weitere Auftragserteilung
an Künstler und Ankaufstätigkeit, Impulsförderungen, Subventionie-
rung von Einrichtungen der Kunstpflege, Ausbau der Ausstellungs-

tätigkeit, Widmung von Stipendien, gezielte Förderungen auf den Bereichen der Literatur, Musik, darstellenden Kunst und des Films. Die zur Verfügung stehenden Mittel erzwingen jedoch eine Rangordnung. Lohnintensive Einrichtungen, wie Theater und Orchester, Festspiele und Erwachsenenbildung erforderten höhere Anteile des Kulturbudgets. Die Ausgaben für Theater stiegen beispielsweise seit 1970 von 46,5 Millionen auf 88 Millionen S, für die Symphoniker von 15,4 auf 27,3 Millionen S. Den Stimmen, die immer wieder laut werden, man möge die "heiligen Kühe" schlachten, die Subventionen für Theater und Orchester stoppen, müsse man aber entgegen, daß Kunstförderung nicht nur auf eine Bevölkerungsgruppe, sondern auf die Gesamtheit der Bevölkerung ausgerichtet sein müsse. "Das bedeutet auch weiterhin sowohl Pflege und Bewahren des wertvoll Überlieferten, als auch Fördern des Gegenwärtigen", erklärte Fröhlich-Sandner.

Als Schwerpunkte der Kulturpolitik für 1974 führte die Rednerin die Eröffnung des wohl modernsten Theaters Österreichs im Französischen Saal des Künstlerhauses, die Großausstellungen für Schönberg und Maulbertsch, eine Erweiterung der Ausstellung "Das gute Bild" und die Viennale an. Ein ausführlicher Kulturbericht für die abgelaufene Periode würde überdies in Kürze publiziert werden.

Auf dem Gebiet der Altstadterhaltung und der Stadtbildpflege würde die Dramatik durch die gesetzlichen Bestimmungen der Schutz-zonen, durch erhöhte Geldmittel und Vermehrung des erforderlichen Personals entschärft werden.

"Für alle Seiten offen zu bleiben - das ist die jahrhundertealte und auch heutige Bestimmung unserer Stadt. Ihre Stellung in Europa zu stärken, ihren Ruf als Stadt des kulturellen Reichtums der Toleranz und der sozialen Sicherheit zu bestätigen und immer neu zu erwerben, das wird unsere Aufgabe bleiben", schloß Vize-Bürgermeister Fröhlich-Sandner ihren Bericht.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

Kommunal:

Wiener Landtag

=====

Wien, 14.12. (RK) Der Wiener Landtag beschloß am Freitag folgende drei Gesetzesvorlagen: Änderung des Wasserversorgungsgesetzes, wonach künftig eine jährliche Ablesung, jedoch eine vierteljährliche Teilzahlung der Wassergebühren erfolgt; Änderung der Wiener Abgabenordnung zur Anpassung an die Datenverarbeitung; Änderung des Opferfürsorgeabgabegesetzes, dessen Geltungsdauer bis 31. Dezember 1977 verlängert wurde. Der Landtag war um neun Uhr unter dem Vorsitz des Ersten Präsidenten Maria Hlawka zusammengetreten. Die Anträge referierte Stadtrat Hans Mayr (SPÖ).

Mit Ausnahme des Opferfürsorgeabgabegesetzes wurden die Gesetzesvorlagen einstimmig beschlossen. Die FPÖ stimmte dem Opferfürsorgeabgabegesetz nicht zu, sondern brachte durch Abg. Krenn einen Antrag ein, wonach künftig die Fürsorgeempfänger durch die Gemeinde Wien subventioniert werden sollten. Dieser Antrag wurde einstimmig zugewiesen. Für die bisherige Praxis der Fürsorgeabgabe durch die Kinobesitzer stimmten SPÖ und ÖVP.

Zu Beginn der Sitzung lag ein ÖVP-Antrag zum Wiener Datenschutzgesetz vor, der zugewiesen wurde.

(Ende des Wiener Landtages)

- - -

k o m m u n a l :

=====

wiener orden fuer auslandskorrespondenten

2 wien, 14.12. (rk) der langjaehrige auslandskorrespondent
lawrence p. d a v i s , der fuer angesehene londoner zeitungen
schreibt, erhaelt das silberne ehrenzeichen fuer verdienste um
das land wien. landeshauptmann-stellvertreter gertrude
f r o e h l i c h - s a n d n e r beantragte kuerzlich in der
wiener landesregierung diese hohe auszeichnung.

0916

l o k a l :

=====

morgen wieder verkehrsarme zone in mariahilf und meidling

3 wien, 14.12. (rk) morgen, samstag, gilt wieder die regelung fuer die verkehrsarmen zonen in der inneren mariahilfer strasse und in der meidlinger hauptstrasse. in der meidlinger hauptstrasse besteht das fahrverbot von 9 bis 18.30 uhr, in der mariahilfer strasse in der zeit zwischen 10 und 18.30 uhr.

0917

L o k a l :

=====

tote baeume werden gefaellt
ersatzpflanzungen vorgesehen

4 wien, 14.12. (rk) im auftrag der bundesstrassenverwaltung werden dieser tage durch das stadtgartenamt an der erzherzog karlstrasse, der gross-enzersdorfer strasse, der esslinger hauptstrasse und der oberen donaustrasse insgesamt 37 total abgestorbene baeume gefaellt. diese massnahme ist im interesse der verkehrssicherheit erforderlich, da die baeume bei einem sturm auf die fahrbahn fallen koennten. fuer jeden gerodeten baum wird jedoch im kommenden fruehjahr entweder am gleichen platz oder in der naeche ein neuer alleebaum gepflanzt werden.

im lauf der naechsten wochen muessen auch im uebrigen stadtgebiet noch weitere abgestorbene alleebaeume aus sicherheitsgruenden gefaellt werden.

0927

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Debatte über Personal und Allgemeines
=====

Wien, 14.12. (RK) GR. Hirnschall (FPÖ) stellte den Sport in den Mittelpunkt seines Debattenbeitrages. Die finanziellen Ansätze für das Jahr 1974 seien zwar hoch, die bisher konkret vorliegenden Ergebnisse der Sportarbeit und Sportförderung jedoch unbefriedigend. Er machte den Vorschlag, bei der Sportförderung ein wirksameres System zu finden. Für die Höhe der Förderung solle seiner Meinung nach das Ausmaß der Jugendarbeit der einzelnen Vereine und das Ausmaß der Öffnung der Sportplätze für Vereinslose als Kriterien gelten. Auch beim Sport müsse man davon wegkommen, Prestigebauten wie beispielsweise das Radstadion zu bauen. Zentraler Schwerpunkt der sportlichen Aktivitäten der Stadtverwaltung müßte bei der Errichtung von relativ billigen Spiel- und Sportplätzen in den Bezirken sein.

Im Zusammenhang mit dem Besoldungswesen appellierte Hirnschall an die Stadtverwaltung, bei der Ausarbeitung eines neuen Bundeschemas auf die Bundesdienststellen Druck auszuüben, um die Besoldung vor allem für jüngere Leute attraktiver zu gestalten. Die gemeindeeigenen Schemata reichten seiner Meinung nach für die differenzierten Aufgaben in der Kommunalverwaltung nicht aus, es wäre besser, mehr Schemata einzuführen als auf Nebengebühren - wie es bisher der Fall ist - auszuweichen. Seine Fraktion könne diesem Budgetkapitel nicht zustimmen.

GR. Dr. Krasser ("VP) beschäftigte sich in seinen Ausführungen unter anderem mit der gegenwärtig vor der Fertigstellung stehenden Novelle der Wiener Bauordnung. Er unterstrich die Bedeutung dieser gesetzlichen Neuregelung, meinte jedoch, daß diese nicht nur den Vorstellungen der Architekten und der Baupolizei, sondern vor allem dem Gemeinwohl der Wohnbevölkerung dienen sollte. Dr. Krasser appellierte in diesem Zusammenhang an den Berichterstatter als zuständigen Stadtrat, die Fertigstellung dieser Novelle im Interesse der Bevölkerung zu forcieren. Zum Einbau von Kaminen bei zentralgeheizten Wohnbauten: In Anbetracht der jüngsten Entwicklung in der Energieversorgung sei dies unbedingte Notwendigkeit und sollte in entsprechender Form auch gesetzlich verankert werden. Was die Novellierung

des Garagengesetzes betreffe, die während seiner Amtsperiode als Stadtrat bereits sehr weit gediehen ist, so wäre eine rasche Verabschiedung im Interesse der gesetzlichen Regelung von Pkw-Abstellplätzen im Stadtgebiet von größter Wichtigkeit.

GR. Dr. Drennig (ÖVP) wies in seinem Debattenbeitrag auf die Bedeutung der elektronischen Datenverarbeitung für eine rationelle Arbeit im Bereich der Stadtverwaltung hin. Das vom Berichterstatter angekündigte bundeseinheitliche Datenschutzgesetz bezeichnete er für die Belange Wiens als unzureichend. Als Beispiel für die Dringlichkeit des Datenschutzes in Wien nannte er die Wählerlisten, die derzeit seiner Meinung nach leider immer wieder für politische Aktionen mißbraucht werden. Abschließend sprach er sich für den weiteren Ausbau der elektronischen Datenverarbeitung im Bereich der Stadtverwaltung aus. Es sei allerdings zu hoffen, daß damit das Versprechen von Bürgermeister Gratz, mehr Information für die Öffentlichkeit und die politischen Parteien erfüllt werde.

Mit den Auswüchsen des Sports, der Vermengung von Sport und Politik, Spitzenleistungen auch um den Preis der Gesundheit und Moral, kommerziellen Vergewaltigungen und falsch verstandenem Fanatikertum versuchte Dr. Müller (SPÖ) abzurechnen. Die Stadt Wien sei sich ihrer Verantwortung bewußt und werde daher nicht jede Art von Sport fördern, sondern immer bei Beurteilung und Arbeit die positiven Kriterien im Auge behalten. Der Sport sei Ausdruck der Gesellschaft, seine Krankheitssymptome seien Symptome der Zeit, in der wir leben.

GR. Köchel (ÖVP), Offizier des Bundesheeres vom Beruf, beklagte die geringe Dotierung der Zivilschutzmaßnahmen in Wien. Auch 1974 seien dafür nur 200.000 Schilling vorgesehen. Das sei viel zu wenig. Das Land Wien könne dadurch der Verpflichtung für die umfassende Landesverteidigung nicht gerecht werden. Andere Bundesländer leisteten wesentlich mehr auf diesem Gebiet. In irgend einer Form habe jedes Bundesland außer Wien die Errichtung von Schutzräumen in der Bauordnung verankert. Er bat um Aufklärung, ob die U-Bahn für Schutzraumzwecke verwendet werden könne. Es gebe einander widersprechende Aussagen von Stadtrat Heller und Stadtrat Hofmann. Seiner Meinung nach wäre es höchste Zeit, die Unterlassungssünden in Wien zu beseitigen. Inaktivität könne man der Bevölkerung gegenüber nicht mehr länger verantworten.

GR. Friedrike Seidl (SPÖ) nahm die Personaldebatte zum Anlaß, um sich mit der Bevölkerungsentwicklung in Wien zu beschäftigen. Sie wies auf den ständig zurückgehenden Anteil Wiens an der gesamtösterreichischen Bevölkerung hin. Betrug dieser 1951 noch 23,3 Prozent, so war er 1971 nur mehr 21,7 Prozent. Die Ursachen dafür wären vor allem im hohen Geburtendefizit sowie in der Altersstruktur der Wiener Bevölkerung zu suchen. Gegenwärtig sind 28 Prozent der Wiener Bevölkerung über 60 Jahre alt. Bei dieser Tendenz sei bis zum Jahr 1981 mit einem Sinken der Bevölkerungszahl in Wien auf 1,460.000 Personen zu rechnen. Bei gleichbleibender Zuwanderung von Gastarbeitern nach Wien (etwa 15.000 pro Jahr) könne diese Entwicklung allerdings gestoppt werden. Zur Zeit beträgt der Anteil der Gastarbeiter bei den Gemeindebediensteten 4,2 Prozent - der Wiener Anteil der Gastarbeiter an den unselbständigen Beschäftigten beträgt elf Prozent.

Zur Reform der Wiener Verfassung: Sie werde in Wien mit Nachdruck vorangetrieben werden, im Gegensatz zu anderen Bundesländern (Zwischenruf Gemeinderat Gawlik, SPÖ: "Beispiel Niederösterreich"). Zu den ständigen Verunsicherungen der Bevölkerung durch die Opposition: Diese stünden im krassen Gegensatz zu den tatsächlichen Gegebenheiten. Jüngsten Erhebungen zufolge gehört Wien zu den sichersten Städten Europas.

GR. Prof. Zörner (ÖVP) ging zunächst auf verschiedene Ausführungen seiner Vorrednerin ein. Zu den Demokratisierungsbestrebungen in der Wiener Verfassung: Die ÖVP habe hier schon sehr lange Vorschläge gemacht, die jedoch immer wieder auf Ablehnung gestoßen waren.

In der Gastarbeiterfrage sollte man künftighin sehr vorsichtig sein.

Der Debattenredner kritisierte weiter die zu gering dotierten Mittel für den Sport. Kosmetische Operationen und Lippenbekennnisse allein wären zu wenig. So vermisse er etwa entsprechende Mittel für den künftigen Sportstättenplan und Förderungsmaßnahmen insbesondere für die Jugend. In diesem Zusammenhang stellte er im Namen seiner Fraktion den Antrag, daß Kinder und Jugendliche sportliche Veranstaltungen kostenlos besuchen können. Als weitere Förderungsmaßnahmen nannte er die Errichtung von Bezirkshallenschwimmbädern und einer Landessportschule für Wien. Die gegen-

wärtigen Maßnahmen für den Sport zeichnen sich, wie er meinte, durch Planlosigkeit und Konzeptlosigkeit aus. Als Beispiele dafür nannte er unter anderem die Verbauung des Red Star-Platzes sowie die Installierung eines Schiliftes am Himmelhof - ohne Zusatzgeräte wie etwa Schneekanonen etc. Dies alles wären Gründe dafür, das vorliegende Budget abzulehnen.

Zum Personalsektor: Hier kritisierte er die vermehrte Anstellung von hochdotierten Sondervertragsbediensteten im Wiener Rathaus. Zum Kindergartenwesen: In Wien gäbe es nach wie vor viel zu wenig Kindergärtnerinnen. Dieser Personalmangel wäre jedoch größten teils auf vorhandene Diskrepanzen im Anstellungsverfahren zurückzuführen. Seine Fraktion werde dem vorliegenden Budgetentwurf nicht zustimmen.

Die Gemeinde Wien als Trägerin der sozialen Sicherheit, die Stadtverwaltung als Lehrherr und Ausbildner sowie die geplanten Änderungen im Besoldungsrecht standen im Mittelpunkt des Debattenbeitrages von GR. Pöder (SPÖ). Der Pensionist der Gemeinde Wien sei im Durchschnitt wesentlich besser gestellt, als der Pensionist des Bundes. Beweis: Bei der Stadtverwaltung betrage die Durchschnittspension 5.186 Schilling, beim Bund mit allen Anrechnungen der letzten Gehaltserhöhungen lediglich 4.043 Schilling. Auch die von der Stadtverwaltung ausbezahlten Witwenpensionen lägen über denen des Bundes. Die Sozialinitiative der Bundeshauptstadt wäre auch dadurch deutlich, daß immer weniger Personen mit Mindestpension eine Ergänzungszulage beziehen müssen. Zur Zeit sind es nur mehr 530 Personen, 1967 waren es noch 1.688.

Die Stadt Wien leiste einen wesentlichen Beitrag für die Ausbildung junger Menschen. In den verschiedensten Bereichen würden zur Zeit bei der Stadtverwaltung u. in den Betrieben der Stadt nicht weniger als 1.376 Lehrlinge ausgebildet.

Bei vielen besoldungsrechtlichen und pensionsrechtlichen Bestimmungen habe die Stadt Wien in der Vergangenheit Pionierarbeit geleistet und die Weichen für die Zukunft des gesamten öffentlichen Dienstes gestellt. Pöder appellierte an die Vertreter aller Parteien bei der Erarbeitung des neuen Gehaltsgesetzes und Besoldungsrechtes auf Bundesebene sachlich zusammenzuarbeiten und oberflächliche Retuschen zu vermeiden.

Pöder schloß mit dem Dank an den früheren Vizebürgermeister Bock für die gute Zusammenarbeit in den letzten Jahren.

In seinem Schlußwort gab Stadtrat Heller die Versicherung ab, daß er die bei der Debatte vorgebrachte Kritik beachten werde. Auf einzelne Vorwürfe ging er konkret ein: Der Vorwurf, das Land Wien beachte das Invalideneinstellungsgesetz nicht, sei unrichtig. Das Landesinvalidenamt weise der Stadtverwaltung laufend invalide Arbeitskräfte zu, die Stadtverwaltung werde den Anforderungen des Gesetzes in der Praxis gerecht. Eine monatliche Feststellung über die Zahl der beschäftigten Invaliden sei aber zu aufwendig.

Beim Datenschutzgesetz müsse die bundesgesetzliche Regelung abgewartet werden, ehe man ein auf die Wiener Verhältnisse zugeschnittenes Landesgesetz machen könne. Zur Kritik an der Verwendung der Mittel für kleine Ausgaben ausschließlich durch die Bezirksvertreter: Die Bestimmungen über die Verwendung würden in der nächsten Zeit geändert. Zum Vorwurf, das Land Wien tue zu wenig für den Zivilschutz: Feuerwehr, Rettung und auch andere Dienststellen erfüllten Zivilschutzmaßnahmen und erhielten auch dafür Mittel. Er sei nur dagegen, daß über den Zivilschutz all zu viel in der Öffentlichkeit diskutiert werde, dies würde nur die Bevölkerung beunruhigen. Auch der Neubau des Allgemeinen Krankenhauses und verschiedene Tiefbauten berücksichtigten Erfordernisse des Zivilschutzes.

Zum Sport: Wien stelle auf Gemeindegrund zweieinhalb-Millionen-Quadratmeterfläche dem Sport zur Verfügung. Pro Quadratmeter und Jahr verlange die Stadtverwaltung vier Groschen für die verpachteten Grundstücke. Nur wenn man diese Tatsache kenne, könne man die Sportförderung in Wien auch richtig beurteilen.

Das Radstadion sei kein Prestigebau, wie in der Debatte behauptet wurde, sondern eine Mehrzweckhalle, in der alle Sportarten außer Schwimmen und Eislaufen ausgeübt werden könnten. Zum Vorwurf, daß der Sportstättenleitplan noch nicht fertig sei, meinte Heller, Wien habe es etwas schwieriger als andere Bundesländer, die oft nur einen Katalog von Gemeindewünschen zusammenstellten. Man wolle eine wirklich brauchbare Grundlage erhalten und dies brauche eben Zeit.

Zum Thema Fußball habe er, Heller, ganz konkrete Vorstellungen. Er werde sich dafür einsetzen, daß sich weitere Wiener Nationalligavereine fusionieren. Sowohl vom sportlichen als auch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus sei die große Zahl der Wiener National-

ligavereine nicht zu vertreten, Außerdem werde er beim ÖFB vorstellig werden, daß die Mittel aus dem Toto gerechter verteilt werden als bisher. 1972 habe Wien von 21 Millionen Schilling aus dem Fußballtoto nur drei Millionen Schilling erhalten. Dies entspreche nicht der Bedeutung des Wiener Fußballs.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag der ÖVP einstimmig zugewiesen. Die Ansätze für die Geschäftsgruppe I wurden mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Kulturdebatte

Kulturpolitik sei nicht allein die Summe der bereitgestellten Mittel, erklärte GR. Dkfm. Bauer (FPÖ), sondern auch die Schaffung eines geistigen Klimas. Hier sehe es in Wien traurig aus. Es seien mangelnde Gesprächsbereitschaft und mangelnder Mut zum Neuen festzustellen, das kulturelle Bild Wiens in der Welt werde vom Heurigen, den Lipizzanern, den Sängerknaben und dem Stephansdom bestimmt, ein typisch wienerisches Orchester wie die Symphoniker werde von einem Ausländer geleitet, Handke und Bauer seien nicht in Wien groß geworden, Elias Canetti lebe in der BRD, Ingeborg Bachmann sei in Rom gestorben, die Hausrucker feierten ihre Erfolge in New York. Es gebe zu wenige Uraufführungen, dafür subventioniere man Experimentalbühnen, die mit Ende der Nachkriegszeit ihre Funktion verloren hätten.

GR. Bauer kritisierte die Ansätze für Buchankäufe der Städtischen Büchereien und für den Kindergartenbau als zu gering. Er verlangte die Schaffung einer eigenen Magistratsabteilung für Denkmalschutz und Stadtbilderhaltung und brachte zwei Anträge ein: Der Ansatz für Altstadterhaltung solle entsprechend den erwarteten Einnahmen aus dem Kulturschilling auf 48 Millionen erhöht werden, der Ansatz für bauliche Herstellungen von Kindergärten zu Lasten des Grundstückerwerbs von 45 auf 100 Millionen.

Das Kulturbudget wachse real nur um 5,5 Prozent, viel weniger als das Gesamtbudget, stellte GR. Prof. Bittner (ÖVP) fest. Zugleich werden die Leistungen des Bundes für Wien immer geringer, gegenüber Salzburg sei der Bund viel großzügiger. Seit 1969 werde der Bau einer Landesjugendherberge angekündigt, doch gebaut

werde auch nächstes Jahr noch nicht. Das ermögliche allerdings den replanten Standort in Mauer nochmals zu überlegen. Eine Jugendherberge sollte möglichst nahe dem Zentrum liegen.

GR. Bittner befaßte sich mit dem Bau von drei allgemeinbildenden höheren Schulen, der von der Stadt Wien vorfinanziert wird. Während in Favoriten für das nächste Schuljahr wenigstens sechs Schulklassen zur Verfügung stehen sollen und die Schule im 23. Bezirk bis dahin fertig werden dürfte, werde mit dem Schulbau im 21. Bezirk erst im Frühjahr begonnen. Noch dazu sei der vorgesehene Standort in Jedlersdorf zu wenig zentral. Die Anregung, einen Bauplatz in der Nähe des Spitzes zu verwenden, sei abgelehnt worden, weil dort wichtige Brunnenfelder gelegen seien. Jetzt aber werde dort ein Wohnhaus errichtet.

GR. Bittner sprach sich für Schulversuche aller Art, einschließlich der Ganztagschule, aus. Die Ganztagschule dürfe jedoch immer nur ein Angebot, niemals eine Verpflichtung sein. Bei Schulbauten solle man sich etwas einfallen lassen, damit die Schulen auch für Erwachsenenbildung herangezogen werden könnten. Das Seerestaurant im Donaupark solle man jungen Künstlern als Arbeits- und Ausstellungsraum zur Verfügung stellen. Bei den Jungbürgerfeiern sollte man ein mehrfaches Anbot machen - ein Sprechstück, etwas Musikalisches und auch Diskussionen mit Politikern im kleinen Kreis.

GR. Bittner brachte den Antrag ein, auch die konfessionellen Privatschulen mit audio-visuellen Hilfsmitteln auszustatten und faßte dann die kulturpolitischen Grundsätze seiner Partei zusammen: Sachförderung ohne Sachbeeinflußung, Förderung der Initiative privater Organisationen, Chancengleichheit bei der Erwachsenenbildung.

Befürchtungen über die Entwicklung des Fremdenverkehrs in Wien brachte als nächster Debattenredner GR. Schneider (ÖVP) zum Ausdruck. Nicht nur, daß Wien mit einem Anteil von 4,3 Prozent am gesamtösterreichischen Fremdenverkehr an letzter Stelle liege, sei seit einem halben Jahr ein stetiger Rückgang festzustellen. Mit dem Rückgang der Übernachtungen müsse aber auch mit einer Verminderung der Ortstaxeneinnahmen gerechnet werden, so daß letzten Endes auch für die Fremdenverkehrswerbung immer weniger Mittel zur Verfügung stünden. Im kommenden Budget vermisse er daher Möglichkeiten, zusätzliche Werbemittel flüssig zu machen. Entscheidend für den

Fremdenverkehr sei der Erlebniswert einer Stadt. Auf diesem Gebiet müsse aber noch mehr getan werden, um beispielsweise das historische Stadtbild zu erhalten. Für den Jugendtourismus müßte überdies das Angebot auf dem Vergnügungssektor erweitert werden. Begrüßenswerte Ansätze, den Fremden mehr zu bieten, seien in der Subventionierung des Konzertkaffees und in der Veranstaltungsserie "Frühling in Wien" zu sehen. Abschließend warnte der Redner vor weiteren Belastungen des Fremdenverkehrs durch Steuern und Abgaben.

Der nächste Debattenredner GR. Herbert Mayr (SPÖ) berichtete über die großen Leistungen der Stadt auf dem Gebiete der Jugendfürsorge. Besonders im Kindergartenwesen stehe Wien im gesamtösterreichischen Maßstab eindeutig an der Spitze. Während im österreichischen Durchschnitt nur 36 Prozent aller Kinder bis zu sechs Jahren einen Kindergarten besuchen können, liege in Wien der Prozentsatz bereits bei 56 Prozent. Auch die Betreuung sei weitaus günstiger. Im Wien werden 20 Kinder von einer Kindergärtnerin betreut, während im österreichischen Durchschnitt auf 26 Kinder eine "Tante", in Tirol sogar auf 36 Kinder eine Kindergärtnerin entfalle. Dem Jugendamt stünden heuer rund 975 Millionen zur Verfügung, nur 26 Prozent davon können durch Einnahmen gedeckt werden. Bei den Ausgaben für die Kindergärten werden sogar nur 21,5 Prozent durch die Gebühren gedeckt. Dabei sind die Tarife derart sozial gestaffelt, daß viele Eltern ihre Kinder gratis in Kindergärten unterbringen können, ein Teil der Eltern muß nur sehr geringe Beiträge zahlen. Dieses Geld aber, endete der Redner, sei gut angelegt.

GR. Dr. Macher (ÖVP) erklärte, daß die 34,8 Millionen Schilling, die aus den Erträgen des Kulturroschens für die Altstadterhaltung vorgesehen seien, der Bedeutung dieser Aufgabe nicht entsprächen. Mit Enttäuschung müsse man feststellen, daß heute, mehr als ein Jahr nach dem Beschluß des Altstadterhaltungsgesetzes, erst ein Bruchteil des Schutzzonenkatalogs fertig sei. Es mangle auch an Funktions- und Revitalisierungsprogrammen. Die ÖVP sei dafür eingetreten, eine von der Stadt zu fördernde Trägersgesellschaft zur Revitalisierung des Spittelbergs zu gründen, die Mehrheit habe dies jedoch nicht akzeptiert. Der dritte Mangel sei die fehlende Information der Öffentlichkeit. Vielen

sei die Möglichkeit, Mittel des Altstadterhaltungsfonds oder des Wohnungsverbesserungsgesetzes oder der Wohnbauförderung zu erhalten, gar nicht bekannt. GR. Dr. Macher brachte den Antrag ein, eine Informationsstelle für Altstadterhaltung einzurichten.

GR. Dr. Erika Danzinger (ÖVP) erklärte, daß in Wien derzeit 24.963 Kindergartenplätze fehlten. Trotzdem seien nur 0,16 Prozent des Gesamtbudgets, rund 49 Millionen, für den Bau von Kindergärten vorgesehen. Das sei bei Berücksichtigung der Geldentwertung weniger als im Vorjahr. Die Rednerin verlangte, daß den privaten Kindergärten außer den Personalkosten auch ein Teil der Investitionskosten ersetzt werden solle. Weiter trat sie für die Bildung eines familienpolitischen Beirats ein.

GR. Wiesinger (SPÖ) setzte sich mit der Kritik mehrerer Oppositionsredner am Kulturbudget auseinander und meinte, sie unterscheide sich nicht wesentlich von jener vergangener Jahre: Man sei unzufrieden mit der Altstadterhaltung, kritisiere die Schulverwaltung und die Subventionspolitik. Die Opposition habe das Recht auf Kritik und man werde auch darüber nachdenken. Grundsätzlich möchte er aber Widersprüche zurückweisen, wie sie etwa vom Sprecher der FPÖ ausgedrückt wurden: Man könne nicht beklagen, daß einerseits zu wenige Ausländer nach Wien kommen und gleichzeitig verurteilen, wenn ein Ausländer die Leitung der Symphoniker übernommen habe. Man könne nicht kritisieren, daß das Theaterleben in Wien nichts Neues bringe, und gleichzeitig die Unterstützung der Experimentalbühnen ablehnen.

Ein Kernpunkt der Kritik sei aber die Schule und ihre Reform gewesen. Dazu sei eindeutig zu sagen, daß sich die Sozialisten rückhaltlos zur Demokratisierung des Schulwesens bekennen und zur Herstellung der Chancengleichheit. Das Schulsystem an den höheren Schulen sei autoritär, die Schüler würden unmündig gehalten. "Wir bekennen uns daher vehement zur permanenten Schulreform und begrüßen den Versuch der Ganztagschule", sagte der Redner. Was die Kritik an fehlenden Mitteln für den Fremdenverkehr anlange, dürfe man doch nicht verschweigen, daß neben den Ortstaxen im Budget viele Millionen aufgebracht werden, daß zusätzliche zwei Millionen zur Kongressförderung vorgesehen seien. Was Vergnügungsmöglichkeiten für Fremde anbelange, sei nun einmal der Heurige die Wiener Spielart. "Die große Freiheit gibts in Hamburg, in Wien den Heurigen", meinte der Redner. Abschließend stellte GR. Wiesinger fest, daß das Budget für diese Geschäfts-

gruppe hervorragende Möglichkeiten biete, die bestehenden kulturellen Güter zu erhalten und das Neue zu fördern.

Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner erwiderte im Schlußwort zuerst GR. Bauer: Die Fahrt der Hausrucker nach New York sei von der Stadt Wien bezahlt worden. Warum Canetti nicht in Wien lebe, darüber sollte man im Geschichtsbuch unter "März 1938" nachschlagen. Auch frühere Chefdirektoren der Symphoniker seien keine Österreicher gewesen. Wien sei stolz darauf, dem Theater neue Impulse zu geben.

Das Engagement des Bundes für das kulturelle Leben sei sehr stark zu spüren - bei der Theatererhaltung, bei der Förderung der Kleinbühnen, bei den Großausstellungen, vor allem aber im Schulwesen.

Für die Landesjugendherberge werde derzeit ein günstigerer Standort gesucht.

Ein Vergleich des Fremdenverkehrs in der Großstadt Wien mit Tirol, Salzburg oder Kärnten sei nicht möglich. Eine Partei allerdings, die von sich behauptet, für den Fremdenverkehr zu sein, erscheine nicht glaubwürdig, wenn die gleiche Partei in Wien Plakate klebe, auf denen sie die Stadt als krank bezeichnet. Die Erhöhung der Mittel für die Fremdenverkehrsförderung seit 1972 von 22 auf 33 Millionen Schilling werde die Arbeitsmöglichkeiten weiter verbessern. Es sei allerdings nicht vorstellbar, daß die Stadt Aktionen für den Fremdenverkehr setze, aber die Betriebe nichts dazu beitragen.

Für die Altstadterhaltung sei gerade in den letzten Jahren viel erreicht worden. Es habe ein Umdenken im Sinne einer Erhaltung der wertvollen Bausubstanz eingesetzt. Nächstes Jahr werde es mehr Mitarbeiter, mehr Mittel, mehr Schutzzonen, also mehr Möglichkeiten für die Altstadterhaltung geben. Mit Hilfe der Stadt ist aber schon viel geschehen. Die Ekazent wurde in den Fällen Blutgasse und Maria am Gestade unterstützt, die Gesiba bei dem prächtigen Haus hinter der Ruprechtskirche. Wien würde auch den Freunden des Wohnungseigentums helfen, wenn sie auf diesem Gebiet eine Leistung aufzuweisen hätten. Bei der Festlegung der Schutzzonen dürfe man allerdings nichts "überhuden", weil das entscheidende Eingriffe in die Rechte von Privaten seien.

Ein verstärkter Bau von Kindergärten sei sinnlos, wenn das Personal dafür nicht vorhanden ist. Es besteht ein Ausbauplan

bis 1980, der sowohl die nötigen Räume wie auch das nötige Personal sichern solle. Dann werde es möglich sein, 80 Prozent der Kinder und bei den Fünfjährigen hundert Prozent in Kindergärten zu betreuen.

Als Vizebürgermeister Fröhlich-Sandner erklärte, die SPÖ habe zum Unterschied von der ÖVP nicht erst in der Zweiten Republik die Bedeutung der Familien- und Sozialpolitik entdeckt, kam es zu Zwischenrufen der ÖVP. Die Berichterstatterin solle nicht polemisieren, sondern berichten. Die Rednerin erwiderte, daß es ihre Pflicht sei, auf Informationsmöglichkeiten, wie etwa Geschichtsbücher, hinzuweisen. Sie schloß mit einem Bekenntnis zur Fortsetzung einer sozialen Familienpolitik, die allen eine Chance gebe.

Abstimmung: Der Voranschlag der Geschäftsgruppe 3, Kultur, Jugend, Bildung, wurde mit den Stimmen der SPÖ genehmigt. Der FPÖ-Antrag auf Erhöhung der Ansätze für den Kindergartenbau wurde von der SPÖ abgelehnt. Die anderen Anträge wurden einstimmig den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Die Budgetdebatte wird am Montag mit den Kapiteln 4 (Soziales und Gesundheit, Referent Stadtrat Dr. Alois Stacher) und anschließend 5 (Stadtgestaltung und Verkehr, Referent Stadtrat Ing. Fritz Hofmann) fortgesetzt.

(Ende des Sitzungsberichtes.)

- - -

553

Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Samstag, 15. Dezember 1973

Blatt 2425

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Bürgermeistersendung: Gratz gegen Silvesterunfug
Das Ergebnis der Volkszählung 1971: Mehr Kinder
und mehr ältere Menschen
Wohnbauförderungsmittel für 365 Wohnungen

Lokal: Neue Verkehrsampeln in Betrieb

k o m m u n a l :

=====

buengermeistersendung:

gratz gegen silvesterunfug

2 wien, 15.12. (rk) die vom jaenner 1974 an geltende biersteuer wird ueberwiegend dem spitalswesen zugute kommen. diese absichts-erklaerung deponierte finanzstadtrat hans m a y r in einem journalistengespraech in der sendung des wiener buengermeisters. wiens stadtoberhaupt leopold g r a t z appellierte an die wiener bevoelkerung, zu silvester auf das zuenden von feuerwerks-koerpern zu verzichten. die bilanz der letzten jahre - im vorjahr wurden durch eine explodierende silvesterrakete 11 jugendliche in wien schwer verletzt, ein jugendlicher starb bei dem unfall - habe in erschreckender weise die gefaehrlichkeit des silvesterunfuges unter beweis gestellt. leopold gratz kuendigte an, dass er sich in seiner letzten sendung in diesem jahr noch einmal ausfuehrlich mit diesem thema beschaeftigen und von allen ihm zustehenden moeglichkeiten gebrauch machen werde, den silvesterunfug einzuschraenken.

auf die situation im wiener spitalswesen angesprochen, meinte finanzstadtrat mayr, die situation sei nicht einfach. jahrelange versaeumnisse auf dem gesundheitssektor koennten nicht sofort aufgeholt werden. er sei aber zuversichtlich, dass ende 1974, jedenfalls aber im jahre 1975, eine echte besserung spuerbar werden wuerde.

eine zweckbindung der biersteuer habe er abgelehnt, um nicht den entscheidungsspielraum des gemeinderats einzuengen. die auswirkung der biersteuer fuer die bevoelkerung: das kruegel bier werde um 30 groschen teurer werden.

zu den initiativen fuer den oeffentlichen verkehr: an einen probeweisen nulltarif an einzelnen tagen sei nicht gedacht. durch anschaffung neuer garnituren und besserer technischer ausruestung wolle man im kommenden jahr der moeglicherweise groesseren anforderung durch die energiekrise herr werden.

fuer den bau der u-bahn wuerde im kommenden jahr das optimum - naemlich 1.874 millionen schilling - zur verfuegung gestellt. eine

./.

hoehere dotierung fuer den u-bahn-bau sei nicht moeglich, weil die baufirmen nicht dazu imstande waeren, mehr auftrage zu verkraften.

sollte es im kommenden jahr zu konjunkturellen schwierigkeiten kommen, habe die stadtverwaltung genug moeglichkeiten, durch verwendung der ruecklagen - insgesamt 690 millionen - drohende rueckschlaege der konjunktur auszugleichen.

+++

k o m m u n a l :

=====

das ergebnis der volkszaehlung 1971:

mehr kinder und mehr aeltere menschen

1 wien, 15.12. (rk) aus den nunmehr vorliegenden endgueltigen ergebnissen der volkszaehlung 1971 ergibt sich in wien eine beträchtliche veraenderung der geschlechterproportion und des alteraufbaues gegenueber 1961. der anteil der maennlichen bevoelkerung stieg um 0,6 prozent auf 44,1 prozent, der anteil der weiblichen bevoelkerung sank auf 55,9 prozent.

in der alterspyramide ist der anteil der wiener unter 15 und ueber 60 jahre groesser geworden. bei den kindern stieg der anteil von 13,1 auf 16,3 prozent, bei den aelteren von 25 auf 27,8 prozent. bei den wienern ueber 60 jahre ueberwiegen die frauen bei weitem. ihr anteil an der weiblichen gesamtbevoelkerung stieg um 3,7 auf 32,1 prozent, waehrend sich der anteil der maenner ueber 60 jahre an der maennlichen gesamtbevoelkerung nur um 1,5 prozent auf 22,4 prozent erhoehrte.

die geaenderte altersstruktur ist einer der hauptgruende dafuer, dass der anteil der berufstaetigen an der wohnbevoelkerung von 50,4 im jahre 1961 auf nunmehr 44,6 prozent gesunken ist. in absoluten zahlen bedeutet dies, dass die zahl der berufstaetigen wiener seit 1961 um 101.059 personen auf 719.538 zurueckgegangen ist. neben der geaenderten altersstruktur spielen die verlaengerung der schulpflicht und die fruehpension eine rolle. der rueckgang der zahl der berufstaetigen konnte nur durch die beschaeftigung von gastarbeitern wettgemacht werden. in den naechsten jahren wird sich die situation merklich bessern, weil nun relativ starke jahrgaenge ins berufsleben eintreten und relativ schwache jahrgaenge aus dem erwerbsleben ausscheiden, waehrend es waehrend der vergangenen zehn jahre umgekehrt war.

in der familienstruktur gab es gegenueber 1961 nur veraenderungen um zehntelprozente. 1971 waren 49,9 prozent der

wiener und wienerinnen verheiratet, 32,4 prozent ledig, 12,4 prozent verwitwet und 5,3 prozent geschieden.

zum ersten mal wurden auch der ausbildungsgrad der bevoelkerung und die zahl der im gemeinsamen haushalt lebenden kinder erhoben.

von den wienern ueber 15 jahre haben 4,0 prozent hochschulbildung, 9,6 prozent hoehere schulbildung, 10,1 prozent mittlere fachschulbildung, 30,0 prozent eine lehrausbildung und 46,3 prozent eine pflichtschulausbildung. dabei gibt es zwischen maennern und frauen sehr starke unterschiede. von den maennern haben 6,7 prozent hochschulbildung, von den frauen nur 2,1 prozent, 12,8 prozent der maenner, aber nur 7,2 prozent der frauen haben eine hoehere schulbildung. 44,5 prozent der maenner, aber nur 19,2 prozent der frauen haben eine lehre absolviert. eine mittlere fachschule haben 6,1 prozent der maenner und 13,1 prozent der frauen absolviert. lediglich eine pflichtschulausbildung haben nur 29,9 prozent der maenner, aber 58,4 prozent der frauen.

es gibt in wien 384.862 kinder, die in 251.278 familien im gemeinsamen haushalt mit ihren eltern oder einem elternteil leben. von diesen familien haben 62,1 prozent ein kind, 27,7 prozent zwei kinder, 7,2 prozent drei kinder und 3,0 prozent vier oder mehr kinder.

+++

k o m m u n a l :

=====

wohnbaufoerderungsmittel fuer 365 wohnungen

3 wien, 15.12. (rk) die wiener landesregierung genehmigte in ihrer letzten sitzung darlehen aus der wohnbaufoerderung 1968 in der hoehe von 75,8 millionen schilling. damit kann der bau von 365 wohnungen und drei geschaefstlokalen gefoerdert werden.

+++

l o k a l :

=====

neue verkehrssampeln in betrieb

4 wien, 15.12. (rk) am montag, um 8.30 uhr, erfolgte die
inbetriebnahme der verkehrssampeln altmannsdorfer strasse/belghofer-
gasse in meidling. am freitag, 21. dezember, wird um 8.30 uhr
in simmering, simmeringer hauptstrasse/thuerndlhofstrasse eine
lichtsignalanlage eingeschaltet.

+++

553

Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Montag, 17. Dezember 1973

Blatt 2432

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Fortsetzung der Budgetdebatte (Geschäftsgruppe IV, Soziales und Gesundheit, Stadtrat Dr. Alois Stacher, Geschäftsgruppe V, Stadtgestaltung und Verkehr, Stadtrat Ing. Fritz Hofmann)

53 neue medizinisch-technische Assistenten

6,5 Millionen für Fußgängerzonen

Lokal: Prokopius Diwisch zum Gedenken
Badefreuden durch Hochwasserschutz
Doppeljubiläum der Wiener Städtischen Versicherung
26 Zentimeter Schnee in Wien

Wirtschaft: Zusätzliche Fahrzeuge für die Verkehrsbetriebe

Kulturdienst: Überreichung der Kinder- und Jugendbuchpreise der Stadt Wien

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)

Fortsetzung der Budgetdebatte=====
(Soziales und Gesundheit)

Wien, 17.12. (RK) Der dritte Tag der Budgetdebatte im Wiener Gemeinderat begann Montag mit dem Kapitel Soziales und Gesundheit. Berichterstatter Stadtrat Dr. Alois Stacher (SPÖ) bezifferte die in seinem Ressort für 1974 zur Verfügung stehenden Budgetmittel mit 5.173,514.600 Schilling.

Im Bereich der sozialen Dienste - Heimhilfe, Hauskrankenpflege, Familienhilfe und "Essen auf Rädern" - ist eine Erhöhung gegenüber dem Jahr 1973 um fast zehn Millionen S - das ist eine Steigerung um etwa ein Drittel - vorgesehen. Wie der Stadtrat ausführt werden im Rahmen der Heimhilfe und Hauskrankenpflege zur Zeit rund 1.400 Personen betreut, doch müßte mit einer weiteren Steigerung für das Jahr 1974 gerechnet werden. Durch die Aktion "Essen auf Rädern" werden täglich 4.500 Personen mit einer warmen Mahlzeit versorgt. Wie Dr. Stacher dazu betonte, ermöglichen es diese Dienste einer großen Zahl betagter Menschen, trotz ihrer Gebrechlichkeit in ihrem eigenen Heim zu bleiben. Weiter sei geplant, auch die übrigen sozialen Dienste für betagte Wienerinnen und Wiener, die Pensionistenklubs, die Landaufenthaltsaktion, Ausflüge, und die heuer neu eingeführten "Fahrten ins Grüne", auf Grund des starken Interesses im kommenden Jahr noch weiter auszubauen.

Was die Sozialhilfe betrifft, so wurden die Mittel für Aushilfen um mehr als hundert Prozent auf 23,5 Millionen S erhöht. Diese große Steigerungsrate ist vor allem auf die Auswirkungen des am 1. März 1973 inkraft getretenen Wiener Sozialhilfegesetzes zurückzuführen. Die dadurch wesentlich erhöhten Leistungen kommen vor allem kinderreichen Familien, aber auch alleinstehenden Müttern sowie alten Menschen, die durch unerwartete finanzielle Ausgaben in eine Notlage geraten sind, zugute. Auch die Behindertenhilfe wurde von 13,8 auf 18,1 Millionen für das Jahr 1974 erhöht. Damit können vor allem die Leistungen im Rahmen der Beschäftigungstherapie erleichtert werden.

Im Rahmen des Gesundheitsschutzes und der Gesundheitsfürsorge kündigte Dr. Stacher für das kommende Jahr Röteln-Schutzimpfungen

bei den 13jährigen Mädchen in den Schulen an. Diese Impfungen erfolgen auf freiwilliger Basis ohne vorherige Röteln-Antikörperbestimmung und werden von den Schulärzten durchgeführt.

Für die Durchführung von Sehtests in den ersten Volksschulklassen und versuchsweise in Kindergärten wurde ebenso Vorsorge getroffen, wie für ein erweitertes Programm in den Gesundenuntersuchungsstellen.

Als ein echtes Problem bezeichnete der Stadtrat den Personalmangel, vor allem Schwesternmangel, in den Kranken- und Wohlfahrtsanstalten. Das "Defizit" wird 500 Planposten betragen. Was die Situation im laufenden Jahr betrifft, so mußten 2.141 Krankenschwestern durch Stationsgehilfinnen ersetzt werden, wobei 450 Pflegepersonen und über 1.600 Haus- und Küchenbedienstete Ausländer waren. Zum ersten Mal sind dieses Jahr, auf Grund des novellierten Krankenpflegegesetzes, die Krankenpflegeschulen vollbesetzt, so daß eine gewisse Entspannung der Lage in den nächsten Jahren zu erhoffen ist.

Zu den Krankenanstalten: Die veranschlagten Ausgaben ohne Investitionen belaufen sich auf 2.785 Millionen S, während die Investitionen auf dem Bausektor mit rund 482 Millionen S veranschlagt sind. Von dieser Summe werden 318 Millionen für das Allgemeine Krankenhaus, davon 290 Millionen als Anteil der Stadt Wien für den Neubau bereitgestellt. Zu erwähnen ist noch, daß für den Ausbau des medizinischen Rechenzentrums, dessen Kosten von der Stadt Wien und vom Bund je zur Hälfte getragen werden, 1,450.000 S vorgesehen sind. Für den Neubau der Krankenanstalt Rudolfstiftung werden im Jahr 1974 60 Millionen bereitgestellt. Was die psychiatrischen Krankenhäuser der Stadt Wien betrifft, so werden diese insgesamt über 3.800 Betten verfügen. In diesem Zusammenhang wies der Stadtrat besonders darauf hin, daß die Entwicklung neuer medizinischer Erkenntnisse zu einem Strukturwandel der früher "Heil- und Pflegeanstalten für Geisteskranke" genannten Krankenhäuser zu echten Krankenanstalten geführt habe.

Pflegeheime: Der Bettenstand wird 6.428 Betten betragen, die allerdings infolge umfangreicher Zu- und Umbauten nicht voll ausgenützt werden können, so daß voraussichtlich nur 5.800 Betten zur Verfügung stehen werden. Dieser Mangel mache sich stark bemerkbar, da im laufenden Jahr bereits durchschnittlich 970 Aufnahme-

anträgen nicht sofort entsprochen werden konnte. Dies wirke sich auf der anderen Seite auf die benötigte Zahl von Akutbetten aus und bringt eine medizinisch, oft nicht gerechtfertigte längere Aufenthaltsdauer mit sich. Viele Patienten bleiben nämlich in den Akutkrankenhäusern bis sie ein Bett in einem Pflegeheim bekommen. Der Stadtrat sprach sich in diesem Zusammenhang für eine forcierte Umgestaltung der großen Krankensäle in kleinere Krankenzimmer aus, um damit den alten und kranken Mitbürgern ihren Aufenthalt im Pflegeheim möglichst angenehm zu gestalten.

Abschließend kündigte er für das kommende Jahr die Durchführung einer Bestandsaufnahme an, um neue Wege zu finden, damit allen Wiener Bürgern in absehbarer Zukunft, die maximal mögliche Hilfe angedeihen zu lassen. Dies sei besonders bei den Alterskrankenhäusern und Pflegeheimen erforderlich. "Generell gesehen erscheint mir aber eine Umstrukturierung des Spitals- und Gesundheitswesens ebenso notwendig wie das nahtlose Ineinandergreifen von Gesundheitswesen und sozialer Hilfe. Durch die Neuaufgliederung der Ressorts ist hier ein wesentlicher Schritt zur Vereinfachung getan worden. Es wird in nächster Zeit unsere Aufgabe sein, klare Pläne und Schwerpunkte zu erarbeiten und dafür in Zukunft auch die finanziellen Mittel bereitzustellen", meinte er wörtlich.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

k o m m u n a l :

=====

53 neue medizinisch-technische assistenten

3 wien, 17.12. (rk) in den naechsten tagen werden 53 neue medizinisch-technische assistenten ihren laboratoriumsdienst in den verschiedenen staedtischen spitaelern antreten. im allgemeinen krankenhaus fand die diplomfeier fuer die absolventen der dortigen medizinisch-technischen schule statt: 52 maedchen und ein junger mann erhielten aus der hand von gesundheitsstadtrat dr. alois s t a c h e r ihre diplome. sieben davon haben ihre mehr als zweijaehrige ausbildung mit auszeichnung bestanden. in den naechsten tagen werden weitere diplomfeiern im lainzer krankenhaus und im preyer'schen kinderspital stattfinden, bei denen insgesamt 33 diplomkrankenschwestern und 15 radiologisch-technische assistentinnen ihre diplome erhalten werden.

bekanntlich hat heuer auf grund der neuen krankenpflegegesetznovelle (mindestausbildungsalter 15 jahre) ein ''run'' auf den krankenpflegeberuf eingesetzt. dies fuehrte dazu, dass erstmals seit zehn jahren saemtliche ausbildungsplaetze belegt sind und sogar zusaetzliche plaetze - u.a. wurde im elisabethspital eine eigene schwesternschule in betrieb genommen - geschaffen werden mussten.

wie stadtrat dr. stacher in diesem zusammenhang erklarte, koenne es bei anhalten dieses erfreulichen trends schon in den naechsten jahren zu einer merklichen reduzierung des gegenwaertigen schwesternmangels kommen. gegenwaertig sind im krankenpflagedienst der staedtischen spitaeler 6.700 planposten vorgesehen. davon sind derzeit etwa 4.200 mit diplomierten schestern und ueber 2.400 mit stationsgehilfinnen besetzt. 722 dieser schwestern sind auslaenderinnen, rund die haelfte davon kommt aus jugoslawien.

L o k a l :

=====

prokopius divisch zum gedenken

4 wien, 17.12. (rk) auf den 21. dezember faellt der 200. todes-
tag des naturforschers dr. prokopius d i v i s c h .

prokopius divisch wurde am 1. august 1696 zu senftenberg
(zamberk), einer etwa 50 km suedoestlich von koeniggraetz gelegenen
kleinen stadt, geboren. seine gymnasialstudien absolvierte er
zuerst am jesuitenkolleg zu znaim, dann am praemostratenserstift
klosterbruck. am 30. november 1720 trat er selbst in dieses kloster
ein und beschaeftigte sich neben seiner theologischen ausbildung
auch mit dem studium der naturwissenschaften.

1726 wurde er zum priester geweiht, war anschliessend als
professor der philosophie, nach einem jahr auch der theologie in
klosterbruck taetig und erlangte am 5. august 1733 an der theolo-
gischen fakultaet der universitaet salzburg den dokortitel. bis
1741 war divisch als pfarrer in brenditz, einem in der naehe von
znaim gelegenen dorf, taetig: 1742 bis 1745 war er prior in kloster-
bruck. nach seiner rueckkehr nach brenditz beschaeftigte sich divisch
neben seiner taetigkeit als geistlicher vor allem mit der hydro-
mechanik, der chemie, der akustik, dem musikinstrumentenbau, im
besonderen aber mit der elektrizitaet. er wurde bald bekannt und
folgte mehrmals einladungen franz stephans von lothringen nach wien,
wo er diesem und der kaiserin maria theresie experimente aus der
elektrizitaetslehre vorfuehrte.

am 15. juni 1754, d.h. 15 jahre vor den beruehmt gewordenen
versuchen benjamin franklins, stellte divisch im garten seines
pfarrhofes einen von ihm als ''wetterleiter'' bezeichneten blitz-
ableiter auf. sein 1755 unterbreiteter vorschlag, seine erfindung
an vielen stellen zwecks verhuetung von blitzschaeden anzuwenden,
wurde allerdings auf grund der damals von franz stephan eingeholten
gutachten abgelehnt. divischs eigenes geraet wurde von den unwissen-

den bauern zerstoert, weil sie glaubten, dieses trage an der trockenheit des sommens 1756 schuld.

neben der physik galt divischs interesse auch der musik. so baute er ein mit 790 saiten versehenes instrument, auf dem der klang verschiedener blas- und saiteninstrumente (bis zu 130 mutationen) imitiert werden konnte und das wie eine orgel bespielt wurde. in abwandlung seines eigenen namens nannte es divisoh ''denis d'or''.

divisch verstarb am 21. dezember 1773 zu brenditz. die stadt wien ehrte sein andenken durch die benennung einer gasse im 21. bezirk.

0853

L o k a l :

=====

badefreuden durch hochwasserschutz

5 wien, 17.12. (rk) im kommenden sommer werden die arbeiten fuer das wiener hochwasserschutzprojekt der wiener bevoelkerung bereits badefreuden beschieren: der bis dahin fertiggestellte teil des entlastungsgerinnes in einer laenge von 500 meter soll den erholungssuchenden zum wildbaden zur verfuegung stehen, gab stadt-rat ing. fritz h o f m a n n bei der letzten sitzung des gemeinderatsausschusses fuer stadtgestaltung und verkehr bekannt. das ausgebaggerte bett des kuenftigen entlastungsgerinnes wird vom grundwasser gefuelllt sein. zudem ist beabsichtigt, in notwendigem ausmass sanitaere einrichtungen und eventuell provisorische parkplaetze zu schaffen.

0855

l o k a l :

=====

doppeljubilaeum der wiener staedtischen versicherung

6 wien, 17.12. (rk) das kommende jahr bringt fuer die wiener staedtische gleich zwei jubilaeen: die gruendung der ''staedtischen'' als lebens- und rentenversicherung fand vor 75 jahren anlaesslich des kaiser franz josef-jubilaeumsjahres statt. aus der spaeter erfolgten fusion mit der ''wechselseitigen brandschaden'', die vor 150 jahren in wien gegrueudet wurde, ergibt sich das zweite jubilaeum. ihr rasches und ununterbrochenes wachstum beweist, dass die staedtische es immer verstanden hat, den erfordernissen wirtschaftlich so divergierender zeiten gerecht zu werden.

mit einer fotoausstellung im foyer des ringturmes beginnen die jubilaeumsaktivitaeten. die ausstellung wird von der fotogruppe ringturm bestritten, der unter anderem zwei staatsmeister, fred radler und karl schremser, angehoren. sie ist vom 7. bis 31. jaenner 1974 frei zugaenglich.

1003

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Debatte über Soziales und Gesundheit
=====

Wien, 17.12. (RK) GR. Krenn (FPÖ) stellte eingangs fest, daß der Grundsatz der Sparsamkeit auch im Gesundheitsressort Geltung haben sollte. In diesem Zusammenhang sprach er sich für eine Vergrößerung der Zahl der Klassenbetten in den Spitälern aus. Ebenso sollten die, seiner Meinung nach, derzeit viel zu niedrigen Kostensätze der Sozialversicherungsträger ehestens überprüft werden. Krenn richtete auch eine Anfrage an Stadtrat Dr. Stacher, wie hoch die Einnahmehausfälle im Bereich des Anstaltenamtes derzeit sind.

Zu den Privatspitälern: Hier urgierte der Debattenredner eine kräftigere Förderung. Mit ihrem Angebot von 4.000 Betten seien die Privatanstalten ein integrierender Bestandteil des Gesundheitswesens. Desgleichen sprach er sich für stärkere Förderungsmaßnahmen zur Niederlassung von praktischen Ärzten und Zahnärzten aus, wobei er in diesem Zusammenhang die Anfrage stellte, in welchem Ausmaß diese Maßnahmen künftighin erfolgen werden.

Zu den Krankenanstalten: Hier wurde jahrelang nur geplant, baulich jedoch wenig realisiert, das zu einer Vermehrung der Bettenzahl geführt hätte. Mit Bedauern stellte er fest, daß es nach wie vor in Wien kein entsprechendes Anstaltenkonzept gäbe.

In einem Antrag forderte er namens seiner Fraktion die forcierte Planung und den forcierten Bau von geriatrischen Krankenabteilungen. Wie er meinte, sei der Fall Dr. Kars symptomatisch für die derzeitige Situation auf dem Gebiet der Altersversorgung in Wien. Abschließend stellte er einen Antrag, demzufolge die vorgesehenen Mittel für bauliche Herstellungen von 42 Millionen auf 200 Millionen erhöht werden sollten. Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages werde seine Fraktion den Budgetentwurf ablehnen.

Dr. Maria Flemming (ÖVP) kritisierte die zu gering dotierten finanziellen Mittel für den Heimhilfedienst und sprach sich für einen stärkeren Ausbau der Hauskrankenpflege aus. Auch sie kam auf den Fall Dr. Kars zu sprechen, wobei sie den Umstand aufzeigte,

daß es in Wien derzeit 626.000 Personen gäbe, die über 60 Jahre alt und zum Teil hilflos sind. Dem gegenüber stehen nur 8.000 Plätze in Altersheimen und 2.000 in Pensionistenheimen zur Verfügung.

GR. Johanna Dohnal (SPÖ) betonte, daß jeder Wiener im Alter ein Recht auf Betreuung habe. Dies sei auch Grundsatz der sozialen Heimdienste. Dohnal verwies auf die Tatsache, daß die Pensionsversicherung außerordentlich ausgebaut wurde und daß es die Sozialistische Partei sei, die seit eh und je hinter den alten Menschen stehe.

Die Rednerin plädierte für einen weiteren Ausbau der Hauskrankenpflege. Freilich bedürfe es dazu einer Abänderung des Krankenpflegegesetzes, so daß künftig auch diplomierte Schwestern - in Zusammenarbeit mit dem Hausarzt - Injektionen geben können. Der Ärztenotdienst sollte durch den Einsatz weiterer Funkwagen verstärkt werden.

Schließlich sei es generell notwendig, daß noch mehr Menschen freiwillig Besuchsdienste bei Pflegebedürftigen übernehmen. Im 2. Bezirk habe man hier schon einen guten Anfang gemacht.

GR. Matza (ÖVP) unterstrich, daß bei den städtischen Krankenanstalten bereits erhebliche Verbesserungen erzielt werden konnten, daß jedoch durch Geld- und Personalmangel noch manche Wünsche offen bleiben. Das Pflegepersonal müsse heute auch vielfach Hilfsdienste und ein Übermaß an Schreibarbeit erledigen. Von Nachteil sei es, daß die Spitäler noch immer in die Kameralistik eingebaut seien und nicht wie moderne Betriebe mit entsprechendem Management geführt würden.

Matza kritisierte ferner, daß der enorme Mangel an Geriatriebetten noch keinen Niederschlag im Voranschlag gefunden habe.

Der Redner forderte schließlich die Abschaffung jenes "unmenschlichen Paragraphen 144" des ASVG, wonach die Sozialversicherung für unheilbar Kranke nicht aufkomme.

GR. Gertrude Härtel (ÖVP) sah zunächst in der Zusammenlegung des Gesundheits- und Sozialressorts einen Widerspruch zu der Entscheidung, wie sie durch die SP-Regierung auf Bundesebene getroffen worden war.

Generell forderte die Rednerin, daß dem "Gott Jugend nicht alles und jedes zu opfern" sei. Zur Verbesserung der Betreuung der alten Menschen habe die ÖVP-Fraktion schon viele bisher nicht berücksichtigte Alternativanträge gestellt. So werde beispielsweise seit Jahren die Umwandlung des Pflegeheimes Lainz in ein geriatrisches Krankenhaus gefordert.

An Stadtrat Dr. Stacher stellte Frau Härtel mehrere Fragen:

1. Wie steht es mit der Auswertung und dem Resultat der von Stadträtin Jacobi initiierten Befragungsaktion?

2. Wieviele geriatrische Abteilungen wurden - entsprechend der Ankündigung von Gesundheitsminister Leodolter - in den städtischen Spitälern geschaffen?

3. Wieviele Krankensäle wurden bereits zu kleineren Einheiten umgebaut?

Schließlich brachte die Rednerin zwei Anträge ein. Der eine fordert die Schaffung eines Wäscheabhol- und Zustelldienstes in Koordinierung mit "Essen auf Rädern". Der zweite Antrag verlangt die Umwandlung des sozialen Notrufes in einen ständigen Bereitschaftsdienst. Um jene Pflegebedürftigen, die kein Telefon haben, raschest betreuen zu können, sollten die Bezirkssozialreferenten Postkarten ausschicken, auf denen im Notfall Hilfe angefordert werden könne.

GR. Windhab (SPÖ) wandte sich gegen die Änderungswünsche zum ASVG. So könnten zum Beispiel nach der 29. Novelle die Krankenkassen bereits weitgehend für Vorsorgeuntersuchungen herangezogen werden. Die Ausgleichszulagerichtsätze hätten sich seit 1956 von 33 Prozent des Durchschnittseinkommens eines männlichen Arbeiters auf 47 Prozent erhöht und würden 1974 bereits rund 50 Prozent betragen.

In einer spontanen Wortmeldung nahm Stadtrat Lehner (ÖVP) Bezug auf verschiedene von GR. Dinhof (SPÖ) in der Wirtschaftsdebatte gemachten Äußerungen, wobei er ihm "grobe Unwissenheit" vorwarf. Zum Vorwurf, ÖVP-Stadträte hätten nur mehr oder weniger mitgearbeitet, meinte er, gerade unter Stadtrat Dr. Glück wären einige wesentliche Dinge im Gesundheitsressort, wie zum Beispiel die Installierung der Gesundenuntersuchungsstellen, der Baubeginn für das neue AKH und vieles andere mehr geschehen. Ebenso wies er den Vorwurf zurück, daß die erste Initiative des ÖVP-Gesundheitsstadtrates bezüglich des Sozialmedizinischen Zentrums erst 1973 ergriffen wurde.

Die ersten Planungsarbeiten dazu wären bereits 1961 aufgenommen, der Grundsatzbeschluss 1965 gefasst worden. Wie dringend der Bau des Zentrums bereits sei, könne an dem Umstand gemessen werden, daß für die 180.000 Bewohner in Floridsdorf derzeit lediglich 250 Betten im Floridsdorfer Krankenhaus bereit stünden. Die Verzögerung sei seiner Meinung nach lediglich auf die bisher zu gering dotierten Mittel zurückzuführen. Zum Krankenpflegepersonal: Auf Grund der niedrigen Verpflegsquote gebe es nach wie vor Mängel bei der Verpflegung der Krankenschwestern. Ebenso gebe es nach wie vor finanzielle Diskriminierungen beim Krankenpflegepersonal. Zur Person des neuen Stadtrates meinte er, die Zeit des Einarbeitens sei nunmehr vorbei, es gelte zu handeln. Dem vorliegenden Budgetentwurf werde seine Fraktion erstmals nicht zustimmen.

GR. Dinhof (SPÖ) wies die Vorwürfe seines Vorredners zurück. Er habe die ÖVP-Stadträte in seinen Äußerungen niemals diskriminiert. Allerdings stehe er dazu, daß es innerhalb der letzten vier-einhalb Jahre keinerlei Initiativen seitens des ÖVP-Gesundheitsstadtrates gegeben habe, um den Bau des Krankenhauses Ost zu forcieren. Gesundheitspolitik sei nicht nur eine Frage des Geldes, sondern es komme auch darauf an, wie man die diversen Institutionen führt.

Zu heftigen Zwischenrufen kam es am Beginn des nächsten Debattenbeitrages. GR. Gawlik (SPÖ) warf der ÖVP-Fraktion vor, in ihren Debattenbeiträgen lediglich Polemik geübt zu haben. Die Anträge bezeichnete er als sogenannte "Alibi" - beziehungsweise "Nachhink"-Anträge. Dies sei jedoch nichts Neues. Vordringlichste Aufgabe in der nächsten Zeit müßte es seiner Meinung nach sein, das Image der alten Menschen zu verbessern und dabei sollten alle mithelfen.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen befaßte er sich mit dem Rechnungshofbericht, wobei er in diesem Zusammenhang der gesamten ÖVP-Fraktion "Betriebsblindheit" vorwarf. Vieles von dem dabei Angeführten hätte längst schon reformiert werden können, doch sei ja seit 1959 Stadtrat Dr. Glück für das Gesundheitsressort verantwortlich gewesen.

Zur Altersheimkommission: Daß die aus dem Jahre 1949 stammende und nur aus Verboten und Geboten bestehende Hausordnung mittlerweile vermenschlicht wurde, sei keinesfalls das Verdienst des bisherigen Gesundheitsstadtrates, sondern dieser Kommission gewesen (GR. Zörner ÖVP: "Sie messen mit zweierlei Maßen"!).

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen befaßte sich Gawlik sehr eingehend mit der Behindertenhilfe. Die von der Stadtverwaltung installierten Einrichtungen seien beispielgebend. Dies gelte im besonderen für den sogenannten "geschützten Wohnraum" im Rahmen der Beschäftigungstherapie, der ein Novum innerhalb Österreichs darstellt. Gerade durch die veränderte Familienstruktur - die bisherige Großfamilie wurde durch die Industrialisierungswelle vernichtet - müsse die öffentliche Hand mehr denn je helfend eingreifen.

Was den Bekanntheitsgrad und die Aktivität der sozialen Dienste betrifft, so führen die Pensionistenheime vor der Urlaubsaktion, den Pensionistenklubs und der Ausflugsaktion, gefolgt von der Aktion "Essen auf Rädern", den Pflegeheimen und den Beratungsstellen. Die Maximen der Sozialarbeit müßten auch weiterhin "Hilfe ohne Diskriminierung" und "individuelle Hilfe" für den Einzelnen sein.

Grundsätzlich verwies Stadtrat Dr. Stacher in seinem Schlußwort auf seine bereits gemachte Aussage, zunächst die Diagnose stellen und dann die Therapie für eine Strukturänderung des Gesundheits- und Sozialwesens erarbeiten zu wollen. Ein medizinischer und sozialer Plan für eine Umstrukturierung fehle bisher, dies sei die Aufgabe für das nächste Jahr. Diese Strukturänderung müsse natürlich auch Detailfragen wie Privat- und Klassebetten, eine Umwandlung des Altersheimes Lainz in ein Geriatriespital und die Forcierung des Umbaus von Krankensälen in kleinere Einheiten (ein Großteil sei bereits umgebaut, derzeit seien 8 Säle in Arbeit) einschließen.

Zu den Vorwürfen von Frau Dr. Kars: Ihre grundlegenden Überlegungen seien richtig, ein einseitiger Vorwurf gegen die Gemeinde Wien sei jedoch nicht zielführend. Gemeinde, Ärztekammer und die Mitbürger müssen dazu beitragen, das Problem zu lösen.

Prästationäre Behandlung: Sie soll forciert werden, wie es bereits der Bürgermeister in seiner Antrittsrede angekündigt habe.

Ärztenotdienst: In etwa einem halben Jahr würde ein durchgehender Dienst, auch in der Nacht, zur Verfügung stehen. Einige noch offene Probleme könnten gelöst werden.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ wurde der Voranschlag der Geschäftsgruppe IV (Soziales und Gesundheit) angenommen. Der ÖVP-Abänderungsantrag betreffend Erhöhung der Mittel für bauliche Herstellungen fand keine Mehrheit. Ein FPÖ-Antrag und zwei ÖVP-Anträge werden zugewiesen, zwei FPÖ-Anfragen werden schriftlich beantwortet.

- - - - -

Stadtgestaltung und Verkehr

=====

Wien, 17.12. (RK) Das zweite Referat am Montag hielt Stadtrat Ing. Fritz Hofmann zur Geschäftsgruppe V, Stadtgestaltung und Verkehr. Den Schwerpunkt seiner Ausführungen bildeten dabei die aus der weltweiten Treibstoffkrise resultierenden neuen Aspekte und Maßnahmen: Seiner Meinung nach sei diese Krise keineswegs bloß eine Episode, die zugleich mit der Beendigung der Nah-Öst-Krise vorbeigehen werde. Man stehe auf dem Energiesektor vor weitreichenden Veränderungen und einer mehrjährigen Anpassungsphase.

Schon die kurze Zeit eines spürbaren Engpasses habe der Öffentlichkeit vor Augen geführt, daß die Wiener Massenverkehrsmittel im Ernstfall ungeheure Belastungen tragen müßten. Da gleichzeitig offenbar eine Eindämmung des Autokultes von der Öffentlichkeit akzeptiert werde, müßten nun vernünftige Lösungen anvisiert werden, um dem öffentlichen Verkehr eine weitere Vorrangstellung einzuräumen, und zwar nicht bloß langfristig, sondern ebenso kurz- und mittelfristig. Dabei dürfe freilich nicht übersehen werden, daß auch für die Zukunft eine zeitgemäße Grundausstattung an Straßen benötigt werde. Dabei werde Bedacht darauf zu nehmen sein, daß der überörtliche Verkehr gebündelt, die Störung der Wohnbereiche vermindert und der Individualverkehr aus überlasteten Gebieten und überall dort, wo durch öffentliche Verkehrsmittel eine ausreichende Versorgung geboten ist, zurückgedrängt wird. Vor allem gelte dies zunächst für den Bereich der City.

Die beste Zusammenarbeit zwischen öffentlichem und privatem Verkehr, fuhr Hofmann fort, sei ein umfassendes Park-and-Ride-System. In den locker bebauten peripheren Zonen der Stadt sowie für den Erholungsverkehr sei das private Auto nur schwer zu ersetzen. Eine Zurückdrängung des Individualverkehrs aus den Zentralbereichen biete jedoch die Chance einer Wiedergewinnung der Urbanität und der Ausgestaltung des Stadtbildes. Zu den Maß-

nahmebündel sei außer den Fußgängerzonen auch der Garagenbau zu zählen.

Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs müsse also forciert werden. Schon in nächster Zeit würden die zuständigen Organe der Stadt über weitere Ausbaumaßnahmen für die U-Bahn zu entscheiden haben. Zudem werde überall dort, wo es möglich und sinnvoll ist, die Straßenbahn durch die Schaffung eigener Bahnkörper oder von Straßenbahnstraßen ebenso wie durch ein Beschleunigungsprogramm forciert werden. In diesem Maßnahmenkatalog gehöre überdies auch die Weiterarbeit für einen Verkehrsverbund.

Trotz einem solchen eindeutigen Bekenntnis zum öffentlichen Verkehr und der Zielsetzung, zu seinen Gunsten rasch Maßnahmen zu setzen, müsse die Planung jedoch weiterhin die Probleme der sogenannten Vollmotorisierung beachten. Vielleicht werde es zufolge der Energiekrise zu einer Verzögerung und möglicherweise auch zu Fahrzeugen mit veränderten Antriebsarten kommen, doch müsse der künftige Parkplatzbedarf bedacht werden. So fehlten vor allem 100.000 bis 120.000 Einstellmöglichkeiten für die Fahrzeuge der Wohnbevölkerung.

Was die Planung und Gestaltung von Fußgängerzonen im kommenden Jahr angehe, kündigte Stadtrat Hofmann die Ausgestaltung der Kärntner Straße samt einigen Seitengassen und eines Teiles der äußeren Favoritenstraße an. Zudem würden weitere Vorschläge für Fußgängerzonen und Verkehrsarme Zonen geprüft.

Hofmann erinnerte sodann daran, daß 1974 die 70. Wiederkehr der Festlegung des Wald- und Wiesengürtels durch den Wiener Gemeinderat sein werde. In diesem Zusammenhang würden zusätzliche Erweiterungen und Sicherungsmaßnahmen zur Abrundung des Wald- und Wiesengürtels, besonders in den Gebieten am linken Donauufer, wie zum Beispiel für den Bisamberg oder die Lobau, dem Gemeinderat zur Beschlußfassung vorgelegt. Auch von dem Wettbewerb für den Wiener Donaauraum erwarte er sich starke Impulse für die Ausgestaltung von Erholungsflächen und Freizeiteinrichtungen.

Selbstverständlich würden zur Sicherung des kulturellen Erbes Wiens weitere Schutzzonen, von denen es bereits elf gäbe, geschaffen werden. Die nächsten Vorhaben würden Mauer und Nußdorf betreffen.

Der Stadtrat gab in seinem Referat auch einen Rückblick über die Tätigkeit der alten Planungsgruppe und führte aus, daß unter anderem das Verkehrskonzept für Wien, die Leitlinien für die Wirtschaftspolitik und jene für die Stadtentwicklung vorgelegt worden seien. Die "Wiener Stadtentwicklungsenquete" habe überdies eine Fülle fruchtbarer Anregungen gebracht. In diesem Zusammenhang erklärte Hofmann, daß sich die Stadtverwaltung selbstverständlich um eine Fortsetzung des Partizipations- und Demokratisierungsprozesses bemühen werde. Dazu zählten auch Bürgerinitiativen. Freilich dürfe nicht übersehen werden, daß es immer wieder zu Interessenskollisionen zwischen kleineren lokalen Gemeinschaften und der Stadtverwaltung, die das Gesamtwohl im Auge haben müsse, kommen werde. Es würden jedoch alle Möglichkeiten der Dezentralisation gemeinsam mit den Bezirksvertretungen geprüft werden.

Hofmann hob auch die Bedeutung der Planungsgemeinschaft Wien-Niederösterreich hervor, meinte jedoch, daß sich Niederösterreich in manchen Fragen deutlich zurückhalte.

Für den U-Bahn-Bau stünde 1974 ein Rekordbudget von 1.874 Millionen Schilling zur Verfügung. Im kommenden Jahr würden die Rohbauarbeiten zwischen Stephansplatz und Paulanergasse abgeschlossen, bis Mitte 1974 die Musterstation Taubstummengasse samt der Garage Waltergasse fertiggestellt, das sechsgeschossige Verkehrsbauwerk Südtiroler Platz im Rohbau vollendet und die Bauarbeiten im Bereich Graben-Stephansplatz zügig fortgesetzt werden. Im Frühjahr werde zudem der U-Bahn-Bau auch im Bereich Nestroyplatz, im Sommer im Abschnitt Landesgerichtsstraße-Deutschmeisterplatz seinen Anfang nehmen.

Für den Straßen- und Brückenbau - die Mittel des Bundes und der Stadt zusammengenommen - könnten 1974 1.146 Millionen Schilling ausgegeben werden. Fünf große Projekte würden im kommenden Jahr fertiggestellt werden: Das Straßensystem im Bereich der WIG, der Verteilerkreis der Autobahnanschlußstelle Favoritenstraße, die Niveaufreimachung der Altmannsdorfer Straße, der Ausbau der Klosterneuburger beziehungsweise Heiligenstädter Straße und die Unterführung der Simmeringer Hauptstraße vor Schwechat.

Debatte "Stadtgestaltung und Verkehr"

Als erster Debattenredner vermißte Gemeinderat Doktor Hirnschall (FPÖ) die Konzentration in der Stadtplanung auf wesentliche Dinge. Durch viele und gar nicht wichtige Studien seien viel Zeit und Geld verzettelt worden, während so wichtige Fragen wie etwa die des S-Bahn-Ausbaues und im speziellen die Nutzung der Vorortlinie bislang unbeantwortet geblieben seien. Auch was den Verkehrsverbund anlange, habe man Zeit vertan und zudem habe es den Anschein, daß die ÖBB offenbar ihre eigenen Chancen nicht erkennen. Dabei sei es gerade heute von größter Wichtigkeit, dem Autofahrer entsprechende Alternativen anzubieten, wofür die Straßenbahn wohl nur vereinzelt geeignet sei. Hirnschall stellte den Antrag, der Stadtsenat solle Verhandlungen mit der Bundesregierung über den Ausbau der S-Bahn aufnehmen.

Auch der Individualverkehr sei planerisch nicht gut erfaßt. Das Bundesstraßengesetz 1971 würde bei einer völligen Realisierung mehr Schaden als Nutzen stiften. Trotzdem habe die Stadtplanung bisher nichts zu seiner Novellierung unternommen. Seiner Meinung nach sei eine Reihe von Vorhaben unnötig und daher beantrage er eine Reduzierung des vorgesehenen Stadtautobahn- und Schnellstraßennetzes. Auch beim Hochwasserschutz und Inselprojekt scheine das Baugeschehen der Planung davonzulaufen. Noch immer fehle ein Gutachten über die Ökologie und die Hearings, von denen eines schon stattgefunden habe, kämen um Jahre zu spät. Ähnliches gelte auch für die Planung der zweiten Piste des Wiener Flughafens. Schließlich warf Dr. Hirnschall noch die Frage auf, ob alle Mitglieder des Fachbeirates für Stadtplanung die gesetzliche Voraussetzung erfüllen, daß sie nämlich in keinem rechnungspflichtigen Verhältnis zur Stadt stehen.

GR. Dr. Peter Mayr (ÖVP) meinte, gerade im Planungsgeschehen müsse der Informationsgrad für alle gleich sein. Er bemängelte es, daß noch immer das städtebauliche Grundkonzept Roland Rainers aus dem Jahr 1961 als Basis für alle Vorhaben gelte, obwohl es doch so flexibel gefaßt sei, daß es auf alles passe. Es sei also ein neuer Generalplan nötig. Bezüglich der Entwicklungsplanung sei es so, daß zwar zahlreiche Aufträge vergeben seien, aber dem Gemeinde-

rat noch immer kein Plan vorgelegt worden sei. So gebe es beispielsweise ein Entwicklungskonzept für die City, das Wiental und den Donaukanalbereich, die offenbar derzeit von der Verwaltung bearbeitet würden. Seiner Meinung nach sollten prinzipiell solche Studien dem zuständigen Ausschuß zugleich mit den von der Verwaltung erarbeiteten Alternativvorschlägen vorgelegt werden.

Dr. Peter Mayr bemängelte überdies, daß beispielsweise zwar verschiedene Detailaufträge für die Gestaltung der Fußgängerzonen in den verschiedenen Ausschüssen behandelt worden seien, kein Gremium jedoch mit der Gesamtplanung befaßt worden sei. Was den Karlsplatz angehe, so gebe es zwar viele Pläne, aber kein Gesamtkonzept. Im Zusammenhang mit den diversen Bezirksplänen stellte der Redner den Antrag, die von der Stadt erworbenen Wienerberggründe sollten zu einem Naherholungsgebiet ausgebaut werden.

GR. Krenn (FPÖ) machte aufmerksam, daß auf einem Areal im 3. Bezirk, das als Grünland gewidmet ist, für die Unido ein Bürogebäude errichtet werden soll, und brachte die schriftliche Anfrage ein, was zum Schutz dieser Grünzone unternommen werden wird.

Im Anschluß daran beschäftigte sich GR. Daller (ÖVP) mit der Sanierung der Alten Donau. Im kommenden Budget sei kein Geld dafür vorgesehen. Die Öffentlichkeit sei in den vergangenen Jahren mehrmals über die Qualität des Wassers getäuscht worden, indem nur günstige Untersuchungsergebnisse veröffentlicht worden seien. Der Redner verlangte eine ständige Kontrolle der Wasserqualität und die Veröffentlichung der Ergebnisse. Auf den Bau der zweiten Flugpiste zu sprechen kommend, erklärte Daller, daß nach einem Gutachten von Professor Bruckmayer durch die Piste 16/36 mehr Menschen von dem Lärm betroffen würden als durch die verschwenkte Piste 01/19. Es sei überdies unbegreiflich, daß die Gemeinde Wien im Bereich der Einflugschneise zwei große Wohnhausanlagen in der Ziegelhofstraße und in der Quadenstraße beschlossen habe.

Planung werde von Menschen für Menschen gemacht, Menschen könnten aber Fehler machen, erklärte GR. Hermine Fiala (SPÖ) in ihrem Beitrag, in dem sie ausführlich auf die Ergebnisse der heuer abgeschlossenen Stadtentwicklungsenquete einging. Für die künftige Stadtstruktur werde es von großer Bedeutung sein, daß keine Bevölkerungsgruppen in eine Isolierung geraten, sei es dem Alter,

der Herkunft oder dem Berufe nach. Auf eine Erweiterung der Bildungseinrichtungen, von den Kindergärten bis zu den Institutionen der Erwachsenenbildung werde ebenso großer Wert zu legen sein wie auf maximale Freizeiteinrichtungen. Neben dem Ausbau der Massenverkehrsmittel müßte für den Individualverkehr ein System gebündelter Verkehrsträger ausgebaut werden. Für die Entwicklung der Wirtschaft sei mit der Aktion der Betriebsansiedlungen zweifellos der richtige Weg eingeschlagen worden. Neben reiner Luft, reinem Wasser und Schutz vor dem Lärm müßten den Wienern relative Sicherheit vor Umweltgefahren geboten werden, deshalb bekennen sich die Sozialisten zum Projekt des absoluten Hochwasserschutzes.

Zur Stadtentwicklung sei es notwendig, die Mitsprachemöglichkeiten der Bezirksvertretungen aber auch der betroffenen Bürger selbst zu erweitern. Zur Stadterneuerung werde es aber vordringlich sein, mit dem Bodenwucher Schluß zu machen. Es sei zu hoffen, daß das Parlament ein Bodenbeschaffungsgesetz bald beschließen werde.

GR. Hoffmann (ÖVP) beschäftigte sich mit der Verkehrsplanung sowie deren Verwirklichung. Auch er sei für eine Vorrangstellung des öffentlichen Verkehrs und eine Verminderung des Individualverkehrs. Jedoch dürfe keine "Brückenverbrennung" beim Individualverkehr einsetzen, ansonsten würden die Gemeinderäte einmal aus ihren Bänken verjagt, wenn einmal - wovon er überzeugt sei - ein neuer Treibstoff gefunden sein würde. Hoffmann bedauerte, daß dem Gemeinderat das Straßenbaukonzept des Bundes nie vorgelegt worden sei und beklagte es, daß zur Schaffung der vom Stadtrat als notwendig bezeichneten Parkplätze für die Wohnbevölkerung keine Mittel vorgesehen seien.

Ob nun die Gürtelautobahn und die Donaukanal-Schnellstraße gebaut werden, wollte der Redner vom Stadtrat erfahren und auch, wann endlich die Planung für den Verkehrsknoten Philadelphiabrücke, die gleichsam ein Beweis für das Versagen von "roten" Planungsstellen untereinander darstelle, fertig werde. Was den U-Bahn-Bau angehe, so sei auch seine Fraktion für dessen Forcierung. Hoffmann stellte den Antrag, die U 1 vom Reumannplatz nach Ober-Laa zu verlängern und auf der Donauländebahn einen S-Bahn-Betrieb aufzunehmen. Der städtische Brückenbau, fuhr er fort, sei gleichsam von Schwindsucht betroffen, weil sein Budget immer geringer werde. Das gleiche

treffen für den städtischen Straßenbau zu, dessen Anteile am Gesamtbudget von 1971 bis 1974 von 1,42 auf 1,09 Prozent gesunken sei. Dabei sei nicht einmal die Preissteigerung im Tiefbau von 40 Prozent berücksichtigt. Von den steigenden Wiener Anteilen an den Erträgen der Mineralölsteuer profitiere also der städtische Finanzreferent.

Wenn nunmehr Planung und Baudurchführung in einer Geschäftsgruppe vereinigt sind, so werde das die Fertigstellung von Vorhaben wesentlich beschleunigen, erklärte GR. Ing. Nedwed (SPÖ).

In der Stadtplanung werde man weiterhin daran festhalten, die Untersuchungen von Wissenschaftlern heranzuziehen. Wertvolle Dienste haben in dieser Hinsicht bereits bisher das Institut für Stadtforschung, das Institut für Raumplanung, Hochschulinstitute und Planungsbüros geleistet. Was die Stadtentwicklung betreffe, werde der Stadterneuerung zweifellos der Vorrang einzuräumen sein. Grundvoraussetzung dafür sei aber ein entsprechendes Bodenbeschaffungsgesetz. Mit dessen Hilfe werde es auch möglich sein, starke soziale Differenzierungen, die es noch immer in verschiedenen Stadtgebieten gebe, schrittweise aufzuheben. Mehr Mitbestimmung werde es geben müssen. Das werde aber vor allem eine Frage sein, die im Bereich der Bezirksvertretungen zu lösen sei. Mitbestimmung dürfe kein Tummelplatz für Sektierer und Vereinsmeier werden. Interessensgruppen, deren Interessen durch irgendwelche Vorhaben beeinträchtigt würden, könnten jedoch, einer Ankündigung von Bürgermeister Gratz entsprechend, mit der Unterstützung der Stadtverwaltung rechnen.

Zum Verkehrsproblem meinte der Redner, daß das Umdenken bereits eingesetzt habe, wonach dem öffentlichen Verkehr ein Vorrang eingeräumt werden müsse. Andererseits könne es nicht zur totalen Einschränkung des Individualverkehrs kommen, schon deshalb, weil 42 Prozent davon auf den Wirtschaftsverkehr entfallen. Eine starke Verbesserung werde die U-Bahn bringen. Durch Vorverlegung der Eröffnung der ersten Linien werde die Bevölkerung mehr Verständnis für die Behinderungen und Belästigungen im Zuge der Bauarbeiten aufbringen.

Daß in Wien die U-Bahn langsamer gebaut werde als anderswo, stimme einfach nicht, betonte der Redner. Neben Spitzenleistungen beim Tunnelvortrieb von 20 Meter pro Tag hätten Durchschnittsleistungen von 9,5 bis 10 Meter erzielt werden können. An der Oberfläche sei freilich die Leistung nicht im vollen Ausmaß erkennbar. Man sehe zum

Beispiel nicht, daß die U-Bahn-Röhren vom Stephansplatz bis zum Columbusplatz bereits vorgetrieben sind. Es sei auch kein Zufall, daß aus aller Welt Techniker und Fachleute nach Wien kommen - bereits mehr als 8.000 - die unsere Baumethoden studieren. Unseren Technikern und Arbeitern und allen Mitarbeitern auf den U-Bahn-Baustellen sei daher der herzlichste Dank auszusprechen.

Als letzter Debattenredner meldete sich noch einmal GR. Daller (ÖVP), der sich neuerlich mit der zweiten Piste für Schwechat befaßte und erklärte, aus dem Akt gehe hervor, daß eine Verschwenkung günstiger sei als die vorgesehene Piste. Außerdem habe sich auch Bürgermeister Gratz für eine Prüfung eingesetzt.

Im Schlußwort ging Stadtrat Ing. Hofmann auf die an ihn gestellten Fragen ausführlich ein: Bei der Gürtelautobahn müsse man heute Überlegungen anstellen, doch sei auch der heutige Zustand unbefriedigend. Die S 2 (Donaukanalschnellstraße) wiederum sei so vorgesehen, daß sie im dicht verbauten Gebiet als Einbahn auf den heutigen Straßenflächen geführt werden soll. Was die beiden neuen Donaukanalbrücken angehe, seien Verhandlungen im Gange, damit der Bund deren Finanzierung übernehme. Für den Verkehrsknotenpunkt Philadelphiabrücke gebe es eine Reihe von Vorschlägen, und es werde eine große Lösung angestrebt. Keineswegs könne man von einer Diskoordinierung zwischen den ÖBB und den Wiener Planungsstellen sprechen, wie ja überhaupt die Gesprächsbereitschaft mit Wien erst seit der Ministerschaft Frühbauer beziehungsweise Lanc besser geworden sei.

Das Grundnetz der U-Bahn, fuhr Hofmann fort, solle bis 1980 in Betrieb stehen, der erste Teil trotz technischer Schwierigkeiten schon Ende 1977 benützt werden können. Was die Verlängerungen beziehungsweise die zweite Ausbaustufe angehe, so würden demnächst die zuständigen Gremien über fünf verschiedene Varianten zu entscheiden haben.

Die Sicherung des Bestandes der Alten Donau sei am besten durch das jetzt in Ausführung begriffene Hochwasserschutzprojekt gewährleistet.

Wegen der zweiten Flugpiste für Schwechat seien neuerliche Gespräche mit dem Bund im Gange. Es soll ein zusätzliches Gutachten erstellt werden, weil gewisse Zweifel an den vorhandenen Expertisen aufgetaucht seien.

Auch er sei mit dem Städtebaulichen Konzept aus dem Jahr 1961 unzufrieden und habe deshalb die Diskussion über die Leitlinien eingeleitet, erklärte der Stadtrat. Er hoffe auf einen Abschluß im kommenden Jahr. Zum Ankauf der Wienerberggründe: ein Teil davon sei ohnedies als Wald- und Wiesengürtel gewidmet. Die Behandlung der City-Fragen, hob Hofmann hervor, würde einvernehmlich mit der Kammer geschehen, wobei die jetzige Kompetenzaufteilung die ehemalige Zersplitterung aufgehoben habe. Beim Verkehrsverbund sei man durch den Vorvertrag mit dem Bund einen Schritt weitergekommen, doch müsse man sich darüber im klaren sein, daß der Verbund nicht bloß einer zwischen den ÖBB und den Wiener Verkehrsbetrieben, sondern einer zwischen Bund, Wien, Niederösterreich und Burgenland im Interesse der Konsumenten und nicht der Verkehrsträger sein müsse. Das Bundesstraßengesetz 1971 solle man seiner Meinung nach schon deshalb in den Grundzügen nicht antasten, weil die Vorhaben in den beiden ersten Dringlichkeitsstufen tatsächlich für Wien vordringlich seien.

Auch bei der Neufassung der Wiener Bauordnung müsse man sich fragen, ob man vom Grundsatz des heiligen Grundeigentums nicht abgehen müsse, damit nicht bloß die zufälligen Grundeigentümer sondern die wirklich betroffenen ein Mitspracherecht erhalten könnten. Er, fuhr Hofmann fort, bekenne sich zu den strengen Sicherheitsbestimmungen in der Bauordnung und daher auch dazu, daß die Errichtung von Kaminen auch in zentralbeheizten Wohnhäusern notwendig sei. Als seinerzeit im zuständigen Ausschuß die Baupolizei von dem Verzicht auf die Kannbestimmung berichtete, hätte dem auch der heutige Stadtrat Neusser zugestimmt, der in der Fernsehsendung eine andere Rolle gespielt habe.

Auch die Stellung der Mitglieder des Fachbeirates müsse bei der Neufassung der Bauordnung überlegt werden. Es dürfe jedoch nicht zu einer negativen Auslese kommen.

Was schließlich den beabsichtigten Bau eines UNIDO-Gebäudes betreffe, so wisse er davon, und auch davon, daß das Bauvorhaben mit einer geringfügigen Abweichung der heutigen Widmung entspreche. Er würde mit dem Bezirksvorsteher, der einen Einspruch erhoben habe, weitere Gespräche führen, kündigte Hofmann an.

Abstimmung: Die Ansätze des 5. Hauptstückes wurden mit den Stimmen der SPÖ angenommen. Die Zuweisung der Anträge an die Ausschüsse erfolgte einstimmig.

Die Beratungen über das Wiener Budget werden morgen, Dienstag, um 9 Uhr, mit den Kapiteln 6, Umwelt und öffentliche Einrichtungen (Referent Stadtrat Peter Schieder) und 7, Wohnen und Liegenschaftswesen (Referent Vizebürgermeister Hubert Pfoch) fortgesetzt.

(Ende des Sitzungsberichtes.)

- - -

k o m m u n a l :

=====

6,5 millionen fuer fussgaengerzone

8 wien, 17.12. (rk) fuer die ausgestaltung der fussgaengerzonen in der kaerntner strasse, der aeusseren favoritenstrasse und auf dem rathausplatz hat der gemeinderatsausschuss fuer stadtgestaltung und verkehr am montag insgesamt 6,5 millionen schilling genehmigt.

ueberdies wurde eine beteiligung der stadt wien an einer umwelt-schutzausstellung beschlossen, die gemeinsam von der gemeinde und dem wirtschaftsfoerderungsinstitut im foyer der wiener stadthalle in der zeit vom 4. jaenner bis 10. maerz abgehalten wird. die kosten dafuer werden 250.000 schilling betragen.

1117

w i r t s c h a f t :

=====

zusaetzliche fahrzeuge fuer die verkehrsbetriebe

14 wien, 17.12. (rk) stadtrat franz nekula verhandelte montag mit vertretern der wiener fahrzeugbau-industrie ueber zusaetzliche auftraege, die von den wiener verkehrsbetrieben vergeben werden. die bestellungen von weiteren strassenbahnwagen und autobussen erfolgen im rahmen des erneuerungs- und erweiterungsprogramms der verkehrsbetriebe. stadtrat nekula hat mit finanzstadtrat hans mayr vereinbart, dass dafuer zusaetzlich 143 millionen schilling fluessig gemacht werden. dieser betrag soll nicht nur der verbesserung des oeffentlichen verkehrs dienen, sondern auch einen impuls fuer die einschlaegige industrie bringen, deren entwicklung derzeit unbefriedigend ist.

1415

L o k a l :

=====

26 zentimeter schnee in wien

13 wien, 17.12. (rk) seit einbruch des winters sind in wien 26 zentimeter schnee gefallen, allein in der nacht auf samstag 12 zentimeter. wie immer, so waren auch diesmal insbesondere die westlichen randbezirke stark betroffen. heute, montag, begann es um 5.30 uhr bei einer temperatur von plus 5 grad celsius zu regnen. das vorlaeufige ende des schneefalls bedeutet aber nicht, dass die stadtverwaltung es leichter haette, die strassen fuer den verkehr von schnee und schneematsch freizuhalten. am montag waren insgesamt 1.253 betriebsbeamte und arbeiter mit der reinigung der strassen beschaeftigt. 29 schneepfluege sind im einsatz, ferner 13 streufahrzeuge und 16 lastkraftwagen.

1409

Rathaus-Korrespondenz

gegründet 1861



Dienstag, 18. Dezember 1973

Blatt 2460

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Fortsetzung der Budgetdebatte (Geschäftsgruppe VI, Umwelt und öffentliche Einrichtungen, Stadtrat Peter Schieder, Geschäftsgruppe VII, Wohnen und Liegenschaftswesen, Vizebürgermeister Hubert Pfoch)
 Im Jänner Gespräche Wien-Niederösterreich
 Der "Maulwurf" wieder im Ziel
 Keine Kunststoffsärgе in Österreich

Kommunal/Wirtschaft: Wechsel in der Geschäftsführung des "Bauring Wien"

Lokal/Sport: Himmelhof-Lift pro Fahrt zwei Schilling

Chef vom Dienst 42 800/2971 Durchwahl

Kommunal:Fortsetzung der Budgetdebatte

(Umwelt und Öffentliche Einrichtungen)

Wien, 18.12. (RK) Eine "Umweltschutz-Luftzentrale" für Wien kündigte der neue Stadtrat für Umwelt und öffentliche Einrichtungen, Peter Schieder (SPÖ), in seinem Referat in der Budgetdebatte am Dienstag im Gemeinderat an. An drei Stellen in der Bundeshauptstadt sollen messende und selbstregistrierende Schwefeldioxyd-Monitoren aufgestellt werden. Sie werden durch Telemetrie ständig mit der Zentral verbunden sein. Der SO_2 Gehalt der Luft in diesen Bereichen wird daher jederzeit abgefragt und kontrolliert werden können.

Schieder bekannte sich dazu, die Öffentlichkeit über die Umweltsituation laufend zu informieren. Es dürfe in Wien keine Geheimökologie geben. Der Stadtrat kündigte die rasche Veröffentlichung von Ergebnissen und die sofortige Bekanntgabe von Maßnahmen an.

Sehr viel werde im kommenden Jahr auf dem legislativen Gebiet zu tun sein. Neben der Mitarbeit an Bundesgesetzen sollen im kommenden Jahr unter anderem folgende landesgesetzliche Vorhaben realisiert werden:

- o Das Wiener Garagengesetz - mit einem Verbot der Errichtung von Tankstellen in reinen Wohnvierteln
- o Die Novellierung des Gesetzes über Kanalanlagen und Einmündungen
- o Ein Abfallbeseitigungsgesetz
- o Die Novellierung des Feuerpolizeigesetzes im Sinne einer verbesserten Luftreinhaltung
- o Das Grünlandschutzgesetz. Dieses Gesetz soll schon in den nächsten Monaten dem Landtag vorgelegt werden.

Weitere Schwerpunkte zur Sicherung und Verbesserung einer gesunden Umwelt: Besonderes Augenmerk werde nach Schieder im kommenden Jahr dem Lärmschutz und der Lärmschutzvorkehrung gewidmet werden. In Zusammenarbeit mit den Wiener Nationalräten und Bundesräten werde sich die Stadt Wien bemühen, daß die Empfehlungen des

Europarates, - zum Beispiel ein generelles Verbot der Überschallflüge - vom Bundesgesetzgeber rasch behandelt werden. Der neue Umweltstadtrat deponierte gleich zu Beginn seiner Rede die Feststellung, daß viele Probleme von der Stadt Wien nicht allein gelöst werden können. In manchen Bereichen seien auch bundeseinheitliche Regelungen zu wenig. Die internationale Zusammenarbeit werde dringend notwendig sein. Die Dimension der Probleme verlange, neben einem ständigen Dialog mit den anderen Bundesländern, intensiven Kontakt mit der Regierung, der UNESCO, dem Europarat und dem internationalen Städtebund, eine enge Kooperation mit anderen Millionenstädten in aller Welt.

Das relativ gute Zeugnis, das den Wiener Umweltverhältnissen ausgestellt werden kann, dürfe nicht dazu führen, in Selbstzufriedenheit zu verfallen oder gar die Umweltprobleme zu unterschätzen.

Nach den Vorstellungen von Stadtrat Schieder soll der Beirat für Fragen des Umweltschutzes in Wien seine Tätigkeit verstärkt fortsetzen. Dieser Beirat habe die Aufgabe, die Stadtverwaltung in grundsätzlichen Fragen des Umweltschutzes zu beraten, eine langfristige Umweltschutzkonzeption auszuarbeiten und Vorschläge und Empfehlungen für Maßnahmen zu erstatten.

Im Zusammenhang mit der Beseitigung von Autowracks verstärkte Stadtrat Schieder eine Überlegung, die Bürgermeister Leopold Gratz vor einigen Monaten angestellt hatte: Man sollte überdenken, meinte der Stadtrat, ob man nicht für die Beseitigung dieser Fahrzeuge private Firmen stärker heranziehen könne.

Die Frage, was uns eine bessere Umwelt wert ist, könne nicht der Stadtsenat oder Gemeinderat beantworten. Es werde eine Antwort der gesamten Wiener Bevölkerung sein müssen.

Dem Presse- und Informationsdienst werde die wichtige Aufgabe zukommen, den Kontakt zwischen der Stadtverwaltung und den Bewohnern Wiens zu pflegen und die Medien für ihre Berichterstattung wahrheitsgetreu und umfassend zu informieren.

Seine Neugestaltung und Umorganisation werde unerläßlich sein, soll er diesen Aufgaben entsprechen. Schieder kündigte an, daß sich die Stadt Wien eingehend mit der Medienpolitik beschäftigen werde. Die Problemkreise ORF-Reform, Landesstudio Wien, Wochenschau, neue elektronische Medien und Massenmedienrecht müßten hier einbezogen werden.

./.

Schieder wies den Vorwurf zurück, daß der Presse- und Informationsdienst in der Vergangenheit indirekt Propaganda für die SPÖ betrieben habe: Das Informationswesen habe über die Aktivitäten der Stadt zu informieren. Wenn viele Maßnahmen in Wien dann für eine Partei sprächen und dadurch für sie würben, dann läge es nicht am Informationsdienst, sondern wahrscheinlich an der Qualität der Maßnahmen und an der Politik dieser Partei.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

Kommunal:Fortsetzung der Budgetdebatte

(Wohnen und Liegenschaftswesen)

Wien, 18. 12. (RK) Vizebürgermeister Hubert Pfösch gab Dienstag nachmittag einen umfassenden Überblick über sein Ressort Wohnen und Liegenschaftswesen (Geschäftsgruppe VII), dessen Budgetansatz im Voranschlag 1974 mit 28,3 Milliarden Schilling beziffert ist.

Mit einer entsprechenden Dotierung der Hochbauvorhaben, insbesondere auf dem Wohnbausektor, werde die Wirtschaft im kommenden Jahr wertvolle Impulse erhalten. Darüber hinaus werde ein maßgeblicher Beitrag zur Erhaltung der Vollbeschäftigung geleistet.

Die Schwerpunkte auf dem Hochbausektor: Neubau AKH (Fertigstellung der zweiten Ausbaustufe), Neubau Rudolfsstiftung, Sport- und Bäderbauten, Schulen, Wohnbauten.

Auch 1974 werden wieder 5.000 städtische Wohnungen gebaut werden, betonte Pfösch. Mindestens ebensoviele werden gefördert und durch gemeinnützige Wohnbau- und Siedlungsgenossenschaften sowie Einzelbewerber gebaut werden.

Pfösch nannte zwei Ursachen dafür, daß im Wohnhausbau 1973 nicht alle bereitgestellten Mittel voll verwendet werden konnten: Den Mangel an baureifen Gründen und die stark überhöhten Baupreise.

Ausführlich befaßte sich der Vizebürgermeister mit dem Problem der Bodenpolitik. Die Schwierigkeiten würden deutlich durch die Tatsache, daß etwa für den Bau von 5.000 Wohnungen, einschließlich der erforderlichen Infrastruktur, rund eine Million Quadratmeter Grundflächen notwendig sind. Das entspricht etwa der Fläche der Josefstadt.

Pfösch: "Das so viel gerühmte freie Spiel der Kräfte, bei dem das Angebot und die Nachfrage den Preis bestimmen, ist erstens nicht frei und zweitens kein Spiel. Es nützt vielmehr ... einer kleinen Gruppe von Spekulanten, die weit über bürgerlichen Gewinn hinausgehend Profite erzielt." Jeder Tag, der das Wirksamwerden des im Parlament liegenden Bodenbeschaffungs- und Assanierungsgesetzes verzögere, bringe daher den Ländern und Gemeinden hohe Lasten und einigen Maklern weiterhin Gewinne.

1973 standen insgesamt 534,7 Millionen Schilling für den Grunderwerb zur Verfügung. Die bedeutendste Grundtransaktion war dabei der Erwerb großer Grundflächen von den Bundesforsten, die vor allem von wasserwirtschaftlichem Interesse sind.

Für 1974 sind 475 Millionen Schilling für den Grunderwerb veranschlagt. Vizebürgermeister Pfoch appelierte in diesem Zusammenhang an alle Wiener, die Grund und Boden abgeben wollen, aber auch an die Althausbesitzer, diese Liegenschaften der Magistratsabteilung 69 (Grundtransaktionen) zum Kauf anzubieten. Pfoch: "Unsere Ziele im Zusammenhang mit der Stadterneuerung könnten damit leichter erreicht werden."

Pfoch ließ auch keinen Zweifel darüber, daß die Stadt Wien allen energisch entgegentreten werde, die Landwirtschaftsflächen oder Baugrund mit einer niedrigen Bauklasse in der Absicht aufzukaufen, daß dann eine Umwidmung zu ihren Gunsten erfolgt, und die oft kostspielige Schaffung der Infrastruktur der Stadtverwaltung aufgelastet wird. Auch jene werden von der Wohnbauförderung ausgeschlossen, die Grundstücke zu stark überhöhten Preisen kaufen, betonte Pfoch. Wer im Grundbuch einen anderen Bodenpreis angibt, als den tatsächlich bezahlten, und die oft bedeutenden Mehrkosten auf die Wohnungswerber überwälzt, könne nicht mit einer Förderung seiner Bauabsichten rechnen.

Die bauausführenden Dienststellen seines Ressorts werden im kommenden Jahr einen Bauaufwand von 3,1 Milliarden Schilling umsetzen und damit der Wirtschaft wesentliche Impulse geben, unterstrich Vizebürgermeister Pfoch.

Zur Wohnbaupolitik erläuterte Vizebürgermeister Pfoch, daß Anfang 1973 mit der Änderung des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 auch eine Änderung des Finanzierungsmodus eingetreten sei. Für den Bau von Volkswohnungen werden demnach jetzt jeweils 45 Prozent Landesmittel und Hypothekarmittel sowie zehn Prozent Eigenmittel verwendet.

Beim Vergleich der von der Landesregierung beschlossenen Summen des Jahres 1972 und 1973 müsse berücksichtigt werden, daß mit den Beträgen des Jahres 1973 (die höher als die des gesamten Vorjahres sind) nur 45 Prozent der Gesamtbaukosten, anstatt 60 Prozent im Vorjahr, finanziert wurden. Auf die Zahl der geförderten

Wohnungen umgelegt, bedeute dies eine Steigerung auf 9.248 Wohneinheiten (gegenüber 8.618 im Vorjahr).

Auf Grund des fünfjährigen Wohnbauprogrammes des Landes Wien erscheine die Bautätigkeit auch für das nächste Jahr ausreichend gesichert, hob Pfoch hervor. Parallel zum Wohnbau werde auch der Wohnungsverbesserung verstärktes Augenmerk zugewendet.

Die Zahl der Mieteranträge auf Wohnungsverbesserungen übersteige jene der Hauseigentümer um das Fünffache und kostenmäßig um das Doppelte. Es gehe dabei vor allem um die Installierung von Bädern, WC-Einbauten, Etagenheizungen, Gas-, Wasser- und Elektroleitungen.

Die Zahl der Wohnungsvormerkungen sei, trotz verstärkter Vorvergabe 1973, leicht angestiegen und betrage derzeit 18.300. Dies deshalb, weil viele private Althäuser abgetragen werden sollen und die Mieter in den meisten Fällen um Zuweisung einer Wohnung ansuchen.

Mit der Anhebung der Wohnungsdurchschnittsgröße auf 75 Quadratmeter nehme Wien im kommunalen Wohnbau eine Spitzenstellung ein, führte Vizebürgermeister Pfoch aus.

Schließlich sollen auch die Fragen der Garagenbaufinanzierung, der Kostenübertragung auf die Stellplatzinhaber und der Verwaltung in nächster Zeit mit entsprechenden Vorschlägen in Angriff genommen werden.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

k o m m u n a l :

=====

im jaenner gespraech wien-niederoesterreich

3 wien, 18.12. (rk) im jaenner werden der wiener buergermeister leopold g r a t z und niederoesterreichs landeshauptmann andreas m a u r e r zusammentreffen, um gespraech ueber probleme zu fuehren, von denen beide bundeslaender betroffen sind. dies teilte buergermeister gratz heute, dienstag, in der sitzung des wiener stadtsenates mit. gratz betonte, er begruesse die bereitschaft niederoesterreichs, gemeinsam mit wien an die loesung der ueber die laendergrenzen hinausreichenden probleme heranzugehen.

zu dieser mitteilung des wiener buergermeisters kam es im zusammenhang mit der uebertragung der planungs- und widmungsvorarbeiten fuer die stadterweiterung wien-sued im bereich der draschegrunde an eine architekturgruppe. die oevp-stadtraete wandten sich gegen die vergabe dieses auftrages, weil der stadterneuerung der vorzug gegeben werden sollte. die spoe-fraktion bekannte sich ebenfalls zur stadterneuerung, stellte jedoch fest, dass die rechtzeitige planung auch der randgebiete unerlaesslich sei. die stadterneuerung koenne erst wirksam begonnen werden, wenn ein brauchbares bodenbeschaffungs- und assanierungsgesetz vorliege. ''wenn wir nicht rechtzeitig fuer planung und widmung auch der randgebiete sorgen'', erklaerte planungsstadtrat ing. fritz hofmann, ''koennten wir sehr leicht in die lage geraten, dass das kommunale wohnbauprogramm wegen des mangels an baugruenden empfindlich eingeschraenkt werden muesse.''

der stadtsenat stimmte auch mit mehrheit dem entwurf eines gesetzes zu, mit dem das getraenkesteuergesetz fuer wien im zusammenhang mit der einbeziehung von bier in die gestraenkesteuer abgeaendert wird. die oevp-fraktion verlangte eine abaenderung des entwurfes in der weise, dass die eingehenden steuerbeträge zweckgebunden fuer den ausbau der altersheime verwendet werden sollen. finanzstadtrat h a n s m a y r und gesundheitsstadtrat dr. a l o i s s t a c h e r ersuchten, auf die zweckbindung zu verzichten, weil nur durch verbesserungen im gesamten gesundheits- und wohlfahrtswesen besserungen fuer die alten bewohner unserer stadt erreicht werden koennen.

k o m m u n a l :

=====

der 'maulwurf' wieder im ziel

4 wien, 18.12. (rk) am donnerstag dieser woche ist es wieder einmal so weit: der 'maulwurf' faehrt in den zielschacht columbusplatz ein. damit ist die letzte tunnelroehre der suedlichen strecke der u 1 zwischen stephansplatz und reumannplatz fertiggestellt. fuer die 512 meter lange tunnelroehre hat der vollmechanische vortriebs-schild eine tagesdurchschnittsleistung von elf meter erreicht. 90 meter dieses abschnittes mussten im bereich der suedbahnbruecke unter druckluft aufgefahren werden.

auf allen wiener u-bahn-baustellen wird vom 22. dezember bis einschliesslich 6. jaenner 'weihnachtsfrieden' herrschen, da die bauwirtschaft ihre traditionelle weihnachtspause einlegt.

geehrte redaktion

sie sind eingeladen, zu dem tunneldurchschlag berichterstatter und fotografen zu entsenden.

zeit: donnerstag, 20. dezember, 11 uhr.

treffpunkt: zielschacht columbusplatz. dort werden auch die helme ausgegeben.

1017

k o m m u n a l / w i r t s c h a f t :

=====

wechsel in der geschaeftsfuehrung des 'bauring wien'

wien, 18.12. (rk) in einer ausserordentlichen generalversammlung der bauring wien ges. mbh wurde montag ein wechsel in der geschaeftsfuehrung beschlossen. zu neuen geschaeftsfuehrern wurden direktor walter r e i s e r und direktor ing. konrad r a b e n r e i t e r bestellt. dieser schritt erfolgte in uebereinstimmung mit den bisherigen vorstandsdirektoren kommercialrat roland wawrowetz und dr. dipl.-ing. hubert zoellner.

direktor reiser, 48 jahre alt, war als betriebspruefer bei der finanzlandesdirektion und spaeter bei der zentralsparkasse der gemeinde wien taetig. 1969 wurde er zum geschaeftsfuehrer der wiener hafenbetriebsges. mbh bestellt.

direktor rabenreiter, 43 jahre alt, vom beruf baumeister, ist seit 7 jahren als prokurist der bauring wien ges. mbh mit der leitung der betriebsabteilung wibeba betraut.

+++

l o k a l / s p o r t :

=====

himmelhof-lift pro fahrt zwei schilling

5 wien, 18.12. (rk) in der letzten sitzung vor weihnachten wartete der wiener stadtsenat mit seinen angekuendigten 'christ-kindln' auf. auf antrag von vizebuergermeister gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r beschloss der stadtsenat, dass von 1. jaenner 1974 an die staedtischen museen und die bezirks-museen bei freiem eintritt besucht werden koennen.

fuer die benuetzung des neuen schleppliftes auf den himmelhof wurden die preise so niedrig festgesetzt, dass sich jedermann die benuetzung der liftanlage leisten koennen wird. der zehnerblock fuer kinder wurde mit 10 schilling, fuer erwachsene mit 20 schilling festgesetzt.

1050

budgetdebatte-richtigstellung

=====

6 wien, 18.12. (rk) im bericht gesundheitsdebatte, stadtrat
lenner, oevp (17. dezember, blatt 2444) soll es richtig heissen:
''wie dringend der bau des zentrums bereits sei, koenne an dem
umstand gemessen werden, dass fuer die 180.000 bewohner in florids-
dorf u n d d o n a u s t a d t ... ''.

ferner soll es bei der abstimmung zum kapitel gesundheit
(blatt 2446) richtig heissen: ''der f p o e - abaenderungs-
antrag (nicht oevp) betreffend erhoehung der mittel fuer bauliche
herstellungen fand keine mehrheit.''

1059

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Debatte über Umweltschutz - Öffentliche Einrichtungen
=====

Wien, 18.12. (RK) GR. Dkfm. Bauer (FPÖ) ging als erster Debattenredner ausführlich auf die Probleme des Umweltschutzes ein und meinte, die Kosten seien so lange schwer abschätzbar, als es keine klaren Zielvorstellungen und Konzepte gebe. Aus deutschen Untersuchungen wisse man, daß der Nachholbedarf zur Sanierung der Gewässer und der Luft sowie der Müllbeseitigung an Investitionen rund 60 Milliarden DM ausmache, zu denen noch rund zehn Prozent jährlicher Betriebskosten kämen, insgesamt jedenfalls rund zwei Prozent des gesamten Bruttosozialproduktes ausmache. In Wien jedenfalls halte man gleichsam bei der Stunde Null. Im Umweltschutzbericht heiße es, daß bei Luft-, Staub- und Lärmplage gelegentlich Toleranzgrenzen bereits überschritten worden seien.

Bauer bemängelte, daß es noch keine gesetzlich fixierten Grenzwerte ebenso wenig wie korrespondierende Alarmpläne gebe. Auch das Altölgesetz sei noch ausständig und zudem würde noch immer zu viel Trinkwasser als Nutzwasser verwendet. Auch die umweltfeindliche Verpackung zahlreicher Industrien bereite Sorge.

Der Redner gab auch zu überlegen, ob nicht bei der Einsammlung des Mülls eigene Gefäße für die Aufnahme von Altpapier aufgestellt werden sollten, weil der Papieranteil an Müll rund 27 Prozent ausmache, gleichzeitig aber nach Österreich Altpapier eingeführt werde.

Beim Presse- und Informationsdienst bemängelte Bauer die überproportionale Kostensteigerung, wodurch für diese Aufgaben etwa gleich viel Geld aufgewendet würde wie für die Kindergärten. Und diese Relation stimme nicht. Überdies: Er sei zwar für Information, nicht aber für Propaganda.

Auch der nächste Redner, GR. Dr. Glatzl (ÖVP), befaßte sich zunächst mit dem Pressedienst, dessen Unterstellung unter einen Politiker statt wie bisher unter den Magistratsdirektor, er bedauerte, der PID dürfe kein Propagandainstrument sein.

In "wien aktuell" sei seiner Meinung nach unverkennbar sozialistische Wahlhilfe geleistet worden und auch die Affichierung einiger Plakate während des Wahlkampfes hätte in diese Richtung gezielt.

Was die Neuorganisation des PID angehe, so sei die ÖVP zur Mitarbeit bereit, aber nur dann, wenn es kein Politikum im Sinne der SPÖ werde. Auch über die Existenzberechtigung von "wien aktuell" sprach Dr. Glatzl, wobei er eine echte Kostenrechnung durch einen Verlag verlangte.

Die Frage des Baumschutzes könnte seiner Meinung nach vielleicht besser als durch ein eigenes Gesetz in der neuen Bauordnung geregelt werden. Schließlich befaßte sich der Redner noch mit den Friedhöfen und stellte den Antrag, die Sperre für 16 Ortsfriedhöfe wieder aufzuheben und deren Weiterführung zu überlegen, wobei nicht betriebswirtschaftliche Überlegungen den Ausschlag geben dürften.

GR. Köch1 (ÖVP), der sich in der Debatte zur Geschäftsgruppe I mit dem Zivilschutz beschäftigt hatte, blieb auch beim Kapitel Umwelt und Öffentliche Einrichtungen bei seinem Generalthema. Da die Feuerwehr in die Agenden dieser Geschäftsgruppe falle, wolle er einige Anregungen zum Katastrophenschutz deponieren. Es sei erfreulich, daß die Organisation der Feuerwehr zeitgemäß sei. Die neue Bezeichnung "Feuerwehr und Katastropheneinsatz" für diese Abteilung schätze er als richtige Akzentuierung. Er müsse jedoch den fehlenden Kontakt zwischen militärischen und zivilen Stellen beim Katastrophenschutz beklagen. Seiner Meinung nach sei die Ansicht der Magistratsdirektion, daß ein gesondertes Befassen mit zusätzlichen Maßnahmen nicht notwendig sei, unverständlich. Koordinierte Maßnahmen seien unbedingt erforderlich. Seine Fraktion werde Initiativen dieser Art jede Unterstützung gewähren.

Ein Bild von den medienpolitischen Problemen und der medienpolitischen Situation in Österreich zeichnete GR. Edlinger (SPÖ). Die Konzentration der Presse in den Händen einiger weniger - die zwei größten österreichischen Zeitungen erreichen 60 Prozent aller österreichischen Zeitungsleser - berge die Gefahr in sich, daß die gesellschaftliche Realität, daß gesellschaftliche Entwicklungen und Veränderungen nur einseitig wiedergegeben werden. Für den aktiven Bürger sei eine reine Fakteninformation zu wenig. Ihm müßte auch der Zusammenhang der Zwänge, der ökonomischen

Struktur und der Abhängigkeiten sichtbar gemacht werden. Eine verstärkte Information durch die Stadtverwaltung sei nicht zuletzt auch deswegen notwendig, weil nach einer Untersuchung die kommunalpolitische Berichterstattung in den Wiener Zeitungen nicht mehr als vier Prozent des Platzes fülle.

Die Kommunalillustrierte "wien aktuell" nannte Edlinger einen geglückten Versuch, eine Lücke in der Berichterstattung zu füllen. Die Jubiläums-Ausstellung im Rathaus könne als besonders markanter Beweis dafür gelten, daß die Informationstätigkeit der Stadtverwaltung nicht parteipolitisch ausgerichtet sei: Obwohl diese Ausstellung zur Wahlkampfzeit eröffnet wurde, habe es keinerlei Kritik gegeben, im Gegenteil: Sie habe... begeisterte Aufnahme gefunden.

Die bedenkliche Konzentration des Meinungsmonopols in den Händen einiger weniger zwingt zu Reformen. Eine der bedeutsamsten: die ORF-Novelle, durch die die Allmacht des Generalintendanten gebrochen werden sollte.

Edlinger deponierte die Forderung nach einem effektiveren Wiener Landesstudio. Es sei nicht einzusehen, warum ausgerechnet Wien seine Sendezeit mit zwei anderen Ländern teilen müsse. Das Bundesland Wien fühlt sich im Recht, wenn es eine ebenso umfangreiche kommunale Information verlange, wie sie anderen Ländern seit vielen Jahren zugestanden werde.

Die Stadtverwaltung werde in Zukunft auch den neuen elektronischen Medien, Kassetten- und Kabelfernsehen, besondere Aufmerksamkeit schenken müssen. Ein starker rechtlicher Einfluß der Öffentlichkeit müsse bei diesen Medien garantiert sein, eine Vermarktung müsse verhindert werden.

GR. Dr. Strunz (ÖVP) beschäftigte sich zunächst mit der Belastung der Luft durch Schadstoffe vom Autoverkehr beziehungsweise der Heizung. Die Einzelheizungsanlagen würden dabei mehr Giftstoffe ausstoßen als die Autos. Von ausländischen Untersuchungen wisse man, daß es deshalb bei Kindern schon zu Störungen gekommen sei. Es wäre angebracht, auch in Wien derartige Untersuchungen durchführen zu lassen. Als besonders störend bezeichnete Dr. Strunz die Heizungsanlage des Wiener Rathauses, die eine "Rußfabrik" sei. Dabei sollte doch die Verwaltung mit

gutem Beispiel vorangehen. Er stellte den Antrag, diese Anlage unzubauen. Ein weiterer Antrag betraf die Forderung, den sozial Benachteiligten einen Heizkostenzuschuß dann zu gewähren, wenn sie ihre Einzelanlagen auf Heizöl leicht umgestellt haben. Dies deshalb, weil der Preis für solches Heizöl um 40 Prozent gestiegen sei. Was die Müllverbrennungsanlagen angehe, so bemängelte der Redner das Fehlen von automatischen Meßgeräten, deren Installierung er ebenso beantragte wie die von Alarmgeräten.

Ein besonderes Problem des Umweltschutzes sei zudem die Frage, wie künftig der Abwasserschlamm beseitigt werden solle, fuhr Strunz fort. Er regte ferner an, die Wasserqualität der diversen kleinen Badeseen zu kontrollieren. Da auch in den städtischen Bädern die Wasserqualität gelegentlich zu wünschen übrig lasse, stellte er den Antrag auch dort regelmäßig zu überprüfen. Der Bedeutung der 60 Wiener Privatbäder - elf davon Sommerbäder - für die Erholung der Bevölkerung sollte in der Weise Rechnung getragen werden, daß sie in das städtische Bäderkonzept einbezogen werden und finanzielle Zuschüsse erhalten. Strunz stellte dazu einen entsprechenden Antrag. Die Versorgung der Wiener mit Grünflächen - 13 Quadratmeter pro Person - sei im gesamten gut, regional jedoch vielfach nicht ausreichend. Durch die Anlage von Kleinparks in den dichtverbauten Innenbezirken sollte dieses Manko wettgemacht werden. Beim Problem des Hochwasserschutzes urgierte Strunz die ökologische Diskussion über das Projekt. Abschließend bedauerte er, daß es für Wien noch kein Umweltschutzkonzept gäbe und daß der Umweltbericht teilweise falsch, aber jedenfalls sehr lückenhaft sei.

GR. Schemer (SPÖ) wies auf die Belästigung durch am Wochenende abgestellte Lastautos und Tankzüge und auf die Zunahme der Zahl der Autowracks und weggeworfenen Autoreifen hin. Die Fernwärme bezeichnete er als umweltfreundlich: Sie dürfe keineswegs verteufelt werden. Gerade in Krisenzeiten sei die zentrale Wärmeversorgung vorteilhafter als eine Einzelversorgung.

Schemer lobte die gute Wiener Situation bei den Grünflächen und meinte, eine Verbesserung gerade in den Innenbezirken könnte durch die Öffnung der privaten Hinterhöfe für die Allgemeinheit erreicht werden. Sehr ausführlich ging der Redner auch auf die zweite Piste für den Wiener Flughafen ein, wobei er vor allem GR. Hahn vorwarf, im Lauf der Zeit eine Meinungsschwenkung vorgenommen zu haben, ohne eine Verschwenkung der Piste bewirkt zu haben.

In seinem Schlußwort ging Stadtrat Schieder auf die von den einzelnen Debattenrednern aufgeworfenen Fragen konkret ein. Im Zusammenhang mit der Errichtung einer zweiten Flughafenpiste in Schwechat sei ein zweites Gutachten angefordert worden. Zum Vorschlag von GR. Bauer, man solle doch prüfen, ob man für Altpapier nicht eigene Mülltonnen aufstellen könne: Es habe einen Versuch im Bundesländerhof gegeben, der nicht allzuviel Hoffnung gemacht habe. Die Bewohner hätten in die Altpapiertonnen auch anderen Müll geworfen, außerdem tauche das Problem des gesonderten Abtransportes auf.

Zu den Fragen, die im Zusammenhang mit der Kritik an den Kosten von "wien aktuell" gestellt wurden: "wien aktuell" koste 56 Groschen pro Leser. Man werde aber von Zeitungsverlagen Angebote einholen, ob die Produktion einer derartigen Publikation billiger gemacht werden könnte. Die Leserschaft von "wien aktuell" betrage 238.000, die verkaufte Auflage 7.000.

Der Stadtrat gab auch die Versicherung ab, daß die Stadtverwaltung den Möglichkeiten der neuen elektronischen Medien nicht unvorbereitet gegenüberstehen werde.

Zum Katastrophenschutz: Gesamtgesichtspunkte des Zivilschutzes würden berücksichtigt werden.

Zur Frage, ob das Rathaus nicht umweltfreundlicher beheizt werden könne: Auch das Rathaus werde dem Fernwärmering angeschlossen, eventuell sogar noch im kommenden Jahr.

Abstimmung: Einstimmige Zuweisung der Anträge an die Ausschüsse, Annahme des Budgets für die Geschäftsgruppe VI mit den Stimmen der SPÖ.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

./.

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Ergänzung Budgetrede Pfoch

Vizebürgermeister Hubert Pfoch (SPÖ) nahm in seiner Budgetrede zusätzlich zusätzlich zu der erfreulichen Auftragslage bei öffentlichen Bauprojekten Stellung. Im August 1973 habe in Österreich der Auftragsstand 74,4 Milliarden Schilling betragen. Von der davon auf Wien entfallenden Summe von 7,6 Milliarden beziffern sich allein die öffentlichen Aufträge mit 4,6 Milliarden. Das bedeute gegenüber dem Stand März 1973 ein Plus von 16 Prozent (im gleichen Zeitraum Niederösterreich -4, Salzburg -6, Steiermark -14 und Tirol + 14 Prozent). Diese Zahlen, so betonte Pfoch, seien ein Hinweis darauf, daß durch die öffentliche Hand eine erwünschte Stützung durch gezielte Aufträge auf dem Bausektor möglich ist.

Vizebürgermeister Pfoch berichtete auch Erfreuliches über die geplanten Nachförderungen für Bauvorhaben aus der Wohnbauförderung 1968 und aus dem Wiener Wohnbaufonds. Mit der Bereitstellung von 250 bis 300 Millionen S können für die in Frage kommenden Wohnungswerber die aus den Lohnerhöhungen resultierenden Baukostensteigerungen abgedeckt werden. Der Lohnanteil macht rund die Hälfte der Kostensteigerungen aus, von dieser Hälfte werden 90 Prozent übernommen. Beispiel: Bei einer Nachzahlungssumme von 45.000 S ist mit einer Nachförderung in der Höhe von rund 20.000 S zu rechnen.

Debatte "Wohnen und Liegenschaftswesen"

GR. Krenn (FPÖ) übte unter anderem Kritik am Wohnbauprogramm der Stadtverwaltung, wobei er auch darauf hinwies, daß die Zahl der Wohnungswerber ständig steige und derzeit bereits 18.300 Personen beträgt. Gleichfalls kritisierte er die nach wie vor lange Wartezeit, die in den meisten Fällen drei, ja manchmal sogar fünf Jahre beträgt.

Zum Problem der Bodenbeschaffung: Seiner Meinung nach habe die expansive Bodenpolitik zu einem wesentlichen Steigen der Bodenpreise geführt. Die Errichtung und den Betrieb von Gaststätten bezeichnete der Debattenredner als keine kommunale Notwendigkeit. Abschließend regte GR. Krenn an, die Grundkäufe zu reduzieren und statt dessen den Bau von Kindergärten und geriatrischen Abteilungen zu forcieren.

GR. Dr. Ebert (ÖVP) widmete den Großteil seiner Ausführungen der Wohnbaupolitik. Hier werde, wie er meinte, ein Umdenken stattfinden müssen. Anstatt Quantität und Wahlversprechen sollte hier in erster Linie an die Qualität beziehungsweise an das Wohlbefinden der Bevölkerung gedacht werden.

Zu den Montagebauten: Hier sei noch immer trotz verschiedener Fortschritte die Uniformierung zu beklagen. Am Wohnbaustil habe sich wenig geändert, dieser sei lediglich ein etwa modifizierter Emmentalerstil. GR. Ebert kritisierte weiter die verspätete infrastrukturelle Aufschließung, besonders in den Neubaugebieten. Er urgierte die Schaffung von Möglichkeiten für die Einrichtung zusätzlicher Geschäfte und Handwerksbetriebe. Im Interesse der Konsumenten sollten nicht nur reine Monopolbetriebe angesiedelt werden. Ebenso sprach er sich für eine Verbesserung der Bauqualität, etwa durch eine intensivere Wärmedämmung und einen besseren Schallschutz aus.

Zum Heizproblem: Der Einbau von Notkaminen sollte gerade jetzt in Anbetracht der Energieknappheit gesetzlich verankert werden. Leider sei dies bisher stets von der SPÖ-Fraktion aus Gründen der Billigkeit abgelehnt worden. Der Redner nannte dies eine Fehlleistung und stellte namens seiner Fraktion einen diesbezüglichen Antrag. Mit zwei Fragen wandte er sich direkt an den Berichterstatter. Zum Bauring: Hier wurden kürzlich zwei Direktoren abberufen, was waren die Gründe dafür? Zur UNO-City: Wie diese 8.000 Plätze jemals ausgenützt werden sollen?

GR. Neunteufel (ÖVP) beleuchtete soziale Aspekte des Wohnbaus. Er forderte bei Assanierungsverfahren begleitende Maßnahmen für sozial schwache Gruppen, wie Übersiedlungsbeihilfen und die Möglichkeit, in die alten Wohngegenden nach der Assanierung zurückkehren zu können. Im Rahmen der Stadterneuerung wäre daher auch ein Sozialplan erforderlich.

GR. Margarete Tischler (SPÖ) wies auf positive Leistungen des städtischen Wohnbaus hin. Derzeit seien in städtischen Wohnhäusern 2.470 Aufzüge eingebaut, 1974 könne man mit dem Beginn des nachträglichen Einbaus von 180 Aufzügen für 44,7 Millionen rechnen. Eine Leistungsverbesserung, die auch von den Firmen begrüßt werde, sei die künftige Vergabe von Generalaufträgen für 40 bis 50 Aufzüge, statt der bisherigen Erteilung von Einzelaufträgen.

Die Rednerin verwies auch auf den erfolgreichen Probegalopp mit dem bargeldlosen Mietzinsinkasso in der Per Albin Hansson-Siedlung-Ost. Ab Juli 1974 werde man auch in den Bezirken 4 bis 9 und 13 bis 17 zu dieser Praxis übergehen.

Für die erfolgreiche Tätigkeit des Wohnungsberatungszentrums spreche die Tatsache, daß in der Zeit vom 1. Februar 1968 bis 30. November 1973 14.452 Zuweisungen für Eigentums- beziehungsweise Genossenschaftswohnungen erfolgen konnten.

Als Landstraßerin kam Frau Tischler noch auf ein Problem zu sprechen, das ihr besonders am Herzen liegt: die Rennwegkaserne, die derzeit zweckentfremdet verwendet werde. Hier biete sich ein großes Areal für die Gestaltung eines schönen, neuen Bezirksteils an. Die Verhandlungen mit den Bundesstellen sollten daher entsprechend vorangetrieben werden.

GR. Dr. Habl (ÖVP) lobte die Tatsache, daß die Ausgabenansätze im Voranschlag 1974 mit einer Erhöhung von rund 22 Prozent weit realistischer seien, als dies bisher gehandhabt wurde. Habl vertrat die Meinung, dies bedeute keine Gefahr, daß Grundstücksspekulanten auf künftige Bauinteressen der Stadt Wien aufmerksam gemacht werden.

Zur Bodenpolitik: "Die ÖVP hat nicht im geringsten die Absicht, Bodenspekulanten zu schützen." Ein gutes Bodenrecht sei jedoch auch kein Wundermittel, mindestens ebenso wichtig sei eine Stadterneuerungspolitik, die der Entvölkerung der Innenbezirke entgegenwirke.

GR. Rautner (SPÖ) illustrierte - als Baugewerkschafter - mit viel Temperament und durch Zahlen belegt, daß gerade die Gemeinde Wien durch ihre Auftragspolitik auf dem Bausektor für eine kontinuierliche Vollbeschäftigung, insbesondere in der Winter-saison, Sorge.

GR. Ing. Hofstetter (SPÖ) unterstrich die Impulse, die dieses Budget für das Bauwesen in Wien gebe. Mit ausführlichem Zahlenmaterial belegte er sodann die Bauleistung der Gemeinde Wien seit dem Jahr 1969. Was das vorliegende Budget betrifft, so werden im kommenden Jahr 6,5 Milliarden für den Hochbau vergeben werden, davon entfallen allein 4,5 Milliarden auf den Wohnbau. Dies bedeute, daß im kommenden Jahr mit der Errichtung und Fertigstellung von elftausend bis zwölftausend Wohnungen gerechnet werden kann. Zum Vorwurf, Quantität habe Vorrang gegenüber der Qualität,

meinte er, der kommunale Wohnbau brauche hinsichtlich der Ausstattung, des Schallschutzes und der Wärmedämmung keinen Vergleich zu scheuen, sondern liege vielmehr weit über der vorgeschriebenen Norm. Man werde jedoch auch in Zukunft bemüht sein, die Qualität noch weiter zu verbessern, ohne jedoch deshalb die Quantität im Wohnbau zu verringern.

Zum Problem des Einbaus von Notkaminen: Die aus dem Jahr 1930 stammende Bauordnung wurde 1969 vor allem auf Wunsch der Gemeinnützigen Baugesellschaften geändert. Derzeit gebe es in Wien 75.000 zentralgeheizte Wohnungen, die größtenteils ohne solche Notkamine ausgestattet sind. In zehn Jahren wird es etwa 150.000 bis 160.000 zentralgeheizte Wohnungen geben. Auf Grund dieser Entwicklung gäbe es seiner Meinung nach nur eine einzige richtige Lösung, nämlich große Heizanlagen zu bauen, um so die Versorgung zu sichern. Vor adhoc-Entscheidungen sei allerdings zu warnen.

Abschließend bedauerte Ing. Hofstetter den Umstand, daß die ÖVP-Fraktion das Budget ablehne. Dies sei umso unverständlicher, als von der Opposition keinerlei Anträge als Alternative gestellt wurden.

Entgegen der Meinung des Rechnungshofes vertrat Vizebürgermeister Pfoch in seinem Schlußwort eine Politik der Grundreserven durch die Stadtverwaltung. Bei den vielfältigen Bauaufgaben sei es einfach nicht vertretbar, "von der Hand in den Mund" zu leben. Die Fertigstellung einer Zentralevidenz für Liegenschaften werde er vorantreiben.

Bargeldloses Zinsinkasso: Mit 1. Juli 1974 werde in einer Reihe weiterer Bezirke (siehe auch Rede GR. Tischler, SPÖ) das bargeldlose Zinsinkasso auf freiwilliger Basis eingeführt. Dabei werde so vorgegangen, daß die Wohnhäuserverwaltung mit Hilfe eines Einziehungsauftrages die Beträge von den Konten der Mieter abrufe.

Pfoch betonte auch, daß die Stadtverwaltung nach Kräften in den städtischen Siedlungsschwerpunkten die Ansiedlung von Gewerbebetrieben fördern werde.

Anfang Jänner werde der neue Wohnbauförderungsbeirat einberufen, der sich unter anderem auch mit dem Problem eines verstärkten Schall- und Wärmeschutzes befassen werde. Man müsse sich jedoch darüber klar sein, daß dies eine Verteuerung von zwei bis drei Prozent pro Wohneinheit bedeute.

Kamine: Es berühre merkwürdig, wenn Stadtrat Neusser in einer Fernsehdiskussion von einem Nachgeben gegenüber der Montagebau

in der Frage der Notkamine spreche. Die ÖVP habe seinerzeit für die Weglassung der Kamine gestimmt.

Vizebürgermeister Pfoch sprach sich auch sehr deutlich für eine optimale Ausstattung der Wohnungen aus, die den Mietern spätere Investitionen erspare. Versuche mit einer "Mindestausstattung" überlasse er gerne ÖVP-nahen Wohnbaugenossenschaften.

Die Frage, ob Gemeindewohnungen in Eigentum vergeben würden, beantwortete Pfoch mit "nein".

UNO-City: Die projektierten 8.000 Personen- und Sitzungsräume entsprechen den von den Organisationen angemeldeten Bedarf. Das österreichische Konferenzzentrum werde auf 5.000 Personen ausgelegt. Dies deshalb, um im internationalen Konferenzgeschehen mitspielen zu können.

Abschließend bezeichnete es Vizebürgermeister Pfoch als den bedeutendsten Erfolg der Sozialisten, daß die ÖVP von ihrem seinerzeitigen Widerstand gegen den Volkswohnungsbau abgegangen sei und nunmehr selbst Wohnbauprojekte realisiere.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ wurde der Voranschlag der Geschäftsgruppe VII (Wohnen und Liegenschaftswesen) angenommen. Je ein FPÖ- und ein ÖVP-Antrag wurde einstimmig zugewiesen.

Wiener Budget 1974 beschlossen

Kurz vor 16 Uhr leitete der Vorsitzende, Bürgermeister Leopold Gratz, die Abstimmung über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1974 ein. Das Wiener Budget wurde mit den Stimmen der Sozialisten beschlossen. Ebenfalls mit den Stimmen der SPÖ wurde der Bericht über die Überprüfung der Gebühren zur Kenntnis genommen.

Über den Antrag der ÖVP, die für den Hochwasserschutz vorgesehenen Budgetmittel nur für die Verstärkung der linksufrigen Dämme zu verwenden sowie über die höhere Dotierung verschiedener Ausgabeposten wurde auf Wunsch der FPÖ getrennt abgestimmt. Der Teil "Hochwasserschutz" wurde mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ abgelehnt, der Teil über die Erhöhung von Budgetansätzen mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt.

Der Antrag der ÖVP über ein Eventualbudget wurde mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ abgelehnt.

Morgen Mittwoch, den 19. Dezember, tritt zunächst der Wiener Landtag um 9 Uhr zu seiner letzten Sitzung in diesem Jahr zusammen. Einziger Tagesordnungspunkt: Novellierung des Getränkesteuergesetzes. (Referent Stadtrat Hans Mayr). Im Anschluß daran nimmt der Wiener Gemeinderat die Beratung des Wirtschaftsplanes der Wiener Stadtwerke für 1974 auf. Referent Stadtrat Franz Nekula. Hierauf wird die restliche Tagesordnung erledigt. Die Sitzung schließt mit einer Ansprache des Bürgermeisters.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

k o m m u n a l :

=====

keine kunststoffsaege in oesterreich

9 wien, 18.12. (rk) die fachausschuesse fuer das kommunale friedhofswesen und fuer bestattung des oesterreichischen staedte-bundes befassten sich dienstag in wien mit einem problem, das aus deutschland ''importiert'' wurde: sollen saerge, die aus kunststoffen, pressholz und aehnlichenwerkstoffen bestehen, in oesterreich fuer erd- und feuerbestattungen zugelassen werden? die fachleute kamen zu einer ablehnenden empfehlung, und zwar aus folgenden gruenden:

- o die verrottbarkeit bei erdbestattungen ist mangelhaft.
- o bei kremationen sind rauchbelaestigung, geruchsbelaestigung und beschaedigungen fuer den verbrennungsofen zu befuerchten.

ausschlaggebend fuer die haltung der fachleute ist auch die tatsache, dass aus deutschland einander widersprechende gutachten zu dieser problematik vorliegen.

bestattungsdirektor dipl.-ing. karl p r o e b s t i n g betonte in diesem zusammenhang, dass die gesetzlichen bestimmungen in wien nur saerge aus holz, metall oder gleichwertig verrott-barenmaterialien zulassen. die staedtebund-fachausschuesse tagten im wiener rathaus unter dem vorsitz von oberamtsrat karl o l z i n g e r (linz) und dem wiener bestattungsdirektor proebsting.

1247

Rathaus-Korrespondenz

gegründet 1861



Mittwoch, 19. Dezember 1973

Blatt 2484

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

- Kommunal: Abschluß der Budgetdebatte (Geschäftsgruppe VIII, Städtische Unternehmungen, Stadtrat Franz Nekula)
Landtag
"Essen auf Rädern": Ab 1974: Sozialfälle erhalten Zuschüsse
Kürzeste Budgetdebatte, die es je gab
- Lokal: Eduard März - 65. Geburtstag
Weihnachtslieder auf dem Rathausplatz
- Sport: Weiteres "Weihnachtsgeschenk" an die Sportler:
Schul-Turnsäle ab Jänner völlig gratis

Chef vom Dienst 42 800/Durchwahl 2971

Kommunal:

Fortsetzung der Budgetdebatte

(Städtische Unternehmungen)

Wien, 19.12. (RK) Die Probleme auf dem Energie- und Verkehrssektor, die durch die internationale Entwicklung aufgetreten sind, standen im Vordergrund des Berichtes, den Stadtrat Franz Nekula am Mittwoch über die Geschäftsgruppe 8, Städtische Unternehmungen, erstattete.

Der Nahostkrieg sei offenbar nur der äußere Anlaß für diese Entwicklung, erklärte Nekula. Die eigentliche Ursache dürfte sein, daß die Ölförderländer nicht länger bereit seien, ihre Erdölproduktion nach den Bedürfnissen und Zuwachsraten der Verbraucherländer auszurichten, sondern nur noch nach den eigenen volkswirtschaftlichen Erfordernissen. Sie wollen durch Förderrestriktionen bei gleichzeitig starker Preissteigerung ihren Geldeinnahmen eine längere Lebensdauer sichern. Trotzdem dürfte die Zeitungsüberschrift "In Europa gehen die Lichter aus" übertrieben sein. Sicher sei jedoch, daß die Energiepolitik weltweit neu geplant und geregelt werden müsse.

Der Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke sei in einer Zeit erstellt worden, in der niemand diese neue Entwicklung voraussehen konnte. Allein die letzte Preiserhöhungswelle werde auf dem Heiz- und Treibstoffsektor unmittelbare Mehrausgaben von rund 25 Millionen Schilling erfordern. Die weitere Entwicklung könne derzeit ebenfalls nicht abgeschätzt werden, trotzdem müsse die Versorgung mit Energie und die Erbringung der notwendigen Verkehrsleistung gesichert werden.

Dem Ausbau der Stromversorgung komme dabei Priorität zu, da eine Großstadt wie Wien ohne ausreichende Stromversorgung nicht lebensfähig sei. Stadtrat Nekula führte die wichtigsten Investitionen auf dem Gebiet der Stromerzeugung an:

1973: Inbetriebnahme des Blocks 1 im Kraftwerk Donaustadt, Leistung 162 Megawatt.

1974: Gasturbinenanlage Leopoldau, 85 Megawatt.

1975: Block 2 im Kraftwerk Donaustadt, 162 Megawatt.

1978/79: Neuer Block im Kraftwerk Simmering, Leistung 320 Megawatt, vorgespannte Gasturbine mit 50 Megawatt, Koppelung mit Erzeugung von Fernwärme.

1981/82: Zweites Kernkraftwerk, Wiener Beteiligung mit 160 Megawatt angemeldet.

Zugleich sei der entsprechende Ausbau der Verteilereinrichtungen notwendig. Dafür stünden allein im kommenden Jahr 783 Millionen S bereit. Auch der nötige Ausbau der Öllager erfordere hohe Mittel. Durch die schon bisher vorausschauende Investitionstätigkeit auf diesem Sektor sei eine Lagerkapazität von 260.000 Tonnen Heizöl geschaffen worden. Die gemeinwirtschaftlichen Stadtwerke unterschieden sich dadurch sehr wesentlich von der Vorratspolitik vieler anderer, vor allem privater Unternehmungen.

"Am Beginn der Ölkrise waren die Lager der Stadtwerke voll", betonte Stadtrat Nekula. "Dadurch konnte schon bisher, trotz dem Ausbleiben von Nachlieferungen, die klaglose Stromversorgung unserer Stadt sichergestellt werden. Durch den zwischen den E-Werken und den Gaswerken errichteten Erdgasverbund können die vorhandenen Ölvorräte durch Einsatz von Gas gestreckt werden. Eine Stromerzeugung im Normalumfang bei ausschließlichem Öleinsatz wäre wohl für einige Wochen gesichert, jedoch müssen mit allem Nachdruck rechtzeitige und ausreichende Nachlieferungen verlangt werden, um die Stromversorgung der Stadt zu sichern."

Eine unbekannt große seien die nicht genehmigungspflichtigen 2 kW-Heizgeräte. Die Meinung, daß die Steckdose fehlendes Heizöl ersetzen könne, sei gefährlich, da es dadurch zu Netzzusammenbrüchen, ausgehend von einzelnen Häusern über lokale Bereiche bis zu ganzen Stadtteilen kommen könnte.

Bei der Umstellung auf Erdgas seien von September 1970 bis Ende 1973 in 197.425 Haushalten 389.058 Geräte und in 7.169 Betrieben 29.845 Geräte umgestellt worden. Für nächstes Jahr sei geplant, in rund 99.500 Haushalten rund 186.000 Geräte und in rund 3.500 Betrieben rund 6.500 Geräte umzustellen.

Das Erdgas komme aus österreichischen Lagern und aus der Sowjetunion. Den sowjetischen Lieferungen liege ein vorläufig bis 1991 abgeschlossener Vertrag zugrunde, der die jährliche Lieferung von rund 1,4 Milliarden Kubikmeter Erdgas vorsehe. Zur langfristigen Sicherung der Versorgung - nicht nur für Industrie und Haushalt, sondern auch für die Stromerzeugung - müsse die Beschaffung von zusätzlichem Erdgas gesichert werden.

Da die Verhandlungen mit der UdSSR wegen einer Aufstockung zunächst ergebnislos geblieben seien, habe sich als derzeit

einzigste Alternative algerisches Erdgas angeboten. Durch den Abschluß der Verträge sei Österreich nun auch vom Westen her dem anbahnenden europäischen Erdgasverbund angeschlossen.

"Zu einer Zeit, da noch niemand von einer Energiekrise gesprochen hat, haben die Wiener Stadtwerke damit begonnen, ein Energiekonzept für Wien zu erstellen", betonte Stadtrat Nekula. Der Entwurf sei fertiggestellt und werde nun mit dem von der Bundesregierung zu erstellenden Konzept abgestimmt. Aber schon bisher sei Energiekoordinierung betrieben worden. Seit Gründung des energiewirtschaftlichen Arbeitskreises der Stadtwerke im Jahre 1972 seien Empfehlungen für mehr als 100 Großvorhaben, in denen 28.000 Wohnungen enthalten sind, abgegeben worden.

Für die Verkehrsbetriebe sei der Personalmangel - im Fahrbetrieb allein fehlen rund 900 Mitarbeiter - das Hauptproblem. Gespräche mit Finanzstadtrat Mayr führten dazu, daß für 1974 zusätzliche 143 Millionen S zur Verfügung gestellt werden. "Damit können", sagte Nekula "27 Gelenktriebwagen für den Ein-Mann-Betrieb, 25 Großraumbeiwagen, 25 Gelenkbusse und 3 Normalbusse gekauft werden. Außerdem können von dem vorhandenen Wagenpark 66 Beiwagen und 37 Triebwagen für schaffnerlosen Betrieb, ferner 5 Triebwagen und 20 Autobusse für Ein-Mann-Betrieb umgebaut werden."

Unter dem Druck der Ölkrise werde der Autoverkehr eingeschränkt. Dabei werde oft darauf hingewiesen, daß die Verkehrsbetriebe dafür nicht gerüstet und zu wenig attraktiv seien - zwei Begriffe, die gar nichts miteinander zu tun hätten.

Zur Vorsorge: Die amerikanische Armee habe in ihren Lagern Panzer, Flugzeuge und Schiffe für den Bedarfsfall eingemottet. Ein Betrieb könne es sich jedoch nicht leisten, durch 20 Jahre auf einen Tag X vorbereitet zu sein, an dem rund 50 Prozent seiner freiwillig abgewanderten Kunden infolge einer Zwangssituation zurückkommen könnten. Trotzdem seien die Verkehrsbetriebe in Form eines Notplanes mit entsprechenden flankierenden Maßnahmen darauf eingestellt.

Zur Attraktivität: Dafür seien, eingehenden Erhebungen zufolge, als wichtigstes Kriterium die Reisegeschwindigkeit, an zweiter Stelle die Intervalle, an dritter Stelle das ausreichende Platzangebot und an vierter schließlich die Tarife

maßgeblich. Durch die Modernisierung des Wagenparks werde Punkt drei verwirklicht. Punkt eins und zwei könnten nur erreicht werden, wenn man die modernen Großraumwagen auch fahren lasse. Daß dies realisierbar sei, wäre in der Vorweihnachtszeit durch die verkehrsarmen Zonen in einigen Geschäftsstraßen bewiesen. Voraussetzung für die Attraktivität der Verkehrsbetriebe sei es, ihnen die Straßen freizumachen - durch Bevorrangung, Sperrlinien, Straßenbahnstraßen oder was immer.

Darüber hinaus solle die Verkehrsabwicklung im Raum Wien durch einen Verkehrsverbund zwischen der Republik Österreich, Burgenland, Niederösterreich und Wien verbessert werden. Das Interesse und die Bereitschaft aller sei bereits bekundet worden. An einem Maßnahmenkatalog werde bereits gearbeitet.

Abschließend befaßte sich Nekula mit der immer schwieriger werdenden wirtschaftlichen Lage der Stadtwerke. Erstmals gerate die Bestattung in die roten Zahlen. Die E-Werke seien durch den enormen Investitionsbedarf zur Sicherung der Stromversorgung belastet, der Tarifantrag aller österreichischer Energieversorgungsunternehmen sei deshalb notwendig gewesen.

Jedenfalls müsse den Unternehmungen gegeben werden, was sie brauchen, um Wien so wie bisher mit Licht, Kraft, Wärme und Verkehrseinrichtungen zu versorgen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

Wiener Landtag:Getränkesteuer auch für Bier
=====

Wien, 19.12. (RK) Einziger Tagesordnungspunkt der Landtags-sitzung vom Mittwoch (Vorsitz Zweiter Präsident Otto Schweda) war eine Novellierung des Getränkesteuergesetzes, durch die das Bundesland Wien in die Lage versetzt wird, auch Bier zu be-steuern. Finanzstadtrat Hans Mayr betonte als Referent, daß Gemeindegewerbe, Städtebund und Landeshauptleutekonferenz nach ein-stimmigen Beschlüssen empfohlen haben, von dieser durch den neuen Finanzausgleich möglich gewordenen neuen Steuer Gebrauch zu machen.

Abg. Dr. Hirnschall (FPÖ) lehnte die sogenannte Biersteuer im Namen seiner Fraktion ab. Begründung: Die finanzielle Situation Wiens mache die Einhebung einer neuen Steuer nicht notwendig. Da keine Zweckbindung vorhanden sei, sei er auch skeptisch, ob die Einnahmen aus dieser Steuer auch tatsächlich - wie ange-kündigt - dem Gesundheitswesen zugute kommen werden. Seine Fraktion hätte dieser neuen Steuer unter Umständen dann zugestimmt, wenn dafür die Getränkesteuer für alkoholfreie Getränke aufgehoben würde.

Stadtrat Lehner (ÖVP) wandte sich ebenfalls gegen die neue Steuer. Eine Zweckbindung wäre unbedingt notwendig gewesen. Die Ablehnung der Zweckbindung durch die SPÖ sei seiner Meinung nach nicht stichhaltig gewesen. Man hätte sich an Graz ein Beispiel nehmen können, wo sein Parteifreund Vizebürgermeister Hasiba über die Art der Verwendung dieser zusätzlichen Steuereinnahme eine Bürgerbefragung initiierte. Von diesen Überlegungen abgesehen sei diese neue fiskalische Maßnahme eine echte Konsumentensteuer, die vor allem die sozial Schwächeren treffe.

Abg. Busta (SPÖ) meinte, daß kein Alibibeschuß für eine Zweckbindung notwendig sei. Man müsse immer den Finger am Puls der Bevölkerung haben, den dringendsten Bedarf decken und Jahr für Jahr durch politische Willensbildung neue Akzente setzen. Die Aufhebung der Getränkesteuer für alkoholfreie Getränke sei deswegen sinnlos, weil Erfahrungen in der Vergangenheit gezeigt

hätten, daß der Endverbraucherpreis dieser Getränke dadurch um keinen Groschen gesenkt werden konnte. Lediglich die Handels-
spanne für den Zwischenhandel sei größer geworden.

Auch Stadtrat Hans Mayr betonte in seinem Schlußwort, daß eine Zweckbindung die kurzfristig notwendigen politischen Entscheidungen im Interesse der Bevölkerung erschwere. Seine Partei habe die formale Zweckbindung abgelehnt, er betonte jedoch hoch einmal, daß die Einnahmen in erster Linie den Sozialeinrichtungen zugute kommen sollen.

Abstimmung: Das Gesetz wurde mit den Stimmen der SPÖ beschlossen.

- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Stadtwerke-Debatte

=====

Wien, 19.12. (RK) GR. Dkfm. Bauer (FPÖ) bezeichnete das Verhältnis zwischen Eigen- und Fremdkapital bei den Stadtwerken als unausgeglichen. Die Versäumnisse der Vergangenheit - an denen auch die ÖVP, die jahrzehntelang für dieses Ressort verantwortlich war, mitschuldig sei - kämen hier besonders zum Ausdruck. Jahrzehntelang sei nichts für den Massenverkehr geschehen. Die Straßenbahn bleibe ein Vehikel, mit dem man keine Massen befördern könne - und der Bau der U-Bahn erfolge zu langsam. Die Energieversorgung Wiens sei gefährdet. Das Fernsehen verursache heute schon Verbrauchsspitzen, die durch das Farbfernsehen noch verschärft würden. Noch größer als die Probleme beim Strom sei die Gefahr, daß die Erdgasbelieferung Wiens eines Tages unterbunden sein könnte. Dann wäre drei- oder viermal so viel Strom wie jetzt nötig, um den Ausfall wettzumachen. Das Fehlen eines Energiekonzeptes wirke sich darin aus, daß manche Stadtviertel mit Strom, Gas und Fernwärme versorgt würden.

Die 1970 vorgenommenen Verbesserungen der Finanzlage seien damals fälschlich als Sanierung und außerordentliche Verbesserung der Kapitalstruktur der Stadtwerke verkauft worden, stellte GR. Dkfm. Ammann (ÖVP) fest. Die Kostenschere mache auch vor den Stadtwerken nicht halt. Hier wirke sich die Inflationspolitik der Bundesregierung und auch die Mehrwertsteuer aus. Dabei sei die Entwicklung der vier Teilunternehmen unterschiedlich. GR. Ammann brachte deshalb den Antrag ein, die Vermögens- und Erfolgsrechnung jedes Teilunternehmens vorzulegen. Steigende Schuldendienste und ein immer höherer Investitionsbedarf charakterisierten das trübe Bild der Stadtwerke. Es sei kein Wunder, daß die Stadtwerke nach Tarifierhöhungen schreien - während allerdings die "AZ" verspreche: "Ein Jahr keine Tarifierhöhungen in Wien". Das Budget sei unter dem Motto "Es wird scho nix geschehn" erstellt worden. Der Redner kritisierte die Nichtbeteiligung Wiens am ersten Kernkraftwerk und meinte, statt der Prestigeprojekte Donauinsel und UNC-City solle man die Energieversorgung und den Verkehr sichern.

./.

Man überlege nicht, welche Investitionen bei den Stadtwerken zurückgestellt werden könnten, sondern spreche von einer neuen Steuer. Der Gedanke an eine Verkehrssteuer sei schärfstens zu verurteilen. Die Verwendung der Mineralölsteuer solle man allerdings neu überdenken und sie etwa für das Park and ride-System heranziehen.

GR. Ammann fragte, warum das Energiekonzept nicht vorgelegt werde. Die Äußerung von Bürgermeister Gratz, daß Wiens Stromversorgung gesichert sei, sei verantwortungslos und stelle eine Aufforderung zur Stromverschwendung dar (GR. Rautner, SPÖ: Wer spricht von Verschwendung? Nur Sie!)

Die Verkehrsbetriebe hätten jetzt die historische Möglichkeit, von der bisherigen Beförderungsmentalität zum echten Service zu gelangen. GR. Ammann brachte deshalb den Antrag ein, Pensionisten mit einem Monatseinkommen bis 2.500 Schilling und Pensionistenehepaare mit einem Monatseinkommen bis 3.000 Schilling in den verkehrsschwachen Zeiten gratis, die anderen Pensionisten um den halben Fahrpreis zu befördern. (Zwischenrufe von der SPÖ: Wer bezahlt das?). Zusammenfassend kritisierte der Redner, daß es kein längerfristiges Investitions- und Finanzkonzept gebe, daß die Chance, den Fahrgastchwund zu stoppen, vertan werde und daß von einer Sanierung der Stadtwerke keine Rede sein könne.

Mit Vehemenz wandte sich der nächste Debattenredner GR. Deutsch (SPÖ) dagegen, daß im Zusammenhang mit den Verkehrsbetrieben immer wieder von Defizitwirtschaft gesprochen werde. Man müsse die Subventionierung der Verkehrsbetriebe als eine echte Sozialleistung im Interesse der Allgemeinheit betrachten. Wenn die Kluft zwischen Einnahmen und Ausgaben weiter zunehme, sei dies nicht zuletzt auch auf die Sozialtarife zurückzuführen, die allein einen Betrag von 360 Millionen Schilling ausmachten. Die Leistungen der Verkehrsbetriebe sind aber schon daraus erkennbar, daß 55 Prozent der Bevölkerung die öffentlichen Verkehrsmittel zur Fahrt in die Arbeit und von der Arbeit nach Hause benützten, während 30 Prozent der Bevölkerung mit dem Auto fahren. Die Leistung der Verkehrsbetriebe könne auch daran ermessen werden, daß ihre Kosten für die Beförderungsleistung niedriger seien, als bei Privatfirmen, die ihre Beschäftigten mit Zubringerautobussen befördern. Die Wiener Verkehrsbetriebe zählten aber auch zu den sichersten Verkehrsmitteln. Während nämlich im Individualverkehr

die Zahl der Unfälle von 1962 auf 1972 von 13.952 auf 18.133 stieg, sei die Unfallziffer im gleichen Zeitraum bei den Verkehrsbetrieben von 4.569 auf 3.615 gesunken. Das sei auf die Ausstattung der Waggon mit selbstschließenden Türen zurückzuführen. Der Redner versicherte, daß man Ratschläge von allen Seiten prüfen und keine Lösungsvorschläge ignorieren werde, daß man aber über die Frage der Tarifgestaltung offen diskutieren werde müssen. Das Personalproblem werde im kommenden Jahr nicht einfach sein, da die 40-Stunden-Woche auf die Verkehrsbetriebe zukomme. Schon jetzt fehlten beim Fahrpersonal rund 900 Bedienstete.

GR. Arthold (ÖVP) befaßte sich anschließend ausführlich mit dem Gutachten des Verkehrsexperten Professor Lehner und kritisierte, daß dabei die U-Bahn und das S-Bahn-Netz nicht berücksichtigt worden sei. Überdies seien die Anregungen dieses Gutachtens nicht dazu benützt worden, ein Verkehrskonzept auszuarbeiten. Man versuche lediglich, herausgelöste Einzelvorschläge zu verwirklichen, wie beispielsweise das 15-Minuten-Intervall in den Abendstunden. Der Redner brachte den ÖVP-Antrag in Erinnerung, der eine Verlängerung der U 1 vom Reumannplatz in Favoriten bis nach Ober-Laa vorsieht. Die Straßenbahnlinien 66 und 67 könnten dann aufgelassen und ein echtes Park- and Ride-System eingeführt werden. Schließlich warf der ÖVP-Sprecher der Rathausmehrheit vor, konzeptlos so wichtige Ausfallstraßen wie die Mariahilfer Straße und die Wiedner Hauptstraße in sogenannte Straßenbahnstraßen umwandeln und für den Autoverkehr sperren zu wollen. Im Falle der Wiedner Hauptstraße zum Beispiel hätte die Florianikirche nicht abgerissen werden müssen. Der Redner trat schließlich für den Ausbau des S-Bahn-Netzes ein. Die Vorortelinie und die Donau-Ländebahn müßten einbezogen werden, wodurch ein S-Bahn-Anschluß nach Schwechat und in neue Wohngebiete im Süden Wiens erreicht werden könnte.

GR. Hirsch (SPÖ) erinnerte daran, daß schon wiederholt erklärt worden sei, warum sich Wien nicht am ersten Kernkraftwerk beteiligt: Erstens käme es für Wien zu spät, zweitens brächten das Kraftwerk Donaustadt und die Gasturbine zusammen 420 Megawatt, weit mehr, als das Kernkraftwerk hätte bringen können. Die VP behauptete, es fehle an Konzepten. Sie selbst habe nur eines: Wien krank zu jammern. Sie verlange viele Dinge, sage aber nicht dazu, wer sie bezahlen solle. Die SPÖ trage die Verantwortung und

werde in das Krisengeschrei nicht einstimmen. Es sei rechtzeitig Vorsorge getroffen worden, um die Energieversorgung zu sichern. Die E-Werke besäßen Ölvorräte für mindestens drei Monate - eine Vorratspolitik übrigens, die noch vor einem halben Jahr vom Kontrollamt und vom Rechnungshof aus wirtschaftlichen Gründen kritisiert worden sei, die sich heute aber eindeutig als richtig herausstelle.

S+R. Nekula (SPÖ) erklärte im Schlußwort, daß die ÖVP im Stadt-senat zwei Gründe für die Ablehnung des Stadtwerke-Wirtschaftsplanes angeführt habe. Sie habe 125 Millionen S zusätzlich für die Verkehrsbetriebe verlangt. Mit den 143 Millionen, die den Verkehrsbetrieben von der Finanzverwaltung gewährt wurden, sei diese Forderung überholt. Als zweites habe die ÖVP das Fehlen eines Energiekonzeptes angeführt. Dieses Konzept liege jedoch bereits vor.

Zur Verbesserung des Verhältnisses Eigenkapital - Fremdkapital seien bereits Gespräche mit dem Finanzreferenten begonnen worden. Die Übernahme der Pensionslasten durch die Finanzverwaltung habe die Erfolgsrechnung der Stadtwerke um 1,4 Milliarden S verbessert. Nekula betonte, daß er in diesem Zusammenhang nie von einer "Sanierung", sondern immer von einer "Verbesserung der wirtschaftlichen Situation" gesprochen habe.

Die Wiener Verkehrsbetriebe befördern jährlich mehr als 400 Millionen Fahrgäste und bewältigen die Hauptlast des Berufsverkehrs. Für den Fall eines großen zusätzlichen Verkehrsbedürfnisses seien unter anderem Gespräche mit dem Stadtschulrat begonnen worden. Allein eine halbstündige Verschiebung des Unterrichtsbeginns in den höheren und den Berufsschulen würde 40.000 zusätzliche Plätze in der Verkehrsspitze bringen. Auch eine Verschiebung der Arbeitszeiten im öffentlichen Dienst könnte zur Verflachung der Verkehrsspitzen beitragen, darüber werde mit der Gewerkschaft gesprochen.

Zum Tarifproblem erinnerte Nekula daran, was Bürgermeister Gratz in der Pressekonferenz wirklich gesagt hat: Es seien keine Tarifierhöhungen vorgesehen, vorausgesetzt, daß es zu keinen exorbitanten Preissteigerungen komme.

Die Privatindustrie habe eine Vorratspolitik versäumt, sie habe zum Teil nur Ölvorräte für eineinhalb Tage. Sie verlasse sich eben vielfach auf andere. Solange die VP den für die Stadtwerke zuständigen Stadtrat stellte, habe es keine Planung gegeben - außer

dem Plan, alle Straßenbahnlinien durch Autobuslinien zu ersetzen. Die Linie 13 sei das Beispiel dafür, wie unzweckmäßig das gewesen sei. Jetzt gebe es das Lehner-Gutachten, von dem schon wichtige Punkte realisiert seien. Die Schnellbahn sei kein Anlaß zum Lob für ÖVP-Minister: Der ÖVP-Finanzminister habe es abgelehnt, Geld für die S-Bahn herzugeben, die Stadt Wien habe die S-Bahn vorfinanziert.

Die Planung der Stadtwerke sei langfristig, betonte Nekula: Bis 1980 werde der gesamte Wagenpark der Verkehrsbetriebe erneuert und für den schaffnerlosen Betrieb eingerichtet sein. Die derzeitige Planung der E-Werke sichere die Stromversorgung bis 1984.

Abstimmung: Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke für 1974 wurde mit den Stimmen der SPÖ genehmigt. Die beiden ÖVP-Anträge wurden einstimmig dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

Restliche Tagesordnung

Nach den Beratungen über den Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke hielt der Gemeinderat noch eine Geschäftssitzung ab, bei der die restliche Tagesordnung genehmigt wurde. Unter anderem wurde einstimmig beschlossen, ab 1. Jänner 1974 im Historischen Museum der Stadt Wien und allen angeschlossenen Museen und Gedenkstätten keine Eintrittsgelder mehr zu verlangen.

GR. Schneider (ÖVP) erklärte, seine Fraktion habe dies bereits im März dieses Jahres beantragt und er freue sich, daß dem nun entsprochen werde. GR. Wiesinger (SPÖ) meinte dazu, die Sozialisten würden gar nicht bestreiten, daß auch die ÖVP gelegentlich gute Vorschläge mache und würden auch künftig über solche gute Ideen reden.

Über die Aufstockung der Kosten für das Stadthallenbad von 130 um 86 auf 218 Millionen S, worüber GR. Peska (SPÖ) referiert hatte, gab es eine Debatte: Stadtrat Dr. Goller (ÖVP) bemängelte, daß die Kostenerhöhung 67 Prozent ausmache, von denen lediglich 50 Prozent auf echte Lohn- und Materialerhöhungen entfielen. 17 Prozent beträfen nachträgliche Arbeiten. Dabei stammten diese Berechnungen bereits vom April 1973. Wahrscheinlich habe man damals deshalb den Akt dem Gemeinderat nicht vorgelegt, weil kurz zuvor das Planungsdebakel über das Schafbergbad offenkundig geworden war.

Bei den 17 Prozent sei auch eine Vorhalle enthalten, die auch schon in der ursprünglichen Planung aufgeschienen sei. Es gebe zwar ein Bäderkonzept in Wien, doch sei es durch mangelnde Planung ausgezeichnet, wie sich schon beim Bau des Floridsdorfer Bades und dem Neubau des Dianabades darin gezeigt habe, daß man keine 50-Meter-Becken vorgesehen hatte. Jetzt sei die Zeit bis zu den Europameisterschaften im nächsten Jahr schon knapp und der österreichische Schwimmkader müsse in einer kleinen niederösterreichischen Gemeinde, die über eine 50 Meter-Bahn verfüge, trainieren.

Vizebürgermeister Pfoch erklärte als Debattenredner, die Regierung Klaus hätte zwar für den Ausbau des Sportzentrums in der Südstadt 100 Millionen S bereitgestellt, für die Stadt Wien jedoch nichts übrig gehabt. Das Floridsdorfer Bad sei deshalb ohne 50 Meter-Bahn gebaut worden, weil der notwendige Grund damals nicht verfügbar gewesen sei. Pfoch wies zudem darauf hin, daß 66 Millionen S der beantragten Erhöhung laut Baukostenindex eingetreten seien. Abstimmung: einstimmig angenommen.

Stadtrat Hans Mayr beantragte dann zu der vom Landtag heute beschlossenen zehnzehnten Verbrauchergebühr beim Bier, die korrespondierende Ausschreibung durch den Gemeinderat. Stadtrat Lehner (ÖVP) kritisierte neuerlich das Fehlen einer Zweckbindung und stellte einen Antrag, die daraus resultierenden Beträge zweckgebunden dem Ausbau der Alterspflegeheime zuzuführen. Im Schlußwort meinte Stadtrat Mayr, eine formale Zweckbindung sei natürlich möglich, doch sei er aus zwei Gründen dagegen: Erstens würden die Zuwachsraten für die sozialen Aufwendungen in den nächsten Jahren sicher höher sein als die Erträge aus der Biersteuer und zweitens wäre eine solche Zweckbindung grundsätzlich deshalb nicht sinnvoll, weil der politische Spielraum bei der Budgetstellung durch solche Maßnahmen immer mehr eingeengt würde.

Abstimmung: Der Abänderungsantrag blieb mit den Stimmen der ÖVP in der Minderheit, der Antrag des Referenten wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

GR. Holubarz (SPÖ) legte den Antrag vor, die Planung für die Stadterweiterung Süd, auf den sogenannten Draschegründen, für 3,150.000 S zu vergeben. GR. Dr. Peter Mayr (ÖVP) meinte, man müßte sich erst klar werden, ob eine Stadterweiterung in diesem Ausmaß überhaupt zweckmäßig sei. Es gebe ernste Argumente dagegen: ein Generalplan für Wien fehle, Stadterneuerung habe Vorrang vor Stadterweiterung, die Einwohnerzahl Wiens sinke, die Hälfte der Draschegründe liege auf niederösterreichischem Gebiet, die Kosten für die Infrastruktur würden sehr hoch sein. Stadtrat Ing. Hofmann (SPÖ) erwiderte, daß über Stadterneuerung nur sprechen dürfe, wer sich für deren wichtigste Voraussetzung, das Assanierungsgesetz, einsetze. Solange die ÖVP dieses Gesetz im Parlament immer wieder verzögere, sei sie dazu nicht berechtigt. Die Stadt müsse, solange es das Gesetz nicht gibt, Vorsorge für Stadterweiterung treffen. Die Vergabe der Planung sei nur eine Vorarbeit dazu. Erst wenn die Planung vorliegt, habe der Gemeinderat über die Flächenwidmung zu entscheiden. Die Planung wird mehrere Ziele verfolgen - neben dem Wohnbau auch die Betriebsansiedlung, und nicht zuletzt solle die bestehende Siedlung nicht nur erhalten, sondern erweitert und abgerundet werden. Abstimmung: Von SPÖ und FPÖ genehmigt.

GR. Stockinger (SPÖ) beantragte zusätzlich 16,2 Millionen S für die Herstellung der Fußgängerzonen Kärntner Straße, Rathausplatz und Favoritenstraße. GR. Arthold (ÖVP) kritisierte, daß der Gemeinderat mit Details der Fußgängerzonen befaßt werde, aber nicht mit der grundsätzlichen Gestaltung. Der Berichterstatter erwiderte, daß aus dem Antrag genau ersichtlich sei, wofür das Geld verwendet werden solle: Planungen, Modelle, Verkabelungen für die künftige Beleuchtung, vermessungstechnische Unterlagen sowie ein provisorischer Gehsteigbelag und Granitsteine für die Kärntner Straße. Abstimmung: Einstimmig genehmigt.

Stadtrat Heller (SPÖ) beantragte, im Interesse der "Waffengleichheit" zwischen Mandataren und Verwaltung jeder im Gemeinderat vertretenen Partei ein Sekretariat zur Verfügung zu stellen. Die Stadtverwaltung übernimmt dafür die Sachkosten und nach der Zahl der Klubmitglieder auch gewisse Personalkosten. Die Gesamtausgaben betragen derzeit im Jahr 2,6 Millionen S. Die Einrichtung der Klubsekretariate wurde einstimmig beschlossen.

Schlußansprache des Bürgermeisters

=====

Wünsche für eine friedliche Welt ohne Hunger, Not und Unterdrückung

Die Wünsche der Wiener für eine friedliche Welt, für eine Welt ohne Hunger, Not und Unterdrückung, brachte Bürgermeister Leopold Gratz in seiner Schlußansprache vor dem Wiener Gemeinderat zum Ausdruck. Gerade die Energiekrise, die erschütternde Tatsache, daß der Krieg im Nahen Osten in die Zentren Europas getragen wird, sagte Gratz, zeigt uns, daß kein Land und keine Stadt eine Insel der Seligen sein kann.

Zur Arbeit im neuen Wiener Gemeinderat bemerkte Gratz, es habe sich jetzt schon herausgestellt, daß es nicht einer formalen Koalition bedürfe, um sicherzustellen, daß alle Mitglieder dieses Gremiums mit allen ihren Fähigkeiten und mit all ihrer Energie bereit sind, für Wien und seine Bürger tätig zu sein. Er betonte neuerlich, daß für jede Verwaltung und für jedes Verwaltungsorgan die offene Konfrontation der Meinungen nichts Verdammenswertes ist, sondern wesentlich für die Willensbildung in einer demokratischen Gesellschaft.

Mit Bezug auf den Beschluß des Gemeinderates, den Klubs der politischen Parteien materielle Unterstützung für ihre Arbeit zu gewähren, legte Gratz ein Bekenntnis zu der wesentlichen Rolle der politischen Parteien und ihrer Fraktionen im Gemeinderat ab.

Gerade in einer Zeit, in der die sogenannte Informationsexplosion manchmal bedeutet, daß der Bürger mit einer Fülle von unzusammenhängenden Einzelinformationen überschüttet wird, ist es notwendig, die Integrationsfunktion der politischen Parteien hervorzuheben. Diese Integrationsfunktion verlangt die Bereitschaft, Verantwortung zu tragen, sie erfordert aber auch, diese verantwortliche Stellungnahme auf Grund umfangreicher objektiver Information zu beziehen. Die materielle Hilfestellung der Stadt Wien für die Fraktionen des Wiener Gemeinderates ist daher eine Voraussetzung dafür, daß die politischen Funktionäre nicht durch Informationsmangel gegenüber der Verwaltung benachteiligt werden.

Der Bürgermeister dankte abschließend im Namen des Gemeinderates den Bediensteten der Stadt Wien aber auch den Mitgliedern der Exekutive und den Wienern im Österreichischen Bundesheer für ihren Einsatz im Interesse der Bürger Wiens.

k o m m u n a l :

=====

'essen auf raedern':

ab 1974: sozialfaelle erhalten zuschuesse

3 wien, 19.12. (rk) bezieher von mindestpensionen und dauer-sozialhilfeleistungen sowie empfaenger kleinerer pensionen, die im rahmen der aktion 'essen auf raedern' betreut werden, werden ab 1. jaenner 1974 nur mehr einen teil der menuekosten zu leisten haben. der gemeinderatsausschuss fuer soziales und gesundheit fasste mittwoch einen diesbezuglichen beschluss.

demnach wird solchen beziehern von 'essen auf raedern' kuenftighin nur mehr ein beitrag von acht promille ihres monatlichen einkommens pro mahlzeit angerechnet werden. die restlichen kosten des essensbezuges wird das sozialamt tragen. die geschaetzten zusaetzlichen kosten dafuer werden sich im jahr 1974 auf rund 1,7 millionen schilling belaufen.

gegenwaertig werden in wien 4.250 aeltere und gebrechliche wienerinnen und wiener taeglich mit einer warmen mahlzeit versorgt. 2.910 sind bezieher von normalkost (ab 1. jaenner 1974 22 schilling) und 1.340 bezieher von schon- beziehungsweise diaetkost (ab 1. jaenner 1974 27 schilling). die kosten fuer die zustellung - sie erfolgt durch die volkshilfe, heimhilfe, das soziale hilfswerk und die caritas - traegt bekanntlich die stadt wien.

k o m m u n a l :

=====

kuerzeste budgetdebatte, die es je gab

10 wien, 19.12. (rk) die budgetdebatte im wiener rathaus wurde mittwoch abgeschlossen. es war mit 31 stunden und 55 minuten die kuerzeste debatte, die es je gab. die reduzierung der zahl der geschaeftsgruppen wirkte sich auf die dauer der beratungen aus.

das laengste referat erstattete mit 1 stunde und 10 minuten finanzstadtrat hans m a y r . das kuerzeste referat hielt gesundheitsstadtrat dr. alois s t a c h e r mit 18 minuten. als laengster debattenredner fuehrten bis zum heutigen tag gemeinderat fritz h a h n und gemeinderat dr. e b e r t , die beide je 50 minuten lang gesprochen hatten. diesen rekord schnappte ihnen heute, am letzten tag gemeinderat d e u t s c h mit einer 54-minuten-rede weg. insgesamt beteiligten sich an der budgetdebatte 57 redner.

1513

L o k a l :

=====

eduard maerz - 65. geburtstag

2 wien, 19.12. (rk) am 21. dezember vollendet der national-oekonom universitaetsprofessor dr.eduard m a e r z das 65. lebensjahr.

eduard maerz wurde 1908 in lemburg geboren. er studierte zu-naechst an der universitaet wien und schloss sein studium an der harvard-universitaet (usa) mit dem doktorat der wirtschaftswissenschaften ab.

bereits in jungen jahren war maerz vortragender an wiener volkshochschulen. 1933 trat er als betriebswirtschaftlicher berater in den dienst der international business machines corporation (ibm). fuer diese firma war er von 1938 bis 1940 in der schweiz und in der tuerkei und ab 1940 bis 1942 in den vereinigten staaten taetig. anschliessend war er bis 1946 bei der amerikanischen flotte, hauptsaechlich als vortragender auf dem gebiet der kriegsgeschichte. nach seinem ausscheiden aus dem militaerdienst lehrte er an einigen amerikanischen hochschulen theoretische national-oekonomie, wirtschaftsgeschichte und geldtheorie. kurze zeit war er konsulent der general electric corporation.

anfang der fuenfziger jahre kehrte maerz nach oesterreich zurueck und wurde zunaechst konsulent des oesterreichischen instituts fuer wirtschaftsforschung und spaeter konsulent der creditanstalt-bankverein. 1956 trat er in den dienst der arbeiterkammer wien und wurde 1958 leiter der wirtschaftswissenschaftlichen abteilung. 1966 wurde er fuer ein jahr von der arbeiterkammer wien freigestellt und war in dieser zeit bei der manpower divison der oecd in paris taetig. 1968 wurde er als honorarprofessor fuer nationaloekonomie an die hochschule fuer wirtschafts- und sozialwissenschaften in linz und 1972 als gast-

./.

professor an die universitaet salzburg berufen, wo er ueber wirtschaftsgeschichte vorlesungen und seminare haelt.

eduard maerz ist einer der bedeutendsten oesterreichischen sozialistischen wirtschaftstheoretiker. in seinen wissenschaftlichen arbeiten beschaeftigt er sich mit theoretischen, praktischen und historischen aspekten der oesterreichischen und der internationalen wirtschaft. erwae seien hier vor allem seine selbstaendigen publikationen:

seine untersuchung ueber die marxsche wirtschaftstheorie (''die marxsche wirtschaftslehre im widerstreit der meinungen, 1958), der essay-band ''oesterreichs wirtschaft zwischen ost und west'', 1965, und seine wirtschaftsgeschichtliche untersuchung ''oesterreichische industrie- und bankpolitik in der zeit franz joseph 1.'', 1968. im werk ''kapitalmarktkonzept fuer oesterreich'', 1965, einer wachstumspolitischen untersuchung, hat er wesentliche beitraege geleistet. daneben hat er in wissenschaftlichen zeitschriften zahlreiche artikel veroeffentlicht. unter seiner leitung wurden von der wirtschaftswissenschaftlichen abteilung der arbeiterkammer zahlreiche studien zu problemen der oesterreichischen wirtschaft ausgearbeitet. maerz, der traeger des koerner-preises ist, gehoert auch zu den initiatoren des wirtschafts- und sozialbeirates.

1973 wurde ihm der preis der stadt wien fuer geisteswissenschaften verliehen.

L o k a l :

=====

weihnachtslieder auf dem rathausplatz

4 wien, 19.12. (rk) vor dem grossen beleuchteten christbaum auf dem rathausplatz werden morgen, donnerstag, um 15.30 uhr, rund 150 kinder dem wiener buergermeister leopold g r a t z , den mitgliedern des stadtseantes und des gemeinderats sowie vertretern der beamten des rathauses ein vorweihnachtliches staendchen bringen.

mit dieser kleinen feier wollen die kinder den wiener stadtvaetern und den mitarbeitern der stadtverwaltung dafuer danken, dass sie wieder ein jahr lang im dienste der wiener buerger, der grossen und der kleinen, taetig waren. die buben und maedchen werden den stadtveatern und deren mitarbeitern kleine, selbstgebastelte geschenke ueberreichen.

die wienerinnen und wiener sind zu diesem weihnachtssingen auf dem rathausplatz herzlich eingeladen.

1115

s p o r t :

=====

weiteres 'weihnachtsgeschenk' an die sportler:
schul-turnsaele ab jaenner voellig gratis

6 wien, 19.12. (rk) neben der errichtung eines schleppliftes auf der himmelhofwiese in huetteldorf, der vorbereitung eines natureislaufplatzes auf dem kaiserwasser und dem gratis-eislaufen in der stadthalle waehrend der weihnachtsferien hat die stadt wien fuer die sportler wiens ein weiteres 'weihnachtsgeschenk' vorbereitet: wie stadtrat kurt h e l l e r der 'rathaus-korrespondenz' mitteilt, werden mit jahresbeginn die turnsaele der staedtischen schulen voellig kostenlos fuer die sportausuebung zur verfuegung stehen. das bedeutet, dass keine miete mehr an die schulverwaltung und kein entgelt an die schulwarte mehr zu entrichten sein werden. diese massnahme wird zweifellos vielen wiener sportvereinen eine finanzielle entlastung bringen. die kosten dafuer in der hoehe von voraussichtlich 1,3 millionen s jaehrlich uebernimmt die stadt wien.

1127

Rathaus-Korrespondenz

gegründet 1861



Donnerstag, 20. Dezember 1973

Blatt 2505

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Maulwurf ist durch

Lokal: Silvester auf dem Rathausplatz

Die Rettung im November: Mehr Verkehrsunfälle und Herzinfarkte

Die "Rathaussonne" ist erloschen: 190.000 Besucher in der großen Jubiläums-Ausstellung

Chef vom Dienst 42 800/Durchwahl 2971

k o m m u n a l :

=====

maulwurf ist durch!

5 wien, 20.12. (rk) um punkt 11.13 uhr war es so weit: der ''maulwurf'' hat die letzte barriere der tunnelroehre vom sued-tiroler platz zum columbusplatz durchstossen und damit den letzten abschnitt auf der suedstrecke der u 1 zwischen stephansplatz und reumannplatz fertiggestellt. als erster kletterte werkmeister eduard r i n g h o f e r durch den schild und begruesste stadtrat ing. fritz h o f m a n n als bauherrn.

die ~~512-meter-lange-tunnelstrecke~~ vom suedtiroler platz zum columbusplatz war mit einer ~~durchschnittlichen~~ tagesleistung von 11 meter fertiggestellt worden. 80 meter davon mussten unter druckluft aufgefahren werden, weil sich unterhalb der suedbahnbruecke ein kritischer bereich befunden hat. die schildmaschine wird nun hier im zielschacht columbusplatz demontiert und wird von hier zum schwedenplatz gebracht, wo sie im kommenden jahr wieder eingesetzt wird, um die streckenroehren vom donaukanal zum stephansplatz hin zu bauen.

1220

L o k a l :

silvester auf dem rathausplatz
stephansplatz bitte meiden !

1 wien, 20.12. (rk) auf dem wiener rathausplatz wird heuer wieder das traditionelle silvester-turmbblasen stattfinden. in der zeit von 18 bis 18.35 uhr spielt auf der loggia des rathaus-turmes der trompeterchor der stadt wien unter der leitung von professor josef levona musikstuecke von jacobus gallus, franz. matthias techelmann, richard strauss, karl roesner, robert keldorfer, karl pilss, robert ernst und ein weihnachtsliederarrangement. vor dem lezten musikstueck wird die neujahrsansprache des buergermeisters auf den rathausplatz uebertragen.

von 23.50 bis 24 uhr wird weihnachtsmusik auf den platz uebertragen, es folgen zwoelf glockenschlaege und die klaenge des donauwalzers, gespielt von den wiener philharmonikern unter klemens krauss.

auf dem wiener stephansplatz wird heuer durch die u-bahnbaustelle nur wenig platz sein. der zugang zum dom ist jedoch gewaehrleistet. zum jahreswechsel wird wie immer die pummerin laeuten. trotzdem empfiehlt es sich, diesmal das neue jahr nicht gerade auf dem stephansplatz zu erwarten.

0855

L o k a l :

=====

die rettung im november:

mehr verkehrsunfaelle und herzinfarkte

3 wien, 20.12. (rk) die zahl der hilfeleistungen der wiener rettung hat bei unfaellen - insbesondere bei verkehrsunfaellen -, bei kreislaufstoerungen und herzinfarkten stark zugenommen. dies geht aus dem taetigkeitsbericht des rettungs- und krankenbefoerderungsdienstes der stadt wien fuer november hervor. so betrug die zahl der ausfahrten des rettungsdienstes in diesem monat 3.903, davon waren allein 1.882 interventionen bei verletzten personen notwendig. von den 1.913 internen faellen entfielen witterungsbedingt ein grossteil auf kreislaufstoerungen und herzinfarkte. insgesamt nahm die zahl der interventionen des rettungsdienstes verglichen mit dem vorjahr um 1.973 personen zu.

der krankenbefoerderungsdienst transportierte im november insgesamt 6.263 personen, wobei 80.938 kilometer zurueckgelegt wurden. dabei handelte es sich um 5.603 interne faelle, 335 infektionen und 286 geisteskranke. vom sanitaetspersonal wurden insgesamt vier entbindungen in wohnungen durchgefuehrt.

1135

L o k a l :

=====

die ''rathaussonne'' ist erloschen: 190.000 besucher
in der grossen jubilaeums-ausstellung

4 wien, 20.12. (rk) seit heute ist die ''rathaussonne'' erloschen, die fast zwolff wochen lang von der hoehe des rathaussturms ein weithin sichtbares licht ausstrahlte - und die jubilaeumsausstellung signalisierte. mit dem erloeschen der riesigen lichtscheiben ging auch die ausstellung zu ende. sie war zum hundertsten jahrestag der grundsteinlegung fuer das wiener rathaus veranstaltet worden.

noch am mittwoch, dem letzten ausstellungstag, besuchten zahlreiche wiener die in der schmidthalle, im arkadenhof und in der volkshalle untergebrachte grossausstellung. insgesamt wurden seit der eroeffnung nahezu 190.000 besucher gezaehlt. das ist zweifellos die hoechste besucherzahl, die je eine ausstellung dieser art in wien erzielen konnte.

freilich stand der ausstellungsbeginn am 30. september unter dramatischen vorzeichen: die geiselaaffaere von marchegg und der kurz spaeter beginnende nahost-krieg beschaeftigten die oeffentlichkeit so sehr, dass die rathausausstellung in den publikationsmedien nur sehr wenig platz finden konnte.

allgemeine anerkennung fanden jedoch gestaltung und darstellung von gegenwarts- und zukunftsproblemen des lebens in unserer stadt. in der budgetdebatte des wiener gemeinderats wurde die ausstellung unwidersprochen als beweis echter informationstaetigkeit, als besinnung zur demokratie und aufforderung zum mitdenken und mitarbeiten gewuerdigt.

die besucher aus allen sozialen schichten fanden ueberdies an zwei einrichtungen besonderen gefallen: immer wieder wurde der wunsch geaeussert, dass das kaffeehaus im markartstil in irgendeiner weise weitergefuehrt werden sollte. aeusserst erfolgreich war auch der versuch von literarischen veranstaltungen auf breitester basis: nicht weniger als 5.500 personen nahmen an den veranstaltungen der

./.

''literatur im rathaus'' teil, in der neben prominenten schriftstellern wie hochwaelder, lernet-holenia, torberg so populaere interpreten wie muliar und ott, sowie moderne literaturproduzenten, dialektdichter und viele jugend- und kinderbuchautoren zu wort kamen.

1154

Rathaus-Korrespondenz

gegründet 1861



Freitag, 21. Dezember 1973

Blatt 2511

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Städtetag am 20. und 21. Februar
Stadtbaudirektor Prof. Koller feiert 65. Geburtstag

Lokal: Verkehrsbetriebe am 24. Dezember
Alle Weihnatskarpfen einwandfrei

Chef vom Dienst 42 800/2971 Durchwahl

k o m m u n a l :
=====

staedtetag am 20. und 21. februar

7 wien, 20. 12. (rk) unter dem vorsitz von buergermeister a.d. felix s l a v i k fand donnerstag im wiener rathaus eine sitzung der geschaeftsleitung des oesterreichischen staedtebundes statt. dabei wurde beschlossen, den 26. oesterreichischen staedtetag, der urspruenglich im juni 1973 in schwechat haette stattfinden sollen und wegen der maul- und klauenseuche abgesagt werden musste, am 20. und 21. februar 1974 in baden abzuhalten.

ein weiterer wesentlicher punkt der beratungen der geschaeftsleitung war, buergermeister g r a t z , wien, dipl.-ing. ddr. g o e t z , graz, g u g g e n b e r g e r , klagenfurt, sowie vizebuergermeister s t o i s e r , graz, und ing. r e s c h , villach, in die geschaeftsleitung zu kooptieren.

weiter befasste sich die geschaeftsleitung mit dem von der bundesregierung angeregten stabilisierungsprogramm, das fuer alle gebietskoerperschaften auch im jahre 1974 geltung haben soll. dabei wurde folgende einstimmige entschliessung gefasst:

''die geschaeftsleitung des oesterreichischen staedtebundes hat in ihrer sitzung am 20. dezember festgestellt, dass die gemeinden bisher im rahmen ihrer moeglichkeiten die stabilisierungspolitik der bundesregierung waehrend des jahres 1973 durch konforme massnahmen unterstuetzten und weiter unterstuetzen. im hinblick auf die wirtschaftliche situation empfiehlt die geschaeftsleitung den mitgliedsgemeinden des oesterreichischen staedtebundes, die weitere teilnahme an den stabilisierungsbemuehungen im sinne der vorschlaege des herrn bundesministers fuer finanzen vom 10. dezember 1973. die billigung der vorschlaege des bundesministers fuer finanzen umfasst auch die zustimmung zum ankauf von sechsmonatigen, mit drei prozent zugunsten der gemeinden verzinnten kassenscheinen der oesterreichischen nationalbank im ausmass von fuef von 100 der vorschuesse auf die ertragsanteile fuer februar bis juni 1974.

die gemeinden oesterreichs erbitten jedoch auch ihrerseits das verstaendnis der bundesregierung fuer die tatsache, dass die kommunalen aufgaben, insbesondere auf dem gebiet der infrastruktur eine elastische handhabung der stabilisierungsmassnahmen erfordern.''

+++

k o m m u n a l :

=====

stadtbaudirektor prof. koller feiert 65. geburtstag

3 wien, 21.12. (rk) im rahmen einer kleinen feier wurde freitag stadtbaudirektor prof. dipl.-ing. dr. rudolf k o l l e r antlaesslich seines 65. geburtstages geehrt. vizebuurgermeister hubert p f o c h wuerdigte - in anwesenheit der stadtraete ing. fritz h o f m a n n und peter s c h i e d e r sowie der mitarbeiter des bauamtes - die leistungen des obersten baubeamten der wiener stadtverwaltung.

pfoch hob hervor, dass prof. koller massgeblich das dynamische baugeschehen nach dem zweiten weltkrieg beeinflusst und sein hohes fachwissen in den dienst des politischen willens dieser epoche gestellt habe. der vizebuurgermeister unterstrich, dass es koller verstand mit ueberzeugungskraft und ohne kommando- ton die faehigkeiten der mitarbeiter des bauamtes zu mobilisieren.

obersenatsrat dipl.-ing. anton s e d a , der chef der gruppe hochbau, verwies darauf, dass prof. koller vor allem drei grosse bauaufgaben - dem u-bahn-bau, dem hochwasserschutz und der wasserversorgung - seine ganze kraft widmete und sich mit ihnen identifizierte.

+ + + + +

prof. dr. rudolf koller uebernahm 1961 als nachfolger von aladar pecht das amt des stadtbaudirektor. seit 1959 hatte er die gruppe tiefbau geleitet. der bau der opernpassage und des sued-tiroler platzes sind die bedeutendsten grossprojekte aus dieser zeit. 1962 wurde koller als honorarprofessor an die technische hochschule wien berufen, die ihm 1965 eine ihrer hoechsten auszeichnungen, die prechtl-medaille, verlieh. 1964 erhielt koller das grosse silberne ehrenzeichen fuer verdienste um die republik oesterreich, 1968 das grosse goldene ehrenzeichen des landes wien. 1972 wurde er ehrensenator der technischen hochschule wien.

rudolf koller ist gebuertiger wiener und vollendet am 27. dezember sein 65. lebensjahr.

0951

l o k a l :

=====

verkehrsbetriebe am 24. dezember

1 wien, 21.12. (rk) wegen der schliessung vieler betriebe am 24. dezember koennen die verkehrsbetriebe an diesem tag einige linien kuerzen oder aendern und damit einer groesseren zahl ihrer mitarbeiter ermoeglichen, den weihnachtsabend mit ihrer familie zu verbringen. trotzdem werden 300 mitarbeiter der verkehrsbetriebe am heiligen abend fuer die fahrgaeste im einsatz stehen.

folgende veraenderungen werden durchgefuehrt:

a und ak werden um 19 uhr eingestellt, dafuer verkehrt zwischen praterstern und elderschplatz die linie 21. statt des g2 faehrt ab 18.30 uhr die linie g2 durchgestrichen zwischen hohe warte und schottentor. 30a verkehrt ab 19.34 uhr nur jede stunde. 52 wird ab 19 uhr nur bis bahnhof rudolfsheim gefuehrt. es entfallen die zusatzfahrten von d durchgestrichen, 0 zur raxstrasse, 9 nach meidling, 25 ueber ring und kai, 167 durchgestrichen zum suedbahnhof, 31/5 und 231. die stadtbahnlinie g faehrt nur bis meidling hauptstrasse. die autobuslinien 60a, 64a, 66a, 67a, 160a und 164 verkehren nach den samstag-fahrplaenen. die innerstaedtischen autobuslinien 1, 2 und 3 werden um 14 uhr eingestellt, die kahlenberglinie um 18 uhr.

am 25. und am 26. dezember gilt bei den wiener verkehrsbetrieben der sonntagstarif. es gelten deshalb die kinder-zweifahrtenscheine um 2 schilling und der jugendfuersorgefahrnschein, waehrend die wochenkarten und arbeitslosenfahrnscheine ungueltig sind. kurzstreckenkarten gelten den ganzen tag.

0841

l o k a l :

=====

alle weihnachtskarpfen einwandfrei

2 wien, 21.12. (rk) den weihnachtskarpfen, die heuer in den wiener fischgeschaeften zum verkauf angeboten werden, stellt die lebensmitteluntersuchungsanstalt der stadt wien das beste zeugnis aus: sie sind alle einwandfrei.

in einer grossaktion haben in den letzten tagen beamte des marktamttes der stadt wien in allen fischgeschaeften proben gezogen. die lebensmitteluntersuchungsanstalt hat diese karpfen einer besonders strengen kontrolle unterworfen. sie wurden unter anderem bakteriologisch auf salmonellen untersucht, um sicherzugehen, dass nur gesundheitlich einwandfreie ware die verbraucher erreicht.

das ergebnis ist ueberaus erfreulich: von den zahlreichen proben, die untersucht wurden, gab keine einzige zu beanstandungen anlass.

0843

Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Samstag, 22. Dezember 1973

Blatt 2516

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Gesundheitsbericht 1972:
Arztekonzentration in der Inneren Stadt und auf
der Wieden

Lokal: Mehr Deutsche und Jugoslawen, weniger Amerikaner
Enquete über moderne Familienfürsorge
Was macht ein Sommerbademeister im Winter?
Auch im November wird gern geheiratet

k o m m u n a l :

=====

gesundheitsbericht 1972 fuer wien:

aerztekonzentration in der inneren stadt und auf der wieden

4 wien, 22.12. (rk) was die aerztliche versorgung der bevoelkerung betrifft, liegt wien nach wie vor an der spitze der bundeslaender: ende 1972 waren in wien insgesamt 5.858 aerzte taetig und zwar 1.485 in ausbildung stehende aerzte, 1.305 praktische aerzte und 3.068 fachaerzte (darunter 645 zahnaerzte). im durchschnitt gibt es fuer je 276 wiener einen arzt oder 36 aerzte fuer jeweils 10.000 wiener. rechnet man die zahlen der ausschliesslich in anstalten taetigen aerzte ab, so verbleiben 925 praktische aerzte und 2.089 fachaerzte (darunter 503 zahnaerzte). auf 10.000 wiener entfielen somit 5,6 praktische aerzte, 3,1 zahnaerzte und 9,9 sonstige fachaerzte in freier praxis. umgekehrt ausgedrueckt hatte ein praktischer arzt durchschnittlich 1.746 und ein zahnarzt 3.170 wiener zu betreuen. auf einen kinderarzt entfielen 1.740 kinder im alter unter 15 jahren.

diese mitteilungen enthaelt der gesundheitsbericht, der heuer vom gesundheitsamt der stadt wien erstmals herausgegeben wurde und der soeben erschienen ist. der vorliegende taetigkeitsbericht fuer das jahr 1972 gibt einen umfassenden ueberblick ueber saemtliche einrichtungen und aktivitaeten des wiener gesundheitswesens, sowie auskunft ueber den gesundheitszustand der wiener bevoelkerung im vorigen jahr.

bei der bezirksweisen aufgliederung ergeben sich jedoch zum teil grosse abweichungen von den durchschnittswerten und stellenweise - insbesondere in den randbezirken - ein fuehlbaren mangel an praktischen aerzten und fachaerzten. waehrend zum beispiel die bezirke 1, 4 und 8 mit 14,3 10,6 beziehungsweise 10,3 praktischen aerzten auf 10.000 bewohner sehr gut versorgt sind, gibt es im 22. bezirk mit 4,1 praktischen aerzten beziehungsweise im 2., 10. und 11. bezirk mit 4,2 praktischen aerzten auf 10.000 wiener einen echten aerztemangel.

+++

l o k a l :

=====

mehr deutsche und jugoslawen, weniger amerikanischen

1 wien, 22.12. (rk) wie aus der fremdenverkehrsstatistik hervorgeht, haben im november 53.769 auslaender wien besucht - um 2.669 mehr als im november 1972. die zahl der uebernachtungen war allerdings ruecklaeufig: waehrend heuer nur 150.927 gezaeht wurden, waren es im november des vorjahrs 152.030.

an erster stelle der auslaendischen wien-besucher standen weiterhin die gaeste aus der bundesrepublik deutschland (13.369 gegenueber 12.349 im november 1972). abgenommen hat die zahl der an zweiter stelle liegenden amerikanischen wien-besucher: heuer kamen 6.947, im november des vorjahrs waren es 7.112. steigende tendenz zeigten dagegen die zahlen der besucher aus jugoslawien und italien: es wurden 4.844 jugoslawen und 3.999 italiener gegenueber 3.820 und 3.865 im november 1972 gezaeht.

+++

l o k a l :

=====

enquete ueber moderne familienfuersorge

2 wien, 22.12. (rk) das jugendamt der stadt wien wird am 16. und 17. jaenner 1974 im wiener rathaus eine enquete zum thema ''moderne familienfuersorge - zielgruppen und methoden'' durchfuehren. die wissenschaftliche leitung dieser veranstaltung hat univ.-prof. dr. walter s p i e l uebernommen. anerkannte in- und auslaendische referenten werden das tagungsthema aus sozialpsychiatrischer, soziaologischer, sozialpaedagogischer und juridischer sicht behandeln. die dabei gewonnenen erkenntnisse und anregungen sollen im rahmen einer kommission ausgewertet werden, und werden fuer die kuenftige szialarbeit im jugendamt der stadt wien richtungsweisend sein.

besonderes augenmerk wird der loesung neuerstander probleme zugewendet werden. dazu zaehlen familien aus benachteiligten bevoelkerungsschichten, deren kinder im haeuslichen milieu der noetigen foerderung entbehren. nach wissenschaftlichen erkenntnissen sind solche kinder nicht in der lage, diese entwicklungsrueckstaende insbesondere auf dem sprachlichen sektor, spaeter nachzuholen und haben daher sehr oft in der schule wie auch im berufsleben integrationsschwierigkeiten. dasselbe gilt auch fuer kinder mit den verschiedensten formen von behinderungen und die betreuung von familien in neuen siedlungsgebieten, denen sozialisation erschwert ist.

+++

l o k a l :

=====

was macht ein sommerbademeister im winter?

3 wien, 22.12. (rk) auf diese nicht unberechtigte frage antwortet die zeitschrift 'wien aktuell' mit einer informativen reportage. danach verfallen die sommerbaeder nach seasonschluss keineswegs in einen 'winterschlaf', vielmehr muessen hinter den geschlossenen toren viele arbeiten durchgefuehrt werden, um fuer das naechste jahr geruestet zu sein.

zunaechst ist eine generalreinigung faellig, dann werden alle kabinen und umkleideraemlichkeiten ueberprueft, ob die einrichtung - baenke, kleiderhaken und spiegel - in ordnung ist. auch die sportanlagen werden ueberholt, weiter liegebretter und sitzbaenke. viel arbeit bereitet die ueberholung der technischen einrichtungen: im gaenschaeufel beispielsweise die durchsicht der wellenmaschine, der paump- und filteranlage. an der alten donau muessen auch die im wasser schwimmenden begrenzungsbojen einer speziellen 'kosmetik' unterzogen werden, die sie gegen rost schuetzt. alle diese bojen an land zu ziehen ist ein recht aufwendiges unternehmen. schliesslich faellt auch der hauptteil der gaertnerischen ausgestaltung der sommerbaeder in die somit gar nicht so tote wintersaison.

+++

l o k a l :

=====

auch im november wird gern geheiratet

5 wien, 22.12. (rk) auch im november haelt die heiratslust der wiener an. wie das statistische amt der stadt wien meldet, wurden in diesem monat 728 ehen geschlossen, das sind um 36 mehr als im november des vorjahres. geboren wurden im november 1.252 kinder (im vorjahr 1.259), gestorben sind 2.204 menschen (im vorjahr 2.155).

+++

Rathaus- Korrespondenz

553
gegründet 1861



Montag, 24. Dezember 1973

Blatt 2522

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: 220 neue Waschmaschinen für Wohnhäuser

Lokal: Müllabfuhr zu den Feiertagen
Bitte die Kartons zusammendrücken !

Ältere Menschen sind meist allein

Chef vom Dienst 42 800/2971 (Durchwahl)

k o m m u n a l :

=====

220 neue waschmaschinen fuer wohnhaeuser

1 wien, 24.12. (rk) der wohn- und Liegenschaftsausschuss des gemeinderats bewilligte kuerzlich den ankauf von 220 waschmaschinen und 220 zentrifugen fuer die modernisierung beziehungsweise den austausch in den waschkuechen staedtischer wohnhaeuser. dafuer stehen 6 millionen schilling zur verfuegung.

0918

l o k a l :

=====

muellabfuhr zu den feiertagen
bitte die kartons zusammendruecken!

2 wien, 24.12. (rk) die muellabfuhr der stadtreinigung hat alle vorbereitungen getroffen, um zwischen weihnachten und neujahr die grosse menge der abfaelle zu beseitigen. von vorteil ist: heuer haufen sich - im gegensatz zum vorjahr - die feiertage nicht so, dass drei abfuhrtage ausfallen. lediglich am christtag (25. dezember) und am neujahrstag wird kein muell abgefuehrt. an den uebrigen tagen zwischen den feiertagen und nach neujahr (einschliesslich samstags) wird die muellabfuhr in vollem umfang durchgefuehrt. es gibt lediglich die durch die beiden erwahnten feiertage hervorgerufenen terminverschiebungen.

eine bitte hat die stadtreinigung an die wiener: druecken sie bitte die kartons und verpackungen so zusammen, dass auch noch der nachbar fuer seinen muell im mistkuebel platz findet.

0920

L o k a l :

=====

aeltere menschen sind meist allein

3 wien, 24.12. (rk) von den 183.000 wienerinnen und wiener, die ueber 60 jahre alt sind, bekommen nur 18.000 von ihren kindern oder schwiegerkindern wenigstens einmal in der woche hilfe im haushalt. mehr als 90 prozent von ihnen sind ohne diese hilfe. das ergab die mikrozensus-erhebung ueber die lebensverhaeltnisse aelterer menschen in wien, deren ergebnis in den ''mitteilungen aus statistik und verwaltung der stadt wien'' veroeffentlicht wurde.

diese harten zahlen werden nur dadurch etwas gemildert, dass der anteil aelterer menschen, denen ihre kinder helfen, mit zunehmenden alter steigt. bei den personen von 60 bis 64 jahre, die wahrscheinlich meist auf eine solche hilfe nicht angewiesen sind, erhalten nur 5 prozent diese hilfe, waehrend es bei den 75- bis 79jaehrigen 15 prozent und bei den personen mit 80 und mehr jahren 29 prozent sind. das bedeutet immerhin, dass von diesen hochbetagten mitbuergern mehr als 70 prozent ohne familiaere hilfe sind.

die befragung ergab aber auch umgekehrt, dass aeltere menschen sehr selten im haushalt von kindern oder schwiegerkindern mit-hilfen, wobei auch das beaufsichtigen von enkeln als solche hilfe gewertet wurde. nur 20.000 aeltere wiener tun dies wenigstens einmal in der woche, 163.000 tun es selten oder nie. der anteil der helfenden omas und opas betraegt bei den 60- bis 64jaehrigen 15 prozent und sinkt mit zunehmendem alter bis auf 4 prozent bei den personen, die 80 jahre oder aelter sind.

die aelteren wienerinnen und wiener wurden auch gefragt, ob sie mit ihrer derzeitigen unterkunft zufrieden sind oder anderswo unterkommen wollen. 88 prozent wollen bleiben, wo sie sind, 4 prozent wuerden gerne in ein pensionistenheim uebersiedeln, 3 prozent in ein altersheim, 2 prozent zur staendigen pflege in ein krankenhaus, ebenfalls 2 prozent haetten gerne eine wohnung in der naehe ihrer kinder und ein prozent schliesslich wuerde lieber mit den kindern

zusammenwohnen. diese antworten hingen vor allem vom gesundheitszustand ab: etwa 95 prozent der menschen, die ihren gesundheitszustand als ''sehr gut'' oder ''gut'' bezeichneten, wollen in ihrer derzeitigen wohnung bleiben, fast alle andern wollen in die naehe ihrer kinder oder zu ihren kinder ziehen, aber fast keiner will in ein heim. eine rolle spielt auch, ob die aelteren menschen allein wohnen oder im krankheitsfall auf die betreuung durch den Ehepartner rechnen koennen.

0948

Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Donnerstag, 27. Dezember 1973

Blatt 2527

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Wien baut Österreichs größte Autobahnbrücke

Lokal: Silvesterdienst der Verkehrsbetriebe

Ruhige Feiertage

Im alten Jahr noch hundertste Geburtstage

"Mondlandung" für jeden im Wiener Prater: Das Planetarium wird mit den modernsten Geräten ausgestattet

Chef vom Dienst: 42 800/Klappe 2971(Durchwahl)

k o m m u n a l :

=====

wien baut oesterreichs groesste autobahnbruecke

1 wien, 27.12. (rk) mit rund zwei kilometer laenge wird die hochstrasse zwischen dem knoten prater und der anschluss-stelle landstrasse das groesste brueckentragwerk sein, das bisher im oesterreichischen autobahnbau in angriff genommen worden ist. die bauarbeiten, mit denen vor wenigen wochen begonnen wurde, werden voraussichtlich vier jahre dauern und rund 700 millionen s kosten. auch dieser betrag stellt fuer ein einzelbauvorhaben auf dem bundesstrassensektor einen rekord dar.

mit den ersten fundamentierungsarbeiten ist im bereich des anschlusses zur neuen donaukanalbruecke begonnen worden. hier werden auch auf- und abfahrten zur endberger strasse entstehen. die hochbruecke, die in einer maximalen hoehe von 18 meter auch die haldequerstrasse, das gelaende des schlachthofes und die simmeringer hauptstrasse ueberspannen wird, findet schliesslich in einem verkehrsbauwerk mit drei ebeneu einerseits den anschluss zum guertel, andererseits zur suedautobahn. auch die haldequerstrasse wird entsprechende anschluesse aufweisen, waehrend die simmeringer hauptstrasse lediglich ueberquert wird.

die hochstrasse wird auf stuetzen, die etwa je 35 meter voneinander entfernt stehen und bis zu acht meter tief im untergrund fundiert sein werden, verlaufen und teilweise aus fertigteilen hergestellt werden. im kommenden jahr wird auch am knoten landstrasse mit den bauarbeiten begonnen, so dass das vorhaben von zwei seiten her vorangetrieben werden kann. einen teil dieser hochstrasse, naemlich von der donaukanalbruecke bis zur baumgasse, wird man schon vor beendigung der gesamten stelzenbruecke dem verkehr uebergeben, um eine entlastung der stadionbruecke zu erreichen. die voraussichtliche gesamtbauzeit von vier jahren haengt freilich nicht ausschliesslich davon ab, ob zwei grundstuecke, zu deren erwerb ein enteignungsverfahren eingeleitet werden musste, rechtzeitig frei gemacht werden koennen.

L o k a l :

=====

silvesterdienst der verkehrsbetriebe

2 wien, 27.12. (rk) 24 strassenbahn- und autobuslinien stehen in der silvesternacht zur verfuegung. von mitternacht bis etwa 5 uhr frueh verkehren die linien a (elderschplatz - ring - kai - elderschplatz), ak (elderschplatz - kai - ring - elderschplatz), d durchgestrichen (nussdorf - boerse), 18 (lichtenwerder platz - guertel - stadionbruecke), 25 (kagran - praterstern), 26 (stadlau - praterstern), 28a (grossfeldsiedlung - schnellbahn floridsdorf), 29 (floridsdorfer bruecke - schwedenbruecke), 35a (salmansdorf - floridsdorfer bruecke), 38 grinzing - schottentor), 41 (poetzleinsdorf - schottentor), 43 (neuwaldegg - schottentor), 46 (joachims-thalerplatz - bellaria), 49 (huetteldorf - bellaria), 58 (unterst. veit - burgring), 60 (rodaun - kennedy-bruecke), 62 (lainz - oper), 65 (stefan fadinger-platz - oper), 66 (raxstrasse - oper), 71 (zentralfriedhof - schwarzenbergplatz), 74 (st. marx - schwarzenbergplatz - suedbahnhof), 132 (strebersdorf - schnellbahn floridsdorf), 167 (per albin hansson-siedlung ost - oper), 331 (stammersdorf - stadtbahn schottenring). der fahrpreis betraegt 12 schilling. alle anderen fahrausweise sind ungueltig.

im tagesverkehr werden am 31. dezember, weil viele betriebe geschlossen haben, die sonst in der verkehrsspitze ueblichen zusatzfahrten unterlassen. das gilt fuer die linien d durchgestrichen, 31/5 und 231, fuer die verlaengerungen 0 bis raxstrasse, 9 nach meidling und 25 ueber ring und kai sowie fuer die fahrten von 167 durchgestrichen zum suedbahnhof. die linie g verkehrt nur bis meidling hauptstrasse, die autobusse der linien 60a, 64a, 66a, 67a, 160a und 164 fahren nach den samstag-fahrplaenen.

die betriebseigenen vorverkaufsstellen sind am 31. dezember von 6 bis 18 uhr, am 1. jaenner von 6.30 bis 12.30 uhr geoeffnet. monats-wertmarken werden wegen der weihnachtsferien bis einschliesslich montag, den 14. jaenner, verkauft.

am 1. jaenner gilt der sonntagstarif.

L o k a l :

=====

ruhige feiertage

3 wien, 27.12. (rk) die weihnachtsfeiertage verliefen in wien aussergewöhnlich ruhig und ohne spektakulaere einsaetze von feuerwehr und rettung. kein einziger christbaum geriet in flammen, lediglich ein brennender adventkranz musste am christtag in einem gasthaus in der scheugasse 6 in favoriten von der feuerwehr geloescht werden.

die verkehrsbetriebe meldeten eine relativ schwache besuchersfrequenz, was wohl darauf zurueckzufuehren ist, dass zahlreiche wiener ueber die feiertage in urlaub gefahren sind.

1002

im alten jahr noch hundertste geburtstage

4 wien, 27.12. (rk) noch im alten jahr feiern zwei wienerinnen ihren 102. beziehungsweise 100. geburtstag. heute donnerstag besuchte der ottakringer bezirksvorsteher josef s r p frau katharina t i l l i c h in der panikengasse, um ihr im namen des buergermeisters zum 102. geburtstag die glueckwuensche der stadt wien zu ueberbringen.

morgen freitag wird der bezirksvorsteher des 2. bezirks, hubert h l a d e j , frau anna k a l a b in der herminengasse zum 100. geburtstag gratulieren.

1003

l o k a l :

=====

'mondlandung' fuer jeden im wiener prater
das planetarium wird mit den modernsten geraeten ausgestattet

5 wien, 27.12. (rk) das planetarium im wiener prater - es ist das einzige grossplanetarium oesterreichs - steht vor einer generalrenovierung. gleichzeitig wird die technische ausstattung auf den modernsten stand gebracht, so dass auch die neuesten entwicklungen auf dem gebiet der weltraumfahrt optisch dargestellt werden koennen. der dazu benoetigte betrag von 930.000 s wird von der stadt wien der wiener volksbildung zur verfuegung gestellt und wurde vom gemeinderat bereits bewilligt.

neben der modernisierung der steuerungsanlage ist die anschaffung neuer projektoren vorgesehen. mit ihrer hilfe wird es moeglich sein, andere horizontale als bisher an den kuppelrand zu projizieren, so wird man zum beispiel einen mondhorizont darstellen und eine mondlandung vorfuehren koennen.

auch der kinosaal des planetariums wird umgebaut. er wird als mehrzweck-seminarraum gestaltet, in der absicht, ihn den vereinigungen von laienastronomen fuer vortraege und kolloquien zur verfuegung zu stellen. damit koennte das prater-planetarium zu einem zentrum der laienastronomen werden.

1103

553

Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Freitag, 28. Dezember 1973

Blatt 2532

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Umweltschutz-Ausstellung in der Stadthalle
Wien erwartet Trend zum Gemeindedienst

Lokal: Tausend Pferde, tausend Rinder
Silvester auf dem Rathausplatz
Anmeldung von Silvesterveranstaltungen
In der Silvesternacht beginnt die Ballsaison

Kulturdienst: 1975 wird zum Johann Strauß-Jahr deklariert

Chef vom Dienst 42 800/2971 (Durchwahl)

k o m m u n a l :

=====

umweltschutz-ausstellung in der stadthalle

1 wien, 28.12. (rk) umweltschutz tut not und ist unsere einzige ueberlebenschance. diesen gedanken moechte eine grossangelegte ausstellung in der wiener stadthalle der oeffentlichkeit nahebringen. die schau wird am freitag, dem 4. jaenner, durch stadtrat peter s c h i e d e r eroeffnet und ist bis einschliesslich 10. maerz taeglich von 13 bis 20 uhr bei freiem eintritt zugaenglich.

die ausstellung wird vom kuratorium fuer umweltschutz gemeinsam mit der gemeinde wien und dem wirtschaftsfoerderungsinstitut fuer niederoesterreich auf einer rund 900 quadratmeter grossen flaeche im foyer der haupthalle gestaltet. mit exponaten beteiligen sich u.a. die bundesanstalt fuer wasserbiologie und abwasserforschung, die oesterreichische wasserwacht, die voeest-alpine, die oemv, der verbundkonzern, die erzdioezese wien, die etg (entsorgungsgesellschaft fuer altoel und chemische abfaelle) und eine reihe anderer firmen.

der beitrag der gemeinde wien zur umweltschutz-schau traegt das motto 'picknick im grauen'. mit zum teil drastischen arrangements und durch schautafeln wird auf die verschmutzung der natur, auf den wachsenden muellberg und auf die probleme der wasserversorgung und der entsorgung verwiesen.

bei der eroeffnung der ausstellung am 4. jaenner wird vorstands- direktor dkfm. dr. albin m i c h l (wiener stadthalle) namens des kuratoriums fuer umweltschutz stadtrat schieder eine spende von 500 baeumen fuer die stadt wien ueberreichen. eine baumschule aus st. andrae/woerndern wird sich mit einer spende von 200 baeumen einstellen.

geehrte redaktion

wir laden sie herzlich ein, zur eroeffnung der umweltschutz- ausstellung durch stadtrat peter schieder wort- und bildbericht- erstatte zu entsenden.

zeit: freitag, 4. jaenner, 18 uhr.

ort: wiener stadthalle, haupthalle, foyer, eingang maerzpark.

k o m m u n a l :

=====

wien erwartet trend zum gemeindedienst

3 wien, 28.12. (rk) fuer anfang 1974 duerfte mit verstaerkter nachfrage nach einer beschaeftigung im gemeindedienst zu rechnen sein. dies auesserte der fuer personalangelegenheiten zustaeendige stadtrat kurt h e l l e r in einem gespraech mit der 'rathaus-korrespondenz' im zusammenhang mit bevorstehenden aktivitaeten auf dem gebiet der personalwerbung fuer die stadt wien.

ein gewisses steigen des interesses fuer einen arbeitsplatz bei der stadtverwaltung konnte bereits im dezember vermerkt werden. mit einer inseratenaktion und mit hilfe von werbespots im fernsehen soll nun in den naechsten wochen mehr als bisher auf die attraktivitaet des oeffentlichen dienstes hingewiesen werden. im vordergrund dieser personalwerbeaktionen wird die sicherheit des arbeitsplatzes bei der wiener stadtverwaltung stehen. zwar wurde dieses faktum auch schon bisher bei inseraten, bei werbedurchsagen im hoerfunk und im fernsehen sowie in prospekten und auf plakaten immer wieder hervor-gehoben, wie verschiedene untersuchungen und umfragen aber zeigten, war es vor allem bei der juengeren generation fuer die berufswahl oder die wahl des dienstgebers nur von untergeordneter bedeutung.

nun duerfte jedoch, wie stadtrat heller meinte, der begriff 'sicherheit' wieder mehr ins bewusstsein der menschen ruecken. erfahrungsgemaess haben schwaechoerscheinungen in der internationalen wirtschaft stets zu einem staerkeren trend zum oeffentlichen dienst gefuehrt.

um von vornherein etwaige interessenten ueber die berufschancen bei der stadt wien zu informieren, soll die personalwerbung in der ersten haelfte 1974 intensiviert werden. bereits zum jahreswechsel werden in einigen tageszeitungen inserate erscheinen, die fuer den verwaltungsdienst bei der stadt wien werben. sie wenden sich an maturanten, die nach semesterschluss ihr studium beenden oder nur nebenberuflich fortsetzen wollen. die wiener stadtwerke werden ebenfalls noch im jaenner mit transparenten klebefolien an den fenstern

der strassenbahnen und der autobusse darauf hinweisen, dass die gaswerke installateure und die e-werke elektromonteure aufnehmen. fuer die werbung von strassenbahnfahrern und autobuslenkern sollen grossformatige plakate auf den wiener plakataenden eingesetzt werden.

weitere berufsgruppen, fuer die in der naechsten zeit verstaerkt geworben werden soll, sind krankenschwestern, kindergaertnerinnen und buerokraefte. dabei wird sich die werbung sowohl an fertig ausgebildetes personal als auch an die ende dieses schuljahres austretenden jugendlichen wenden und sie auf die moeglichkeiten der berufsausbildung an den krankenpflegeschulen, der bildungsanstalt fuer kindergaertnerinnen und im rathaus als buerokaufmannslehrling aufmerksam machen. in einer kleinausstellung, die anfang maerz in der schmidthalle des rathauses unter dem motto 'zehn jahre rathauslehrling' gezeigt werden wird, koennen sich die schueler der polytechnischen lehrgaenge ueber den ausbildungsweg zum buerokaufmann bei der stadt wien informieren. ungelerten arbeitskraefte wird eine reihe von stellen als haus- oder kuechenpersonal in den staedtischen spitaelern sowie als raumpflegerinnen und hausarbeiter in den amtshaeusern angeboten werden.

l o k a l :

=====

tausend pferde, tausend rinder

4 wien, 28.12. (rk) etwas mehr als tausend pferde, etwas weniger als tausend rinder wurden bei der viehzählung am 3. dezember 1973 in wien ermittelt.

die meisten pferde, naemlich 843, wurden in den stallungen des 2. bezirks gezaehlt. es folgt der 3. bezirk mit 143 pferden, dann kommt schon der 1. bezirk mit 64 pferden und natuerlich lauter hengsten - aus der spanischen reitschule.

die weitaus meisten rinder, naemlich 394, standen am stichtag im 3. bezirk, wo sich der schlachthof befindet. dass der 23. bezirk mit 124 und der 22. bezirk mit 74 rindern an dritter stelle liegen, entspricht woehl den erwartungen, aber dass dann meidling mit 69 rindern folgt, ist ueberraschend.

zentrum der wiener schweinezucht ist favoriten, wo 4.634 schweine gezaehlt wurden. dann kommt erst der st.marx-bezirk landstrasse mit 2.940, gefolgt von donaustadt mit 1.478. insgesamt wurden in wien mehr als 11.000 schweine ermittelt.

zahlenmaessig weit an der spitze liegen die huehner: 26.000 gackerten am 3. dezember in wien, davon mehr als 8.000 in donaustadt und mehr als 7.000 in floridsdorf, aber immerhin auch 11 in der brigittenau und 41 in waehring. im ersten bezirk, in den bezirken 4 bis 9 sowie 15 gab es keine huehner.

neben den vielen huehnern nehmen sich die 633 enten, 198 truthuehner und 115 gaense recht bescheiden aus.

L o k a l :

=====

silvester auf dem rathausplatz

5 wien, 28.12. (rk) am 31. dezember wird um 18.30 uhr die neujahrsansprache von buergermeister leopold g r a t z auf den rathausplatz uebertragen. die ansprache wird vom traditionellen turmblasen umrahmt, das um 18 uhr beginnt. der trompeterchor der stadt wien bringt von der loggia des rathhausturms werke von komponisten unseres jahrhunderts und des barock zu gehoer.

ab 23.50 uhr wird vom rathhausturm weihnachtsmusik erklingen. 12 glockenschlaege begruessen dann das neue jahr, anschliessend ertoent der donauwalzer.

1026

anmeldung von silvesterveranstaltungen

6 wien, 28.12. (rk) silvesterveranstaltungen koennen heuer beim vergnuegungssteuerreferat der staedtischen finanzverwaltung auch noch am silvestertag selbst angemeldet werden. im rathaus, eingang lichtenfelsgasse, stiege 3, hochparterre, wird am 31. dezember von 8 bis 12 uhr ein eigener sonderdienst dafuer eingerichtet. telefon: 42 800, durchwahl 2455.

1027

l o k a l :

=====

in der silvesternacht beginnt die ballseason

7 wien, 28.12. (rk) der fasching 1974 dauert bis dienstag, den 26. februar, aber schon in der silvesternacht beginnt in wien mit einer reihe von veranstaltungen die ballseason. silvesterbaelle gibt es u.a. im hotel intercontinental, im hotel schloss laudon, im kursalon, im parkhotel schoenbrunn, in den sophiensaelen und beim wimberger. repraesentativste veranstaltung: der kaiserball in der wiener hofburg. (siehe auch unseren ballkalender in den ''rk-mitteilungen und programme''.)

im vergnuegungssteuerreferat der staedtischen finanzverwaltung wurden bis vor weihnachten 115 tanzveranstaltungen angemeldet. davon sind 65 baelle mit repraesentativem charakter und davon wieder 41 ballveranstaltungen, fuer die mehr als 1.000 eintrittskarten aufgelegt wurden. da baelle laufend angemeldet werden koennen, ist jedoch mit einer bedeutend groesseren zahl von faschingsveranstaltungen zu rechnen, nach langjaehrigen erfahrungen ungefaehr tausend baelle. ueberdies finden auch viele baelle noch nach dem ascher-mittwoch bis in den maenz hinein statt.

1040

Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Samstag, 29. Dezember 1973

Blatt 2539

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:

Bürgermeistersendung: Strenge Strafen für
Böllerunfug zu Silvester

Eisrevue-Sondervorstellung für Dauerbefürsorgte

Lokal:

Ländliches Wien

k o m m u n a l :

=====

buengermeistersendung:

strenge strafen fuer boellerunfug zu silvester

1 wien, 29.12. (rk) buengermeister leopold g r a t z hat dem boellerunfug zu silvester den kampf angesagt: in seiner letzten sendung in diesem jahr, am samstag, wies der buengermeister darauf hin, dass er den polizeipraesidenten in einem brief ersucht habe, das boellerschiessen unter restloser ausschloepfung aller derzeit zu gebote stehenden gesetzlichen handhaben zu unterbinden und gegebenenfalls rigoros zu ahnden.

gratz bedauerte, dass der seinerzeit vom innenministerium ausgearbeitete entwurf eines pyrotechnikgesetzes vom nationalrat noch nicht verabschiedet wurde.

polizeipraesident dr. karl r e i d i n g e r, der in dieser rundfunksendung ebenfalls stellung bezog, vertrat die ansicht, dass die gefahren, die durch den silvesterunfug entstehen, von jahr zu jahr groesser werden.

die polizei stuetze sich beim vorgehen gegen die ''laermrowdies'' im wesentlichen auf drei gesetzliche handhaben:

1.) auf einen auch in diesem jahr vom innenministerium herausgegebenen erlass, durch den das boellerschiessen in der naehe von krankenanstalten, kinder- und erholungsheimen verboten ist. 2.) auf die moeglichkeit des einschreitens bei stoerung der ordnung, und 3.) bei ungebuehrlicher laermerregung. man werde von der moeglichkeit, mit geldstrafen bis zu 1.000 schilling vorzugehen, vollen gebrauch machen.

abschliessend betonte buengermeister gratz, die nah-ost-krise habe bewiesen, dass oesterreich und wien keine inseln der seligen seien. es sei die aufgabe der politik und politiker, ueber die beseitigung von schwierigkeiten nachzudenken und auf unvorgesehene rueckschlaege im richtigen ausmass und zur richtigen zeit zu reagieren. die stadtverwaltung und ihre repraesentanten muessten planend taetig sein, um die auswirkungen der internationalen krisensituation so gering wie nur irgendwie moeglich zu halten.

wiens buengermeister wuenschte der bevoelkerung den besten beruflichen erfolg und viel glueck fuer das kommende jahr.

+++

k o m m u n a l :

=====

eisrevue-sondervorstellung fuer dauerbefeuersorgte

3 wien, 29.12. (rk) am freitag, dem 4. jaenner, findet um 15 uhr, in der wiener stadthalle eine sondervorstellung der neuesten produktion vgn 'holiday on ice' mit dem titel 'bolero' statt, zu der stadtrat dozent dr. alois s t a c h e r die dauerbefeuersorgten wiens eingeladen hat. die vom sozialamt der stadt wien alljaehrlich durchgefuehrte aktion findet bereits seit dem jahr 1955 statt.

+++

L o k a l :

=====

Laendliches wien

2 wien, 29.12. (rk) mit mehr als 2000 landwirtschaftlichen betrieiben ist die bundeshauptstadt die groesste agrargemeinde oesterreichs, berichtete kuerzlich ''wien aktuell''. in wien wird mehr weizen geerntet als in salzburg, tirol und vorarlberg zusammen.

in doppelter hinsicht ist wien eine ''gruene stadt'': einerseits durch mehr als 13 millionen quadratmeter staedtischer gartenanlagen, die naechstes jahr durch das gelaende der wig 74 um eine million quadratmeter vergroessert werden, andererseits durch 13.600 hektar landwirtschaftlich genutzte flaechen bei einem stadtgebiet von 41.409 hektar. das laendliche wien setzt sich aus 7832 hektar gaerten, 639 hektar weingaerten und 6941 hektar waldungen zusammen.

noch einige zahlen aus dieser erstaunlichen statistik: die 769 betrieibe der wiener erwerbsgaertner decken 70 prozent des gemuesebedarfs der stadt. alljaehrlich werden etwas 28 millionen salat- haeuptel, 9 millionen bund radieschen, 7 millionen kilogramm gurken und 19 millionen paprika auf den markt gebracht.

+++

Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861



Montag, 31. Dezember 1973

Blatt 2343

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Urteil im Heizkostenprozeß

Lokal: Hetzendorfer Straße gesperrt

Der meiste Wein wächst in Stammersdorf

Chef vom Dienst /42 800/2971 Durchwahl

k o m m u n a l :

=====

urteil im heizkostenprozess

1 wien, 31.12. (rk) einige mieter von gemeindewohnungen haben im jahre 1971 einen prozess wegen der nachzahlung von heizkosten fuer zwei heizperioden angestrengt. einer dieser prozesse wurde als musterprozess durchgefuehrt und nun nach fast zwei-jaehriger dauer abgeschlossen. auf grund der sachverstaendigen-gutachten entschied das bezirksgericht innere stadt, dass die waermelieferung und ihre verrechnung korrekt erfolgte. der klagende mieter, herr konrad h., wurde zur zahlung der heizkosten-rueckstaende, der inzwischen aufgelaufenen zinsen und der gesamten gerichts- und sachverstaendigenkosten verurteilt. dem urteil kommt fuer die aehnlich gelagerten faelle prinzipielle bedeutung zu.

0914

L o k a l :

=====

hetzendorfer strasse gesperrt

2 wien, 31.12. (nk) am mittwoch, 2. jaenner, nach der fruchspitze, wird die hetzendorfer strasse wegen der auswechslung von wasserleitungsrohren im abschnitt schoenbrunner allec/jaegerhausgasse fuer den verkehr in beiden richtungen gesperrt. umleitung stadtauswaerts: schoenbrunner allec - schloeglgasse - rosenhuegelstrasse. umleitung stadteinwaerts: hervicusgasse - marschallplatz - hallensteingasse - jaegerhausgasse - altmannsdorfer strasse - kaulbachgasse.

die hetzendorfer strasse ist voraussichtlich bis ende oktober 1974 fuer den verkehr in beiden richtungen gesperrt. die wasserrohrauswechslung nimmt zwar nur fuenf wochen in anspruch. unmittelbar daran schliessen sich jedoch umfangreiche kanalbauarbeiten.
powq

L o k a l :

=====

der meiste wein waechst in stammersdorf

3 wien, 31.12. (rk) nicht einer der weltberuehmten wiener weinbaute hat die groesste weinbauflaeche, sondern stammersdorf, naemlich 154 hektar, rund ein viertel der gesamten wiener weinbauflaeche. es folgen nussdorf mit 100 und dann erst grinzing mit 96 hektar. heiligenstadt hat 53 hektar, obersievering 37, neustift am walde 34, kahlenbergendorf 31, mauer 29, untersievering 26, dornbach 20 und ober-laa 8 hektar.

diese zahlen kann man dem ''statistischen jahrbuch der stadt wien 1972'' entnehmen, das erstmals die bodennutzung nach den 89 wiener katastralgemeinden aufgliedert. die meisten landwirtschaftlich genutzten flaechen weisen essling mit 1.079 und aspern mit 1.071 hektar auf, die meisten gartenflaechen aspern mit 445 und kagran mit 300 hektar. am waldreichsten sind auhof, wo der lainzer tiergarten liegt, mit 1.913 und hadersdorf mit 1.534 hektar wald. die meisten bauflaechen gibt es auf der landstrasse mit 309 und in der leopoldstadt mit 233 hektar.

die groessten katastralgemeinden sind auhof mit 2.599, kaiserebersdorf mit 2.460, hadersdorf mit 2.060, aspern mit 1.987 und leopoldstadt mit 1.813 hektar, die kleinsten weinhaus mit 17, gaudenzdorf mit 28, rosenberg mit 41 und hacking mit 43 hektar.

0930



60984 81800

